

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen, 24. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein Gruß gilt wie immer ganz besonders unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **vor Eintritt in die Tagesordnung** möchte ich Ihnen mitteilen, dass mir die Landeswahlleiterin mit Schreiben vom 18. März 2013 mitgeteilt hat, dass für die ausgeschiedene Abgeordnete Barbara Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr **Ali Bas Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen** geworden ist.

Ich darf Herrn Bas zu mir bitten, damit ich die nach § 2 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene **Verpflichtung** vornehmen kann.

Lieber Herr Kollege Bas, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Herr Kollege Bas, damit sind Sie Mitglied des Landtags geworden. Herzlichen Glückwunsch! Auf gute Zusammenarbeit! Das Hohe Haus freut sich auf Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Nachdem wir mit 237 Abgeordneten nun wieder komplett sind, können wir in die heutige **Tagesordnung** eintreten.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Beschlussempfehlungen und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2300

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2347

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2348

dritte Lesung

Und:

Finanzplanung 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/1401

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2121

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1402

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2301

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1286

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2294

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2292

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Belastungen für Verbraucher und Wirtschaft durch Wasserentnahmeentgeltgesetz reduzieren: Landesregierung muss Forderungen von Naturschutzverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden umsetzen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2261 – Neudruck

In Verbindung mit:

Falsche Berechnung des Flächenansatzes im GFG – Die Landesregierung muss das GFG gesetzeskonform umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2247

Ich weise ferner alle Kolleginnen und Kollegen auf Folgendes hin:

- die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2300 zweite Lesung sowie die Austauschseiten zum Veränderungsnachweis;
- die Änderungsanträge der Fraktion der Piraten zum Haushaltsgesetz Drucksache 16/2340 bis 16/2344 und 16/2404;
- die angekündigten Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsgesetz, die, wenn sie eingehen, die Drucksachennummern 16/2350 bis 16/2403 und 16/2405 bis 16/2421 erhalten.

Alle Änderungsanträge zum Haushalt werden im Laufe der Plenardebatte rechtzeitig vor den Abstimmungen, die am Ende der Plenardebatte zum Tagesordnungspunkt 1 notwendig werden, gedruckt und hier im Plenarsaal in gehefteter Form verteilt. Sie müssen also nicht Ihre Büros bemühen, alle Änderungsanträge einzeln auszudrucken, sondern werden sie im Laufe des Tages bekommen.

Nach all diesen Vorbemerkungen eröffne ich die Beratung und erteile Herrn Kollegen Laumann für die Fraktion der CDU das Wort.

(Beifall von der CDU)

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die dritte Lesung unseres Haushalts 2013 steht für mich auch ein bisschen unter dem Eindruck des Urteils des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom vergangenen Dienstag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, zum dritten Mal hat unser Verfassungsgericht Ihre Haushaltspolitik für verfassungswidrig erklärt. Drei Mal in knapp drei Jahren

hat das höchste Gericht deutlich gemacht, dass Ihre Schuldenpolitik sich nicht mit Recht und Gesetz unseres Landes übereinbringen lässt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben es in der Landesregierung schon mit einer denkwürdigen Truppe zu tun, finde ich. Da gibt es einen Justizminister, der unbedingt ein Gesetz machen möchte, um die Abgeordnetenbestechlichkeit besser ahnden zu können, obwohl wir mit der Antwort auf die Kleine Anfrage 588 erfahren haben, dass es keinen einzigen Fall von Abgeordnetenbestechung gibt. Aber was macht ein Justizminister eigentlich mit einer Landesregierung, bei der der Verfassungsbruch in der Haushaltspolitik zu einer Reihengeschichte wird, weil ständig die Verfassung gebrochen wird?

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der Urteilsbegründung des Gerichts heißt es – auch schon beim Urteil 2011 –, dass die Abwägung, ob eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt, nicht nur frei von Willkür erfolgen muss, sondern dass die Argumentation, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt, auch nachvollziehbar und vertretbar sein muss.

Um es etwas einfacher auszudrücken: Das Gericht hat sehr deutlich gemacht, dass man dann, wenn man mehr Geld braucht, nicht einfach hier im Landtag erklären kann: Wir haben eine schlechte Konjunktur; der Art. 83 unserer Landesverfassung interessiert uns nicht mehr.

Diese Aussage des Gerichts macht deutlich, dass Tricksen und Täuschen mit unserer Landesverfassung nicht geht!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gericht hat auch deutlich gemacht, dass der Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung – ich zitiere – „dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten“ dient. Weiter: „Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielräume zu verlieren ...“

Ich bin dankbar, dass wir einen Verfassungsgerichtshof haben, der in dieser Deutlichkeit den Art. 83 Satz 2 als einen Schutz für die zukünftigen Generationen auslegt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, wenn man sich Ihre Finanzpolitik anschaut, dann muss man sagen, dass dieser Art. 83 Satz 2 mittlerweile zum wichtigsten Kinderschutzartikel unseres Landes und unserer Verfassung geworden ist.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Um es deutlicher zu sagen: Bei mir zu Hause würde man sagen, dass eine Mutter, die auf Kosten ihrer Kinder gestaltet, eine Rabenmutter und keine Landesmutter ist.

(Beifall von der CDU)

Wir haben diese Verschuldung in den letzten Jahren erlebt. Im Jahre 2011 hat diese Landesregierung rund 3 Milliarden € neue Schulden gemacht, obwohl sie aufgrund der guten Konjunktur 2,7 Milliarden € Mehreinnahmen hatte. 2012 haben Sie 3,7 Milliarden € neue Schulden gemacht, obwohl Sie aufgrund der Konjunktur 5,4 Milliarden € Mehreinnahmen hatten. Und für dieses Jahr planen Sie sage und schreibe 3,4 Milliarden € neue Schulden, obwohl Sie im Vergleich zur Finanzplanung 2010 5,3 Milliarden € Mehreinnahmen haben.

Das heißt, in diesen drei Jahren nehmen Sie rund 10 Milliarden € neue Kredite auf, obwohl Sie gegenüber der alten Finanzplanung 16 Milliarden € Mehreinnahmen haben. Das ist keine solide Politik. Das ist keine nachhaltige Politik. Das ist die alte Verschuldungspolitik, die unser Land jetzt an die Grenzen der Handlungsfähigkeit gebracht hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Politik dieser Regierung sollte ja immer die Überschrift haben „Kein Kind zurücklassen“. In der Regierungserklärung vom 15. September 2010 sagte die Ministerpräsidentin:

„Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik. ... Wir bekennen uns offen und selbstbewusst dazu, dass dies zunächst höhere Ausgaben und gegebenenfalls zusätzliche Schulden bedeutet.“

– Und dann weiter:

„Nur eine mutige Politik, die auf die Stärkung von Familien, auf Prävention, auf beste Bildung von der Kita bis zur Hochschule zielt, führt im zweiten Schritt zu Wirtschaftswachstum, höheren Steuereinnahmen ...“

Meine Damen und Herren, mit dieser Aussage soll das Prinzip des Schuldenmachens auch noch ein soziales Aushängeschild bekommen. Mit dieser Aussage soll das Prinzip des Schuldenmachens auch noch als mutige Politik dargestellt werden.

Ich sage Ihnen: Ihre Schuldenpolitik ist nicht mutig, sondern ist der alte sozialdemokratische Schlendrian, der seit 40 Jahren in diesem Land herrscht und uns fast jede Handlungsfähigkeit genommen hat!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie sind nicht bereit, in diesem Land Strukturen zu verändern. Und weil wir keine Strukturen verändern, sind wir nicht in der Lage, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben.

Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass die beste Zukunftsprävention darin besteht, dass wir das, was wir uns heute an öffentlichen Leistungen

gönnen, auch heute finanzieren, dass wir immer daran denken, dass wir mit jedem Euro Schulden die Handlungsspielräume der nächsten Generation in diesem Parlament einschränken.

(Beifall von der CDU)

Jede Maßnahme, die wir ergreifen, muss daraufhin geprüft werden, ob sie wirklich so notwendig ist, dass wir deswegen die Handlungsfähigkeit einer uns nachfolgenden Generation in diesem Parlament und in dieser Gesellschaft so einschränken dürfen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Politik – Sie haben zu Beginn Ihrer Regierungszeit mit der Bewilligung Ihrer Wahlgeschenke über 1 Milliarde € verplumpert – für Nordrhein-Westfalen nicht gut ist, dass diese Politik die Zukunft unseres Landes und der nachfolgenden Generation verfrühstückt.

Das Schlimmste ist aber: Sie tun so, als wäre die Bereitschaft zu neuen Schulden das Erkennungszeichen einer sozialen Politik, einer Politik der Prävention, der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit. „Kein Kind zurücklassen“ – das ist der Spruch, mit dem Sie sich gegen den Vorwurf der Schuldenmacherei wehren.

Sie spielen Haushaltskonsolidierung und Politik für unsere Kinder gegeneinander aus. Sie spielen Haushaltskonsolidierung und Politik für sozial Schwache gegeneinander aus. Und Sie spielen Haushaltskonsolidierung und Armutsbekämpfung gegeneinander aus. Ich sage Ihnen: Das ist unredlich, das ist unsozial, und das ist zutiefst ungerecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte Ihnen heute in diesem Parlament auch sagen, dass es kein Alleinstellungsmerkmal der Politik der Regierung Kraft ist, dass wir kein Kind zurücklassen wollen. Ich kenne keine ernsthafte Politikerin und keinen ernsthaften Politiker in diesem Landtag, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Fraktionszugehörigkeit, der bzw. dem nicht das Wohl der nachfolgenden Generation sehr am Herzen liegt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben gerade das Gegenteil unterstellt!)

Wir haben hier aber auch eine Verantwortung. Das bedeutet, dass wir alles tun müssen, damit unsere Kinder, egal, in welchen Familien sie geboren werden, welche Förderung sie von zu Hause erhalten können, eine faire Chance haben, in unserem Land einen sozialen Aufstieg und die soziale und gesellschaftliche Integration zu schaffen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu gehört, dass wir auf Dauer einen handlungsfähigen Staat haben. Dazu gehört, dass wir in der Lage sind, das dafür Notwendige zu tun. Und dazu gehört eben nicht, in dem Umfang Wahlgeschenke zu ver-

teilen, wie Sie es nach der Landtagswahl 2010 getan haben.

(Beifall von der CDU)

Ich will Ihnen noch einmal sagen, wofür Sie das Geld ausgegeben haben: Studiengebühren: 250 Millionen €,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

beitragsfreies Kindergartenjahr: 140 Millionen €

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– jetzt hören Sie mal auf zu klatschen! –,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Rücknahme der Konsolidierungen: 400 Millionen €. – Im Ganzen haben Sie über 1 Milliarde € ausgegeben, und Sie sind heute nicht mehr in der Lage, die notwendigen Gestaltungen vorzunehmen – darauf komme ich gleich noch zu sprechen –, was Sie auch alle wissen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie sind mit dieser Politik so weit gekommen, dass in diesem Jahr auf unser Land Nordrhein-Westfalen 60 % aller Kredite entfallen, die die 16 Bundesländer insgesamt aufnehmen. Sie sind so weit gekommen, dass 22 % der deutschen Gesamtbevölkerung – die Einwohner unseres Landes – 60 % der Verschuldung aller Länder zu verantworten haben.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben darüber hinaus den Menschen im öffentlichen Dienst viel versprochen. Noch im Jahre 2011 sind Briefe von Frau Kraft verschickt worden, in denen es heißt, dass es keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft gebe.

Es gibt einen Brief unseres Finanzministers an den Beamtenbund, aus dem ich zitieren möchte:

„Sie wissen, dass die Landesregierung bereits mehrfach verkündet hat, Beamte, Richter, Staatsanwälte und Versorgungsempfänger zukünftig nicht weiter von der Lohnentwicklung abzukoppeln. Dazu gehört, dass gute Arbeit angemessen bezahlt wird.“

Meine Damen und Herren, und was erleben wir jetzt? Was erleben wir in dieser Woche? Da haben Sie im Jahre 2013 einen Haushalt mit den höchsten Steuereinnahmen – und Sie können aufgrund Ihrer Wahlgeschenke die Tarifierhöhungen in diesem Bereich nicht, wie Sie es versprochen haben, eins zu eins umsetzen! Das ist doch die Wahrheit!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Die Wahrheit ist auch – was hier jeder Parlamentarier weiß –, dass es in einer Demokratie Gott sei Dank nichts Transparenteres gibt als den Haushalt. Wenn eine Regierung neu ins Amt kommt – ich habe es selbst erlebt –, dann wird zunächst immer ein

Kassensturz gemacht. Wahr bleibt jedoch: In unserem Landeshaushalt gibt es nichts, worüber nicht jeder Abgeordnete informiert sein könnte. Der Landeshaushalt ist absolut transparent. Keine Landesregierung kann Gelder ausgeben, für die es nicht eine entsprechende Haushaltsstelle gibt.

Frau Kraft, als Sie noch Oppositionsführerin waren und dann 2010 an die Regierung kamen, haben Sie die Finanzsituation dieses Landes genau gekannt. Sie haben sich trotzdem für diese Wahlgeschenke entschieden, weil Sie die Wahl gewinnen wollten. Das kann man ja machen. Dass Sie seinerzeit den Beamten versprochen haben, jede Lohnerhöhung eins zu eins umzusetzen, und dieses Versprechen jetzt nicht halten können, beweist jedoch, dass Sie schon damals in diesen Briefen bewusst getäuscht haben!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das, was ich Ihnen vorwerfe.

Natürlich haben Sie bei den Wahlen auch auf die vielen Stimmen aus dem öffentlichen Dienst geschickt. Sie haben aber gewusst, dass das Verteilen von Wahlgeschenken in Höhe von 1 Milliarde € – die Sie vorhin noch so beklatscht haben – Ihnen die Spielräume zum Beispiel für diese Anpassung nimmt.

(Zuruf von der SPD: Wie hieß der Mann noch gleich?)

Trotzdem haben Sie den Leuten etwas anderes gesagt. Und jetzt werden Sie erleben, dass diese Menschen enttäuscht sein werden.

Ich habe davon gehört, dass sogar einige Vertreter Ihrer Partei noch am Montag dem Gewerkschaftsrat gesagt haben, dass eine Lösung gefunden werde, und schon am Dienstag wurde dann das Gegenteil verkündet. So geht ihr miteinander um! Ich bin froh, dass ich kein Genosse bin.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Bei uns geht man anders miteinander um.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich Ihnen nur eines sagen: Ich habe das Ganze selbst schon einmal erlebt. Meine Partei hat den Beamten 2005 ebenfalls versprochen, Lohnerhöhungen und Tarifsteigerungen eins zu eins umzusetzen. Während unserer Regierungszeit haben wir dann einmal eine solche Erhöhung erst ein halbes Jahr später umgesetzt. Ich kann Ihnen sagen: Das haben die Leute uns nie vergessen. Und ich sage Ihnen: Ihnen werden sie es auch nicht vergessen. Bei Ihnen kommt aber noch eines hinzu: Sie haben den Leuten im Jahr 2011 noch ganz bewusst etwas gesagt, von dem Sie wussten, dass Sie es 2013 nicht würden einhalten können.

(Beifall von der CDU)

Ich will noch einer anderen Frage nachgehen. Wir debattieren im Jahr 2013 über einen Haushalt mit den höchsten Steuereinnahmen bei einer guten Konjunktur und einem Höchststand an Beschäftigung. Was wollen Sie den Vertretern des öffentlichen Dienstes eigentlich für 2015 sagen? Glauben Sie, dass Sie 2015 eine finanzielle Situation haben, die Ihnen das Umsetzen von Tarifergebnissen eher ermöglicht als heute, und das vor dem Hintergrund, dass Sie wegen Ihrer Wahlgeschenke sich jedes Jahr wiederholende Belastungen im Haushalt haben?

Wir werden uns auch im Bereich des öffentlichen Dienstes mit der Frage beschäftigen müssen, woher wir bei immer weniger jungen Menschen qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst bekommen sollen. Wir stehen da mit allen anderen Arbeitsmarktbereichen in Konkurrenz.

Deswegen glaube ich, dass es richtiger wäre, in den nächsten Jahren Strukturveränderungen im Bereich des öffentlichen Dienstes des Landes Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Nur einen in Strukturen veränderten öffentlichen Dienst können wir so mit Finanzmitteln ausstatten, dass wir im Wettbewerb mit anderen Bereichen des Arbeitsmarktes unsere Leute angemessen bezahlen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Erkenntnis ist übrigens kein Geheimnis. Schon die sogenannte Hartmann-Kommission, die zu Zeiten von Schwarz-Gelb Vorschläge erarbeitet hat, wie man Konsolidierung und öffentlichen Dienst in Übereinstimmung bringen kann, hat damals sehr deutlich gesagt: Es gibt im Grunde nur eine Chance, nämlich durch Strukturveränderung.

Mit ein wenig Stolz möchte ich darauf hinweisen, dass wir bei den Haushaltsberatungen 2013 in Änderungsanträgen Strukturveränderungen vorgeschlagen haben. Wir haben Ihnen Strukturveränderungen bei der Polizei mit Polizeiasistenten, bei der Schule mit Schulassistenten, beim Arbeitsschutz, bei den Demografiegewinnen vorgeschlagen.

(Minister Ralf Jäger: Polizisten entlassen!)

Sie haben sie alle abgelehnt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wollen keine Strukturveränderungen. Deswegen können Sie die Leute nicht mehr bezahlen. Das ist die Wahrheit!

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Schreien Sie ruhig rum. Sie sind jetzt in der finanzpolitischen Sackgasse, aus der Sie nicht mehr herauskommen.

(Beifall von der CDU)

Wenn ein Sozialdemokrat Tarifierhöhungen nicht umsetzt, dann ist Matthäus am Letzten. Das weiß doch jeder in diesem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt will ich Ihnen noch ein paar andere Sachen sagen, die mir in den letzten Wochen aufgefallen sind.

Da gibt es ein Gerichtsurteil, wonach unsere Lehrerinnen und Lehrer jetzt einen Anspruch darauf haben, dass die Kosten, die bei Klassenfahrten entstehen, der Dienstherr bezahlen muss. Ich muss Ihnen ganz offen gestehen: Dass die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land so lange teilweise die Kosten für Klassenfahrten selber getragen haben, sollte man auch einmal anerkennen. Ich war einmal Minister. Hätte ich in meinem Ministerium gesagt, ihr sollt irgendwohin fahren, und hätte die Kosten dafür nicht bezahlt, hätten die meisten mir einen Vogel gezeigt.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ihre Ministerin hat das genauso gemacht!)

Ich wollte ja nur einmal sagen, dass wir vielleicht einmal anerkennen sollten, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer über viele Jahrzehnte und Generationen von Lehrern diese Kosten zum Teil selber übernommen haben. Dafür sollten wir auch einmal Dankeschön sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber dass dann, wenn so ein Urteil da ist, eine Landesregierung acht Wochen braucht, um ein paar Millionen für die Finanzierung dieser Angelegenheit zu finden, macht doch deutlich, dass Sie keine Handlungsspielräume mehr haben.

(Beifall von der CDU)

Vor dem Landtag stehen einige Hundert junge Frauen, die in diesem Land PTA werden wollen. Die hatten ja immer schon eine Schulform, bei der es erhebliche Eigenbeteiligungen gab. Das Land will jetzt bei 2.000 PTAs in diesem Haushalt 500.000 € und im nächsten Jahr 700.000 €, also im Ganzen 1,2 Millionen € einsparen. Das Land zieht sich aus der Finanzierung dieser Schulen völlig zurück. Ich sage Ihnen ganz offen, Frau Kraft und die gesamte Landesregierung, ich verstehe die Logik nicht, dass Sie stolz darauf sind, dass ein Apotheker in diesem Land keine Gebühren für sein Studium bezahlen muss, aber seine PTA jetzt einfach im Stich gelassen wird.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn das die neue soziale Gerechtigkeit ist,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

dass der Apotheker sein Studium auf Kosten der Steuern der PTA finanziert und die PTA ihre Ausbildung selber bezahlen muss, dann möchte ich auf diese neue soziale Gerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen gerne verzichten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie können sich heute natürlich einfach so darüber hinwegsetzen – das können Sie ja alles machen –, aber dieses Darüberhinwegsetzen und Nichteingehen auf die Argumente der anderen Seite, was das für die Schulen bedeutet, ist an Kaltschnäuzigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich sehe, was Sie gedenken, beim Denkmalschutz anzurichten, wenn ich das bei der Kultur sehe, meine Damen und Herren, dann kann ich nur sagen: Sie sind jetzt in der Situation, nicht mehr gestalten zu können, weil Sie das Geld am Anfang der Wahlperiode verplempert haben. Jetzt müssen Sie wie wild durch den Haushalt schießen. Sie lehnen Strukturveränderungen ab. Und weil Sie das ablehnen, hat Ihr ganzes Konzept keine Hand und keinen Fuß. Das ist Ihr grundlegendes Problem.

(Beifall von der CDU)

Gestern haben Sie, Frau Löhrmann, Ihren Gesetzentwurf zur Inklusion vorgelegt. Im Dezember 2010 gab es die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zur Inklusion. 2012 haben Sie dann einen Referentenentwurf zur Inklusion vorgelegt. Den haben Sie dann später einkassiert. Sie haben das damit begründet, dass Sie eine stärkere Bürgerbeteiligung wollen, dass Sie alles das, was aus der Szene vorgeschlagen wird, ernst nehmen wollen. Das ist ja alles in Ordnung.

Aber ich kann Ihnen nur sagen: Wenn man sich jetzt Ihren Gesetzentwurf anschaut, den Sie gestern vorgestellt haben, dann können Sie diesen Dialog mit der Szene nicht ernst gemeint haben. Denn Ihr Gesetzentwurf enthält ja kaum Änderungen gegenüber dem ersten, den Sie vorgelegt haben. Also ist es doch in Wahrheit in dieser Zeit nur um eines gegangen, was ich auch verstehe und Ihnen nicht einmal vorwerfe: Sie haben während dieser Zeit nach Möglichkeiten gesucht, die Finanzierung der Inklusion hinzukriegen, weil Sie nicht wussten, wie Sie sie bezahlen sollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Ergebnis ist: Über die Bezirksregierungen ist eine Menge passiert, um die Gemeinden zu zwingen, jetzt schon für dieses Jahr viel in dieser Inklusionsgeschichte zu machen, ohne dass es dafür eine finanzielle Grundlage gibt.

Auch wie Sie jetzt diesen Gesetzentwurf mit Ressourcen ausstatten, macht doch deutlich, dass wir gegenüber dem, wie wir uns Inklusion hier gemeinsam vorgestellt haben, in Wahrheit unser Tempo von Inklusion an der Knappheit der Ressourcen ausrichten müssen. Das will ich hier noch nicht einmal als etwas Falsches darstellen. Aber was mich in dieser Stunde am meisten bewegt, ist: Ich glaube, dass es hier im Landtag keine Kollegin und keinen Kollegen gibt, der nicht sagen würde, dass die Kinder, die einen besonderen Förderbedarf haben, oh-

ne Frage die Kinder sind von den vielen Kindern, die Gott sei Dank unser Land hat, um die wir uns am meisten kümmern müssen.

Aber dass wir jetzt feststellen, dass wir aufgrund Ihrer Verschuldungspolitik, aufgrund der Bezahlung Ihrer Wahlgewinne nicht mehr in der Lage sind, Inklusion so zu machen, wie wir es uns hier einmal gemeinsam vorgestellt haben, macht doch deutlich, wo Verschuldungspolitik immer endet, nämlich bei Leistungskürzungen für diejenigen, die die Leistungen am nötigsten brauchen. Deswegen ist Verschuldungspolitik unsoziale Politik.

(Beifall von der CDU)

Es gibt eine weitere Baustelle, die in Ihrer Argumentation bei den Haushaltsberatungen zurzeit eine große Rolle spielt. In der zweiten Lesung ist mir aufgefallen, dass es keine Ministerin und keinen Minister gab, der in seinen Beiträgen zum Haushalt nicht am Ende auf das Thema kam: Dass wir nicht mehr machen können, liegt nicht an uns, sondern an Berlin. Wir haben eine Bundesregierung – so wird es von der Landesregierung versucht darzustellen –, die anscheinend nur von einer Frage besetzt ist: Nordrhein-Westfalen zu benachteiligen. – Manche Minister kamen mir in der letzten Debatte hier am Rednerpult so vor wie beim Spielen im Sandkasten – daran erinnere ich mich aus meiner Kindheit –, wenn man jemandem das Förmchen weggenommen hat.

Meine Damen und Herren, ob wir uns in Nordrhein-Westfalen einen Gefallen tun mit einer Landesregierung, die nur noch klagt, die selber sagt: „Ich kann nicht mehr gestalten, das böse Berlin macht uns jede Gestaltung kaputt“, soll jeder für sich selber entscheiden. Wir müssen uns mit den Realitäten auseinandersetzen, und das möchte ich jetzt gerne anhand von ein paar Beispielen machen.

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag behauptet, durch die Politik der Bundesregierung seien in NRW jährliche Einnahmeverluste von 5 Milliarden € eingetreten. Tatsache ist, dass Nordrhein-Westfalen im Jahre 2012 Zahlungen aus dem Bundshaushalt in Höhe von fast 7 Milliarden € erhalten hat. Selbst bezogen auf Einwohner bekommt Nordrhein-Westfalen Zuweisungen, die denen anderer Flächenländer wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen oder Niedersachsen entsprechen; denn die Bundesrepublik mit ihrem Haushalt ist keine Bananenrepublik. Auch die Zuweisungen an Länder erfolgen nach Recht und Gesetz und nicht frei Schnauze, wie Sie es deutlich machen wollen.

Sie behaupten, Nordrhein-Westfalen werde im Verkehrsbereich besonders benachteiligt, weil keine Verteilung der Bundesmittel über den Königsteiner Schlüssel erfolge. Das ist falsch. Nordrhein-Westfalen erhält rund 25 % der Mittel des GVFG-Programms. In Nordrhein-Westfalen werden derzeit Bauvorhaben mit einem Volumen von rund

2,5 Milliarden € realisiert. Übrigens ist der Königssteiner Schlüssel völlig ungeeignet, die Mittel für Verkehrsinvestitionen zu verteilen. Die Mittel müssen nach Bedarf zugewiesen werden und nicht nach einer starren Quote.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie verteilen die Mittel gern nach Bayern!)

Sie behaupten, Nordrhein-Westfalen erhalte je Studienanfänger nur 20.000 €, während die ostdeutschen Bundesländer 26.000 € bekommen würden. Sie sind nicht richtig informiert. Alle Länder erhalten vom Bund für jeden zusätzlichen Studienanfänger einen Betrag von 13.000 €. Die Länder selbst legen zu diesem Bundesanteil noch einmal den gleichen Betrag drauf. Lediglich 5 % des Bundesanteils leiten die alten Länder an die ostdeutschen Länder weiter.

Sie behaupten, Rheinland-Pfalz bekomme höhere Bundeserstattungen für die Kosten der Unterkunft. Ja, das ist richtig. Aber daran war Herr Steinbrück schuld, der damals als Bundesfinanzminister

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Der allein entscheiden durfte!)

Rheinland-Pfalz und Ministerpräsident Beck einen Sonderstatus bei den Verhandlungen eingeräumt hat. Ich selber war damals als Minister auf der anderen Seite beteiligt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch diese Nummer also, dass Ihr Elend damit zu tun habe, dass der Bund Nordrhein-Westfalen benachteiligt, stimmt nicht. Ihr Elend haben Sie selber durch die Finanzierung Ihrer Wahlgeschenke angeichtet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Bundestagswahlkampf wollen Sie jetzt natürlich sagen: Wir brauchen mehr Einnahmen. – Sie schlagen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes vor, Sie wollen wieder eine Vermögensteuer einführen.

(Beifall von Volker Münchow [SPD])

Wie wollen Sie es hinbekommen, dass wir die Immobilien aufgrund der Verfassungsgerichtsaufgabe zeitnah im Verkehrswert bemessen müssen? Bei der Durchführung wünsche ich Ihnen noch viel Spaß.

Sie wollen eine höhere Erbschaftsteuer, eine höhere Abgeltungsteuer für Zinsen, die Abschaffung des Ehegattensplittings und was Sie sonst noch alles erklären. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Rot-Grün im Bund dieselbe Finanzpolitik machen würde wie Sie in Nordrhein-Westfalen, dann würde am Ende die Facharbeiterschaft des Landes die Steuererhöhungen bezahlen müssen;

(Armin Laschet [CDU]: Oh je!)

denn so viel Geld ist allein bei den sogenannten Besserverdienenden nicht zu holen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen kann ich nur jeden davor warnen, sich auf das Ergebnis einzulassen.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen zum Haushalt 2013 ein umfangreiches Sanierungskonzept mit 84 Änderungsanträgen vorgeschlagen. Sie haben alle Vorschläge abgelehnt. Damit habe ich gerechnet, weil die Spielregeln oft so sind. In dieser Wahlperiode wird es eben so sein, dass Sie jeden Antrag, der den Briefkopf der CDU trägt, ablehnen. Selbst wenn wir das Grundsatzprogramm der SPD als Antrag einbringen würden, würden Sie es ablehnen, weil es dann unseren Briefkopf hat.

(Beifall von der CDU und Kai Abruszat [FDP] – Marc Herter [SPD]: Käme auf einen Versuch an, Herr Laumann!)

Es wird spannend, wie Sie die nächsten vier Jahre Ihrer Regierungszeit gestalten wollen. Ich sage Ihnen voraus: Wenn Sie keine strukturellen Veränderungen vornehmen, dann werden Sie sich durchwurschteln und nichts mehr gestalten können. Dann wird das, was wir diese Woche an Wortbruch gegenüber PTAs erlebt haben, was Sie dem öffentlichen Dienst zugemutet haben, weiter fortgeführt, weil es keine Ressourcen zur Gestaltung im Land mehr gibt.

Wenn Sie tatsächlich zu Strukturveränderungen kommen wollen – so stark kann sich eine Opposition gar nicht irren –, dann sollten Sie einen Teil unserer Vorschläge ernsthaft prüfen. Wir machen Ihnen auch keine Vorwürfe, wenn Sie sie abschreiben. Um diese Strukturveränderungen werden Sie nicht herumkommen. Diejenigen, die heute noch Mitglied der Grünen-Fraktion sind – Herr Kollege Priggen, Sie können sich daran erinnern, welche Vorschläge Ihre Fraktion 2007 zur strukturellen Veränderung des Landeshaushalts in Nordrhein-Westfalen gemacht hat –, wissen, dass Sie heute auf einem anderen finanzpolitischen Dampfer sind als damals.

(Armin Laschet [CDU]: Das waren Zeiten!)

Ich habe immer noch die Hoffnung, dass Sie dahin zurückkehren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden Ihnen auf jeden Fall in der dritten Lesung noch einmal die Möglichkeit geben, über unsere Änderungsanträge abzustimmen, denn wir werden sie alle wieder einbringen. Wir werden Ihnen diese Abstimmungen heute nicht ersparen können. Ich kündige hier auch schon an, dass wir über die PTA-Schulen selbstverständlich eine namentliche Abstimmung durchführen lassen, damit die Schülerinnen und Schüler wissen, wem sie es zu verdanken haben, wenn sie demnächst ihren Schulbesuch alleine bezahlen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass wir in dieser Wahlperiode – ich will es noch einmal sagen – zu Strukturveränderungen kommen müssen. Wir haben Vorschläge zu diesen Strukturveränderungen gemacht.

Eine Wahrheit in diesem Land ist auch: Wir werden die demografischen Entwicklungen, die wir nun einmal haben, angehen müssen. Es kann nicht sein, dass das Volk kleiner und der öffentliche Dienst größer wird. Das ist nicht zu finanzieren. Wenn wir im öffentlichen Bereich neue Aufgaben sehen, müssen wir sie mit bestehendem Personal bewältigen, wie wir das auch in den fünf Jahren von Schwarz-Gelb bewiesen haben. Das, was wir damals in PEM, in der Transfergesellschaft, gemacht haben, war eine Politik, diese Strukturen zu verändern, und sie ist gelungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben in diesem Land 8.000 Lehrer zusätzlich eingestellt, ohne das Gesamtbudget des öffentlichen Dienstes anzuheben. Sie wissen nicht mehr – das spüren die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes –, wie Sie den öffentlichen Dienst an einer angemessenen Einkommensentwicklung unseres Landes beteiligen sollen. Die glauben Ihnen auch nicht, dass das in zwei Jahren von Ihnen gemacht wird. Denn wenn Sie jetzt bei den höchsten Steuereinnahmen dafür kein Geld haben, haben Sie dafür in zwei Jahren auch kein Geld. Wo soll es denn herkommen? Oder Sie machen diese Strukturveränderungen, von denen ich heute gesprochen habe, die die CDU-Fraktion auch konstruktiv begleiten würde.

Ich hoffe, dass Sie die Lehren aus Ihrem jetzigen finanzpolitischen Desaster ziehen und endlich Ihre Verantwortung für eine verändernde Politik in Nordrhein-Westfalen wahrnehmen. – Schönen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Laumann, ich muss es Ihnen eingestehen: Sie haben alle meine Erwartungen noch übertroffen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Das habe ich mir gedacht!)

Ihre Rede, Herr Kollege Laumann, war, wie es auch die Haushaltsanträge der CDU sind, eine einzige Offenbarung. Da steht manches unvermittelt nebeneinander, hier und da im Übrigen auch gegeneinander. Da gibt es keinen roten Faden. Da gibt es keinen Plan, keine Perspektive für die Menschen, keine Alternative, Herr Kollege Laumann.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja, ja!)

Sie kommen mir vor – ich gebe das gerne zu – wie jemand, der sich mit seiner Rolle ganz schnell abgefunden hat.

(Zuruf von der CDU: Zur Sache! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das war die Rede eines Oppositionspolitikers, der es sich in der Opposition warm und gemütlich macht.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Sache. Wir sind in der dritten Lesung des Haushalts 2013. Als wir in der ersten Lesung über diesen Haushalt hier diskutiert haben, habe ich an dieser Stelle gesagt: Das ist ein Haushalt, Herr Kollege Laumann, der sich sehen lassen kann,

(Zuruf von der CDU: Das hat das Gericht aber anders gesehen!)

einer mit Maß und Mitte, ein Haushalt, mit dem wir unsere Schwerpunkte fortsetzen: Kinder, Jugendliche, Familien fördern und unterstützen, in die Bildung investieren und unsere Städte stärken.

Weil ich das ja von Ihnen nicht erwarten kann – Sie haben das ja auch gar nicht gemacht –, will ich dann doch noch einmal Kennzahlen dieses Haushalts nennen:

Erstens. Die Gesamtausgaben für Kinder und Jugendhilfe betragen 2,227 Milliarden €, rund 639 Millionen € mehr als 2010, fast 40 % mehr. Das steht in diesem Haushalt.

Zweitens. Für die offene Ganztagschule im Primarbereich sind 334,11 Millionen € veranschlagt. Das sind 40,4 Millionen € mehr, 14 % mehr als 2010.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD] – Karl-Josef Laumann [CDU]: Das sind alles Bundesmittel, die Sie weiterleiten!)

Drittens. Für gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter, Herr Kollege Laschet: 26,4 Millionen €, 7,6 Millionen €, gut 40 % mehr als im Jahr 2010.

Viertens. Im Landeshaushalt 2013 sind für unsere Kommunen Mittel von insgesamt – Steuerverbund, Lastenausgleich, Kompensationsleistung, Familienleistungsausgleich, Steuervereinfachungsgesetz 2011 und Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans – rund 18,4 Milliarden € einschließlich Bundes- und EU-Mittel vorgesehen. Fast jeder dritte Euro der staatlichen Ausgaben kommt also unseren Kommunen zugute. Das gilt für die gesamte Strecke, für die lange Strecke bis 2017.

Meine Damen und Herren, wir haben – das werden Sie festgestellt haben – den Entwurf an der einen oder anderen Stelle noch verändert. Wir haben Umschichtungen vorgenommen, die im Ergebnis zu

weiteren deutlichen Einsparungen, zu einer deutlichen Senkung der Nettokreditaufnahme führen. Politische Gestaltung, Schwerpunkte setzen auch in Zeiten knapper Kassen sind möglich. Wir beweisen das. Denn gerade in einer solchen Situation, Herr Kollege Laumann, ist Politik gefragt. Ich gebe gerne zu: Das erfordert harte Arbeit, viel Konzentration, auch Diskussionen und Ringen um Lösungen. Das ist aber der Unterschied zu der Streitkoalition in Berlin: SPD und Bündnis 90/Die Grünen arbeiten sich nicht aneinander ab, sondern wir arbeiten gemeinsam und erfolgreich an Lösungen. Das lässt sich in diesem Haushalt nachlesen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das füge ich hinzu, weil es eine harte Arbeit für unsere beiden Fraktionen ist.

Ich bin jedenfalls froh und dankbar dafür, dass wir so lösungsorientiert wie bisher vorgehen. Ich verspreche Ihnen: Es wird das Markenzeichen dieser Koalition bleiben, erfolgreich miteinander an Lösungen der Probleme der Menschen zu arbeiten, damit es ihnen in Nordrhein-Westfalen besser geht. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen ist politische Gestaltung notwendig, um Planungs- und Investitionssicherheit zu geben. Denn nichts schadet den Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt mehr als Ungewissheit.

(Christian Möbius [CDU]: Datteln! – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Kollege Laschet, die NRW-CDU – das vernehme ich mit Interesse – ist gerade dabei, ihre dürftige Wirtschaftskompetenz aufzupolieren.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Armin Laschet [CDU]: Ihr macht doch, was die Grünen wollen! – Gegenrufe von der SPD)

Das behaupten Sie zumindest lauthals, wenn Sie Unternehmen besuchen. Allerdings wäre es gut, Herr Kollege Laschet, wenn die CDU auch darauf hören würde, welches Entsetzen in den Betrieben angesichts der Planlosigkeit der Bundesregierung bei der Gestaltung der Energiewende herrscht.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Widerspruch von der CDU)

Herr Kollege Laschet, hören Sie doch einmal den Unternehmen und vor allen Dingen den energieintensiven Betrieben zu, was es bedeutet, dass sie keine Sicherheit haben.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

In diesem Land bleiben Investitionen liegen – auch in Deutschland insgesamt.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Das ist das Ergebnis Ihrer Planlosigkeit in der Bundesregierung, Herr Kollege Laumann. Dafür haben Sie selbstverständlich Mitverantwortung zu tragen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich füge hinzu: Die größte Investitionsunsicherheit und das größte Investitionshemmnis kommen aus Berlin.

(Christian Möbius [CDU]: Deshalb geht es auch der deutschen Wirtschaft so schlecht! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das größte Investitionshemmnis ist diese Bundesregierung. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es gut, dass ihre Zeit zu Ende geht. Am 22. September ist sie vorbei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU und der FDP)

Welche Schwerpunkte setzen wir? Wie finanzieren wir das? Und vor allem: Wohin wollen wir in diesem Land? Das wollen die Menschen wissen. Darauf geben wir klare Antworten. Herr Kollege Laumann, bei Ihnen habe ich klare Antworten vermisst. Sie fallen wieder in alte Verhaltensmuster zurück.

(Lachen von Dr. Wilhelm Droste [CDU])

Sie sind gegen jede Einsparung. Sie stellen sich an die Spitze von Protesten gegen solche Einsparungen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Dann verlangen Sie wie gerade mehr Ausgaben in diesem Land, und anschließend beklagen Sie, dass nicht genug gespart werde. Damit kommen Sie nicht durch – auch nicht bei den Menschen. Denn sie haben Sie dorthin gewählt, wo Sie jetzt sitzen. Da gehören Sie zu Recht hin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU] – Widerspruch von der CDU und der FDP – Karl-Josef Laumann [CDU] hält eine Broschüre hoch.)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist solide und auf Zukunft ausgerichtet. Er wird den Herausforderungen unserer Zeit gerecht. Zielgerichtete Investitionen und Einsparungen mit Augenmaß machen diesen Haushalt aus. Damit unterscheidet er sich klipp und klar von den unausgegorenen, manchmal auch ideologiegesteuerten Änderungsanträgen der Oppositionsparteien CDU und FDP.

Wir haben jetzt über einen Entwurf zu entscheiden, der um gut 107 Millionen € unter dem ursprünglichen Plan liegt. Das haben wir durch eine Reduzierung der Steinkohlesubventionen, eine deutliche Senkung der Zinsausgaben und den Wegfall des Belastungsausgleichs für die U3-Betreuung erreicht.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir haben aber auch – darauf will ich Sie hinweisen – zum Beispiel die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erhöht.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir haben den Kulturetat deutlich weniger als ursprünglich geplant abgesenkt. Und wir haben einen Schwerpunkt bei Prävention und bei Armutsbekämpfung gesetzt.

(Christian Lindner [FDP]: Wodurch denn genau?)

Die Oppositionsparteien haben sich zu unseren Vorschlägen geäußert. Herr Lindner hat die Themen „Personalabbau“ und „Entfesselung der Wirtschaft“ inszeniert.

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Das war eine Vorstellung, bei der man an der blankpolierten Oberfläche nicht kratzen darf, weil da sonst wenig übrigbleibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Christian Lindner [FDP])

Herr Lindner, Sie haben als heimlicher Oppositionsführer

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

in der vorigen Woche die großen Erfolge der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung bei der Haushaltskonsolidierung in Ihrer Verantwortungszeit hervorgehoben.

(Christian Lindner [FDP]: Aber hallo!)

Ich füge hinzu: Sie haben fast 30 Milliarden € auf die Schulden draufgesetzt. Auch das gehört zu Ihrer Verantwortung dazu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben in der vorigen Woche hervorgehoben, dass mehr als 14.000 Stellen von Schwarz-Gelb eingespart worden seien, exakt: 14.305. – Ja, richtig.

(Christian Lindner [FDP]: Lehrerstellen schaffen! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

In derselben Zeit, Herr Kollege Lindner, sind knapp 12.000 neue Stellen – genau: 11.899 – hinzugekommen.

(Christian Lindner [FDP]: Lehrerstellen schaffen! – Gegenrufe von der SPD)

5.000 der 14.305 abgebauten Stellen wurden im Rahmen der Arbeitszeitverlängerung erwirtschaftet.

(Christian Lindner [FDP]: Polizei und Lehrer – das ist vorsorgende Sozialpolitik! – Lachen von der SPD)

Sie wurden also, um im Sprachgebrauch des Kollegen Laumann zu bleiben, auf den Schultern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschaftet.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Lindner, rechnet man das ehrlicher Weise heraus, bleibt am Ende ein Plus von 2.548 Stellen. Also im Klartext: Unter Schwarz-Gelb sind 2.548 Stellen dazugekommen. Das haben Sie allerdings vergessen zu sagen, Herr Kollege Lindner. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ferner haben Sie, Herr Kollege Lindner, gefordert, die Wirtschaft müsse entfesselt werden.

(Zuruf von der SPD: Das ist sein Lieblingssatz! – Weitere Zurufe von der SPD)

In der Tat gibt es – das gebe ich gern zu – einen ganz gravierenden Unterschied zwischen Ihnen und uns. Jetzt muss ich einmal in die Reihen der FDP-Fraktion schauen, denn ich verstehe nicht – es gibt auch Vernünftige in Ihrer Fraktion –, dass Sie so einen ökonomischen Blödsinn zulassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Armin Laschet [CDU])

Wir haben doch in der Weltfinanzkrise gerade erst erfahren, was diese entfesselten Märkte anrichten können, wenn es keine klare Regeln, keine Kontrolle und keine staatlichen Einschränkungen gibt.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben uns hautnah und knapp an einer Weltwirtschaftskrise vorbeischlittern sehen, Herr Kollege Lindner. Und wir haben erlebt, wohin doch Ihre Einfachstpolitik „Privat vor Staat“ führt. Dann aber auch noch in einem Änderungsantrag zu behaupten, dass die von der FDP so entfesselten Kräfte mit einem Entfesselungsimpuls für Mehreinnahmen von 25 Millionen € sorgen würden, wenn die Landesregierung – der schieben Sie das ja zu – die Verantwortung dafür übernehmen würde, Herr Kollege Lindner, das ist schlicht und einfach dreist.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist eine intellektuelle Zumutung. Mit Verlaub, Herr Kollege Lindner, damit würde die FDP-Fraktion noch nicht einmal die Aufnahmeprüfung in die berühmte Klippschule bestehen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Gut, dass Sie das nur sagen!)

So viel zu Ihrem Antrag.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir setzen dagegen auf die Kompetenz der vielen Tausend Unternehmen, vor allem der kleinen und mittleren. Unser Mittel-

standsgesetz ist ein Segen für diese Unternehmen. Die brauchen wir, um das Land voranzubringen; und die allermeisten wissen auch um ihre soziale Verantwortung.

Deshalb geht es nicht um Entfesselung, sondern es geht nach meinem Verständnis um Kooperation auf Augenhöhe, um Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft. Es geht darum, unser Land weiter nach vorn zu bringen mit neuen Ideen, bei der Entwicklung von neuen Produkten, von neuen Produktionsverfahren, von Dienstleistungen, ob im Maschinenbau, in der Energiewirtschaft oder beim Klimaschutz. Da muss nichts entfesselt werden.

Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um zu investieren. Dabei braucht es staatliche Hilfestellung und Organisation, die der Bund, dieser hilflose Bundeswirtschaftsminister und der dampfplaudernde Bundesumweltminister bis heute schuldig bleiben, meine Damen und Herren. Das gehört zur Realität.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Apropos Minister Rösler! Das will ich Ihnen nicht ersparen: Seine Begründung für die Verweigerung der FDP zu einem NPD-Verbotsvertrag hat mir – ich gebe das gern zu – erst die Schamröte und dann die Wut ins Gesicht getrieben. Wer wie Philipp Rösler, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang davon spricht, dass Dummheit nicht verboten werden könne, der hat nichts, aber auch gar nichts aus unserer Geschichte gelernt und der verkennt in verantwortungsloser Weise die braune Gefahr für unsere Demokratie.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, ich will einmal auf Sie eingehen. Sie sagten unlängst in der Öffentlichkeit: Zum Lernen gehöre auch, sich ordentlich quälen zu müssen. Bei der Durchsicht der Anträge wird offenbar: Sie und die FDP haben weitgehend deckungsgleiche sogenannte Sparvorschläge vorgelegt. Wer da von wem abgeschrieben hat, muss man noch einmal überlegen, und dann muss man zu dem Ergebnis kommen: nicht genug gequält.

Dann noch zu wagen, das als Erfolg oder sogar als finanzpolitische Alternative zur Regierung unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft darzustellen, das als Sanierungskonzept der CDU oder als Konsolidierungsstrategie der FDP zu verkaufen, das ist ein Täuschungsversuch, Herr Kollege Laumann, der in der Schule zum Prüfungsausschluss führen würde. Schauen Sie sich das noch einmal an! Da werden Sie schamrot werden.

(Beifall von der SPD)

Herr Lindner, an Ihrer sogenannten Konsolidierungsstrategie, die Sie vorige Woche mit viel Brim-

borium vorgestellt haben, ist allein – das will ich einräumen –

(Christian Lindner [FDP]: Brimborium?)

die Überschrift richtig: Sparen, um neue Chancen zu schaffen. – Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist allerdings: Wir machen das tatsächlich. Sie jedoch kleben es nur als Tapete vor Ihre eigentlichen Absichten. Das ist der Unterschied zwischen einer verantwortlichen Regierung unter Rot-Grün und dem, was Sie als Opposition uns an Anträgen zumuten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Mit dieser Tapete wollen Sie doch nur verdecken, dass Sie nichts anderes im Kopf haben als die Wiederbelebung Ihrer gescheiterten Einfachstpolitik „Privat vor Staat“. Damit sind Sie schon einmal vor die Wand gefahren, und damit bleiben Sie, Herr Kollege Lindner, eine Anekdote in der politischen Geschichte unseres Landes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich verstehe die CDU wirklich nicht, dass sie immer noch Hand in Hand mit dieser FDP geht und sich auch noch verulken lässt.

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten einmal den sogenannten Spitzenmann im Bundestagswahlkampf der FDP, Herrn Brüderle, vom 10. März 2013 vom Bundesparteitag der FDP:

„Ja, es soll einige in der Union geben, die halten uns, die FDP, für eine göttliche Prüfung. Aber, meine Freunde, das Gegenteil ist richtig: Uns hat der Himmel geschickt!“

Herr Kollege Laumann, ich beglückwünsche Sie ausdrücklich zu diesem Himmelsgeschenk. Sie haben es wahrlich verdient, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie, Herr Kollege Laumann, haben gesagt, wir sollten uns mit Ihren Anträgen beschäftigen. Das mache ich.

Rücknahme des beitragsfreien Kindergartenjahrs, Wiedereinführung der Studiengebühren. – Herzlichen Glückwunsch! Je nachdem, wie Sie es für richtig halten, wie es in Ihren Kram passt, ändern Sie Ihre Meinung. Mal sind Sie für Studiengebühren, mal sind Sie dagegen. Jetzt sind Sie wieder dafür. Mal sind Sie gegen eine Beitragsbefreiung für das Kindergartenjahr, mal sind Sie dafür, mal sind Sie wieder dagegen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Herr Kollege Laumann, da ähneln Sie im Übrigen ganz der Haltung der Bundeskanzlerin. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hat vor Kurzem einen Artikel

über die Politik der Bundeskanzlerin mit der Überschrift „Die Jenachdemerin“ versehen. Frei nach Wilhelm Busch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Je nachdem, wie es Ihnen in den Kram passt, ändern Sie Ihre Politik, schlagen Sie Volten. So kann man nicht ernsthaft mit Haushaltsanträgen umgehen. Sie werden nicht erwarten, dass ich dazu noch mehr sage, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Wenn Sie das gern möchten, erinnere ich Sie daran, dass Sie jetzt bei der Wiedereinführung der Studiengebühren natürlich ein Alleinstellungsmerkmal haben. Selbst die bayerische CSU ist inzwischen aus Angst vor einem Volksentscheid davon abgewichen, und die FDP hat zugestimmt.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie hat zugestimmt, weil sie sich einkaufen konnte, Beitragsbefreiung in den Kindertagesstätten hinzubekommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war das Geschäft, was dort gemacht worden ist.

Aber weil ich an dieser Stelle bin, will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir, die Koalition, uns darüber freuen, dass wir bei der frühen Förderung von Kindern erfolgreiche Schritte nach vorn gemacht haben. Ministerin Ute Schäfer hat das der Öffentlichkeit gestern nach der Hereingabe der Daten aus den Jugendämtern noch einmal deutlich gemacht.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Ja, meine Damen und Herren, obwohl von Ihnen immer wieder angezweifelt, haben wir es mit einer großen Gemeinschaftsleistung geschafft, dass Nordrhein-Westfalen die vorgegebene Quote von mehr als 144.000 Plätzen für Kinder unter drei Jahren erfüllen wird. Das ist eine große Gemeinschaftsleistung, für die wir viel Geld in die Hand genommen haben.

(Beifall von der SPD)

Dazu gehört auch, denjenigen zu danken, die es hinbekommen haben: der Ministerin, der Landesregierung, den Kommunen und den Trägern solcher Einrichtungen. – Sie haben nicht wie Sie nur herumgekritelt. Sie haben die Ärmel aufgekrepelt und sich daran gemacht, dieses Ziel gemeinsam zu erreichen. Das ist unser gemeinsamer Erfolg. Dafür sage ein Dankeschön all denjenigen, die daran beteiligt sind.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

Ich will noch etwas zu einigen Anträgen von CDU und FDP sagen. Herr Kollege Laumann, Herr Kollege Laschet, den sogenannten Schulkonsens haben wir gemeinsam beschlossen. Sich jetzt vom Acker machen zu wollen, indem Sie Demografieeffekte abziehen – obwohl Sie genau wissen, dass wir diese Effekte dringend brauchen, um das durchzuführen, was wir gemeinsam verabredet haben –, das ist eine dreiste Politik, Herr Kollege Laumann, die lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben die Streichung der Mittel für das Sozialticket vorgeschlagen. Ich will gar nicht all Ihre tollen Sparvorschläge erwähnen, die einzig und allein darauf ausgerichtet sind, diejenigen zu treffen, die sich kaum wehren können und das dringend brauchen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das ist ja wohl keine ernsthafte und vernünftige Politik, die Sie meinen uns vorschlagen zu können.

Die FDP setzt dem Ganzen die Krone auf. Herr Kollege Lindner, sagen Sie es doch offen: Sie wollen in Nordrhein-Westfalen die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder in einer Weise schleifen, dass wir weit zurückgeworfen werden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich sage Ihnen dazu: Wir haben Nordrhein-Westfalen wieder zum Mitbestimmungsland Nummer eins gemacht. Das bleibt so. Darauf können sich die Kolleginnen und Kollegen und die Gewerkschaften verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Laumann, völlig überrascht hat mich Ihr Hinweis, wir sollten bei den Förderprogrammen 116 Millionen € einsparen. Sie haben das natürlich überhaupt nicht titelscharf benannt. Sie wollen mit dem Rasenmäher drübergehen, damit Sie bloß niemanden erschrecken. Herr Kollege Laumann, weil diese Landesregierung Kürzungen im Umfang von 150 Millionen € vorgeschlagen und haushaltstitelscharf benannt hat, habe ich erwartet, dass Sie uns sagen, wo wir nicht kürzen sollen, damit wir an Ihre 116 Millionen € herankommen. Auch das sind Sie uns schuldig geblieben. Herr Kollege Laumann, das ist doch Klamauk, den man nicht mehr ernst nehmen kann!

(Beifall von der SPD)

Selbstverständlich tut die Kürzung von solchen Förderprogrammmitteln denjenigen weh, die es direkt angeht, nämlich den Betroffenen, den Verbänden, den Einrichtungen und den Personen, um die es dabei geht. Ja, selbstverständlich sind auch bei uns in diesem Zusammenhang Proteste angekommen. Ich habe mit all denen geredet, die sich davon zu Recht betroffen fühlen.

Geben Sie das Herrn Röttgen doch endlich einmal mit: Es gibt keine Möglichkeit zu sparen, ohne dass es wehtut. Auch das ist doch eine Erkenntnis, die wir gemeinsam haben müssten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen uns aber der Aufgabe, bei den Betroffenen dafür zu werben, dass es auch Zustimmung gibt in dieser schmalen Gratwanderung zwischen notwendiger Haushaltskonsolidierung, Investitionen in die Zukunft und vor allen Dingen Einsparungen nach Augenmaß.

Herr Kollege Laumann, bei allem Verständnis für diejenigen, die als Auszubildende im PTA-Bereich hier stehen: Ich erwarte von den Apothekerinnen und Apothekern, dass sie sich ein Beispiel an der Bauwirtschaft und am Handwerk nehmen, die über eine Umlagefinanzierung für Berufsausbildung und deren Finanzierung sorgen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch das muss man denen sagen können, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Wir gucken nicht auf den Absender, wenn es um vernünftige Anträge geht.

(Heiterkeit von der CDU)

Nein, wir schauen nicht auf die Absender. Die Piratenfraktion hat sich an uns gewandt – ein bisschen spät, das gebe ich gerne zu. Über manches war schon nicht mehr zu entscheiden. Aber über einen ihrer Anträge werden wir nachher hier entscheiden können, und wir werden ihm zustimmen. Wo es vernünftige Vorschläge gibt, machen wir so etwas doch. Das ist doch eine vernünftige und konstruktive Arbeit. – Ich lade Sie ausdrücklich dazu ein, so etwas zu machen. Aber das geht nicht mit Klamauk meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Christian Lindner [FDP]: Ich bin gespannt, was das sein wird! Bestimmt Mehrausgaben!)

Herr Kollege Laumann, Sie haben vorhin eine richtige Realitätsverweigerung betrieben.

(Christian Lindner [FDP]: Oh je!)

Deshalb will ich Sie auf einen Punkt hinweisen, der für unser Land und vor allen Dingen für die Menschen im Land enorm wichtig ist. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es rund 300.000 sogenannte Aufstocker. Das sind Menschen, die staatliche Unterstützung brauchen, weil ihr Lohn zum Leben nicht reicht. Hätten wir, Herr Kollege Laumann, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €, würden wir an dieser Stelle die öffentlichen Kassen allein in Nordrhein-Westfalen um gut eine Milliarde Euro entlasten.

Herr Kollege Lindner, Sie schwadronieren so viel über Subventionsabbau. Wenn wir uns mit der FDP endlich einig wären, dass wir an dieser Stelle einmal beginnen könnten, dann lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Subventionsangebot zugunsten privater Unternehmen ein für alle Mal beendet wird! Herr Kollege Lindner, für ein Geschäftsmodell mit Niedriglöhnen zulasten der Gemeinschaft darf in der sozialen Marktwirtschaft kein Platz sein.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb sind wir für einen flächendeckenden Mindestlohn und nicht für eine Lohnuntergrenze.

Ich will noch eines hinzufügen. Ja, es geht um gerechte Bezahlung. Das ist keine Frage. Es geht aber auch um Würde. Es ist schlicht unwürdig, wenn Menschen Vollzeit arbeiten und nach der Entlohnung noch um Aufstockung betteln müssen. Das ist weder gerecht noch sozial. Mit Blick auf das, was Sie immer propagiert haben, füge ich hinzu: Sozial ist eben nicht, was nur Arbeit schafft. Sozial ist, was gute Arbeit schafft. Und zu einer guten Arbeit gehört auch eine gerechte Entlohnung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

Ja, auch mit diesem Haushaltsentwurf machen wir deutlich: Uns geht es vor allen Dingen darum, mit den Mitteln der Landespolitik für mehr soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit zu sorgen. Deshalb hat unsere Ministerpräsidentin doch völlig Recht, wenn sie die Politik dieser Regierung unter die Leitlinie stellt „Wir lassen kein Kind zurück“. Aus diesem Grunde findet Hannelore Kraft, die Ministerpräsidentin, mit dieser Regierung und mit dieser Koalition so viel Unterstützung bei den Menschen. Die wissen ganz genau, bei Rot-Grün steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt. Das unterscheidet uns von Schwarz-Gelb, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben uns vorgenommen, bis zum Ende der Legislaturperiode 1 Milliarde € strukturell zu sparen. Das ist ein ambitioniertes Ziel, keine Frage, weil wir auch beim Sparen an unseren Grundsätzen festhalten. Die bleiben für die Menschen auch nachvollziehbar. Sparen ist kein Selbstzweck. Gerade in Zeiten knapper Mittel muss gelten: Wir sorgen vor, Herr Kollege Laumann, um zu sparen, und wir sparen, um vorzusorgen.

Deshalb ist auch völlig klar, dass es für uns bei den Kostenblöcken im Landeshaushalt überhaupt keine Tabus gibt. Denn, Herr Kollege Laumann, wir machen etwas ganz anders als Sie. Es war doch das

Alleinstellungsmerkmal der schwarz-gelben Regierung unter Rüttgers, dass sie ihre Haushaltspolitik zulasten anderer finanziert hat, dass sie einen Raubzug durch die kommunalen Kassen veranstaltet hat, der seinesgleichen sucht. Mehr als 3 Milliarden € haben Sie denen weggenommen, vorenthalten oder durch neue Lasten aufgebürdet. Das können die doch nicht verkraften. Darunter leiden die bis heute noch, Herr Kollege Laumann! Auch das gehört zur ehrlichen Bestandsaufnahme.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir laden Sie ausdrücklich dazu ein. Deshalb wollen wir die landespolitische Umsetzung der Schuldenbremse so gestalten, dass Städte und Gemeinden nicht zu Ausfallbürgen des Landes bei der Erreichung dieses Ziels der Haushaltskonsolidierung werden. Es gibt also keine Tabus, vor allen Dingen gibt es aber keine Verschiebung von Lasten auf andere. Darauf kommt es an: keine Verschiebung von Lasten auf andere, wie Sie das jahrelang, Herr Kollege Papke, gemacht haben.

(Zurufe von der FDP)

Ich habe die Liste dabei, die ich Ihnen vorlesen könnte, die enthält, was Sie denen alles aufgebürdet und weggenommen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Der Kollege Laumann hat sich heute ja gedrückt. Vor einigen Tagen hat er es öffentlich gemacht, dass es, Herr Kollege Laumann, wie Sie sich ausgedrückt haben, zu viele Beamtinnen und Beamte geben würde. Demgegenüber sagen wir klipp und klar – ich habe das gerade schon an Ihren tollen Personaleinsparungsmaßnahmen in Ihrer Regierungszeit deutlich gemacht –: Wir haben nicht zu viele Beamtinnen und Beamte in Nordrhein-Westfalen, die wir zur Erfüllung der Aufgaben für das Land und für die Menschen brauchen. Wir haben – Sie wissen das auch, und Ihre Anträge atmen doch diese Gewissheit aus – eher zu wenige bei der Polizei, eher zu wenige in den Schulen und eher zu wenige in der Justiz. Das ist doch alles das, was auch Sie selbst immer wieder beklagen. Dann müssten Sie das hier auch eingestehen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Weil wir allerdings, Herr Kollege Laschet – ich gebe das doch gerne zu –, auch die Personalkosten im Blick behalten müssen, da sie fast 40 % des Landeshaushaltes ausmachen,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Jetzt wissen wir es! Das wussten Sie 2011 auch!)

weil sie 22,9 Millionen € im Landeshaushalt binden und weil wir die Schuldenbremse einhalten, werden wir das tun, was wir immer deutlich gemacht haben, Herr Kollege Laumann: Auch der Personalkostenblock ist kein Tabu. Wir gehen aber nicht mit dem

Rasenmäher über die Personalkosten, wie Sie das gemacht haben, sondern wir sagen den Beamtinnen und Beamten klipp und klar, auch bei der Übernahme dieses Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten, die wir sozial gestaffelt vornehmen werden: Wir werden in den zwei Jahren auch dafür sorgen und dafür die Garantie übernehmen werden, dass es keinen Personalabbau gibt. Auch das gehört mit zur Wahrheit, wenn es hier über die Frage eine Diskussion gibt, wie der Tarifvertrag übernommen wird.

(Beifall von der SPD)

Ich füge eines hinzu: Ich habe ein paar Jahre als Gewerkschaftssekretär gearbeitet, ein paar Jahrzehnte, Herr Kollege Laumann. Ich habe viel Erfahrung im Umgang damit, wie schmal der Grat ist zwischen notwendiger Beschäftigungssicherung und Einkommenszuwacherwartungen und Einkommenserhöhungen. Wenn wir uns umsehen im Land, wo gerade solche tariflichen und betrieblichen Auseinandersetzungen laufen mit dem Ziel, Beschäftigung zu sichern, dann wissen wir, wovon wir reden.

Ich weiß ganz genau, dass dieser schmale Grat auch nur deshalb verantwortlich von den Gewerkschaften, den Betriebsräten und den Personalräten bei der Frage der Gestaltung von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen eingehalten worden ist, weil es eine Balance gegeben hat. Deshalb sage ich dazu mit allem Freimut: Das, was wir an Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst für die Beamtinnen und Beamten vorschlagen, ist sozial ausgewogen und vor diesem Hintergrund auch zu verantworten. Ich habe kein Problem damit, das auch den Kolleginnen und Kollegen zu sagen, meine Damen und Herren

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auf den letzten Punkt möchte ich gerne hinweisen, weil die Frage der Übernahme eines Tarifvertrages das eine ist. Aber sie macht natürlich auch deutlich, dass der öffentliche Dienst in unserem Land es auch verdient hat, dass wir uns mit ihm gemeinsam darüber klar werden, wie wir ihn zukunftsfest und wie wir ihn auch attraktiv für junge Leute bekommen. Da gehört vieles auf den Prüfstand. Selbstverständlich gehören die Aufgaben auf den Prüfstand, die vom öffentlichen Dienst zu erledigen sind. Selbstverständlich gehören auch die Leistungen auf den Prüfstand, die vom Land an die Bediensteten erbracht werden.

Deshalb füge ich hinzu: Ja, wir wollen und werden das, was wir große Dienstrechtsreform nennen, gemeinsam mit den Personalräten und mit den Gewerkschaften auf den Weg bringen, weil es uns darum geht, einen zukunftsfesten, einen attraktiven öffentlichen Dienst hier im Land zu haben, den die Kolleginnen und Kollegen, die darin arbeiten, auch als solchen empfinden.

Von daher ist eines ganz wichtig – das ist auch an die Adresse derjenigen gerichtet, die im öffentlichen Dienst Verantwortung haben: Wir bleiben bei dem, was wir zugesagt haben.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Dazu gehören auch die Leistungen, auf die dringend gewartet wird. Sie kennen das noch nicht im Einzelnen. Ich sage es Ihnen, damit Sie es wissen. Dazu gehört beispielsweise die Frage der Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen. Dazu gehören auch die Frage von Sonderzahlungen, die Einarbeitung in Grundgehälter und anderes mehr. Das machen wir sehr vernünftig, sehr zielorientiert und vor allen Dingen auf Augenhöhe mit denjenigen, die in den Gewerkschaften und in den Betrieben Verantwortung tragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt wird den Herausforderungen unserer Zeit gerecht. Er enthält wichtige Zukunftsinvestitionen, die unser Land, die die Menschen dringend brauchen, Einsparungen nach Augenmaß und vor allen Dingen eine Perspektive weit über das Jahr 2013 hinaus. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Herr Kollege Römer, Sie haben in Ihrer Rede gemahnt, keine Lasten auf andere zu verschieben. Das ist bemerkenswert für den Redner einer Partei, die alle Lasten auf die Zukunft verschiebt und damit auf künftige Generationen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das sind Menschen, die auch ein Recht auf einen handlungsfähigen Staat haben.

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

Die Kontraste in der Haushaltspolitik sind in der vergangenen Woche gewissermaßen symbolhaft deutlich geworden. Während hier in Nordrhein-Westfalen zum dritten Mal in Folge ein Landeshaushalt für verfassungswidrig erklärt wird, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin die Weichen für den strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2014, für den Stopp der Neuverschuldung im Jahr 2015 und für einen erwarteten Haushaltsüberschuss von 9,4 Milliarden € im Jahr 2017 gestellt.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Während fast alle Länder inzwischen einen Fahrplan zum Erreichen der Schuldenbremse vorgelegt haben, während der Bund große und schnellere Fortschritte beim Einhalten der Schuldenbremse vorweisen kann,

(Widerspruch von der SPD)

gibt es aus Nordrhein-Westfalen nichts dergleichen zu vermelden. Frau Kraft, mit dieser Art des Wirtschaftens sind Sie inzwischen die finanzpolitische Geisterfahrerin der Republik geworden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei Rot-Grün hat das im Übrigen System über dieses Land hinaus. Auf der europäischen Ebene verniedlicht der Herausforderer von Angela Merkel, wenn Frankreich wiederum die Defizitkriterien des Maastricht-Vertrags verletzt. Im Bundesrat hat die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit dafür gesorgt, dass Deutschland den Fiskalvertrag, der Schuldenbremsen in alle europäischen Verfassungen bringen soll, nicht ratifizieren kann.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

In der Bundespolitik wollen Sie mit Ihren Wahlprogrammen die historisch beispiellose Steuererhöhung von 40 Milliarden € durchsetzen – aber nicht, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, sondern um beispielsweise mit 7,4 Milliarden € – nach Forderung der Grünen – die Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen. Hier in Nordrhein-Westfalen stoßen Ihre Versprechungen auf Pump gegen den ökonomischen Sachverstand und die Verfassung, Frau Kraft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auf keiner politischen Ebene haben Sozialdemokraten und Grüne die Konsequenzen aus der europäischen Staatsschuldenkrise gezogen.

(Beifall von der FDP)

Bei diesem Landeshaushalt kann man das wie unter einem Brennglas sehen. Sie verfügen in diesem Jahr 2013 über 8 Milliarden € Steuereinnahmen mehr, als Schwarz-Gelb es bei der letzten mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2010 erhoffen konnte. Sie haben ein historisch beispielloses niedriges Zinsniveau und einen außerordentlich robusten Arbeitsmarkt. Trotzdem müssen Sie in diesem Jahr 3,4 Milliarden € neue Schulden aufnehmen, weil Sie die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der Jahre 2005 bis 2010 beendet und mit dem Landeshaushalt planlos Geld verteilt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist der Grund dafür, dass Sie jetzt diese historisch günstige Lage nicht nutzen können.

Der Finanzminister bemüht sich, die Folge dieser Politik auch noch zu beschönigen. Er sagt bei-

spielsweise laut Bonner „General-Anzeiger“ vom 17. Januar – ich zitiere –: Schulden seien kein Drama. Das Problem löse sich über die Geldentwertung.

(Lachen von der FDP)

Herr Finanzminister, für wie naiv halten Sie eigentlich die Bürgerinnen und Bürger?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wann soll der Staat denn mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auskommen können? Wann, wenn nicht jetzt in einer historisch einmaligen Lage? Möglicherweise werden wir auf lange Zeit nicht mehr so günstige Bedingungen vorfinden, um nachhaltige Fortschritte bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen zu machen. Diese günstige Gelegenheit verspielen Sie. Das ist fahrlässig und verantwortungslos gegenüber zukünftigen Generationen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Weil Sie den Konsolidierungspfad verlassen haben, Herr Finanzminister und Frau Kraft, kommen Sie jetzt zunehmend in Probleme der Prioritätensetzung Ihrer Politik. Sie werden in den nächsten Jahren immer öfter vor die Wahl gestellt werden, entweder die Verfassung zu brechen, weil Sie Ihre Versprechen auf Pump finanzieren, oder Ihr Wort zu brechen, weil Sie trotzdem an Grenzen stoßen. Am Ende wird beides zusammenfallen – der Verfassungs- und der Wortbruch –, weil Sie nämlich im größten Bundesland eben nicht nachhaltig wirtschaften, weil Sie Chancen verbrauchen, statt Chancen zu schaffen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, das neuerliche Urteil des Verfassungsgerichts hat der Finanzminister mit einer Nonchalance aufgenommen, die uns zum Erstaunen gebracht hat.

(Zuruf von der CDU: Das ist ein Skandal!)

Man muss sich Folgendes vor Augen führen, Herr Finanzminister: Ihnen ist ein Bruch der Verfassung, auf die Sie einen Eid geschworen haben, nachgewiesen worden. Jetzt laden Sie uns ein, in einer Verfassungskommission darüber nachzudenken, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen. Warum sollen wir uns einer solchen Debatte mit Ihnen stellen, wenn für Sie unsere Landesverfassung ohnehin nur so eine Art unverbindliche Preisempfehlung ist? Was haben wir eigentlich von einer Schuldenbremse in der Landesverfassung zu erwarten,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

wenn Sie schon die bisherigen Regeln in der Landesverfassung missachten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Übrigen, Herr Finanzminister: Mit welcher moralischen Autorität können Sie eigentlich persönlich noch über Steuerstraftäter urteilen, wenn Sie selber ein Wiederholungstäter beim Verfassungsbruch sind?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aus der moralischen Perspektive sind der Steuer-sünder und der Schuldensünder auf einer Stufe, Herr Walter-Borjans.

Ich rege im Übrigen vor diesem Hintergrund an – wir führen ja jetzt Gespräche über die Verfassungskommission und ihren Auftrag –, dass wir in diesen Beratungen – wir waren ja auch bei anderen Fragen der Rechtsetzung Pioniere in Nordrhein-Westfalen –, darüber nachdenken, welche wirksamen Sanktionsmechanismen wir in unsere Landesverfassung aufnehmen können, damit der Bruch der Verfassung durch die Landesregierung nicht dauerhaft folgenlos bleibt. Eine Schuldenbremse jedenfalls, die nur auf dem Papier besteht, eine Schuldenbremse im Belieben des Finanzministers, eine solche Schuldenbremse brauchen wir nicht in der Verfassung. Dazu reichen wir nicht die Hand.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, was hat sich seit der ersten Lesung des Landeshaushalts verändert? Der Finanzminister hat Einsparungen konkretisiert. Er spart im 60-Milliarden-€-Etat 152 Millionen €. Dazu schreiben die „Aachener Nachrichten“, dies seien – Zitat – Einsparungen im „kleinkalibrigen Format einer Portokasse“. Bei diesen Einsparungen von 152 Millionen € ist nun bemerkenswert, wo und wie Sie diese Einsparungen erbringen.

Zum Beispiel muss die Kinder- und Jugendministerin Konsolidierungsbeiträge erbringen, im Straßenbau wird gespart, bei der Kultur und beim Denkmalschutz wird gespart. Frau Kraft, das war Ihr erster Wortbruch; denn Sie haben noch in Ihrem Koalitionsvertrag den Kulturschaffenden, der Szene im Land versprochen, genau da werde nicht gekürzt.

Trotz steigender Studierendenzahlen in Nordrhein-Westfalen bleiben die Kompensationsmittel nach der Abschaffung der Studienbeiträge konstant. Die Bildungssituation verschlechtert sich also an unseren Hochschulen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Geld haben Sie aber für anderes. Ihre Konsolidierungsbemühungen muss man ja mit den Vorhaben, für die es zusätzliches Geld gibt, vergleichen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Aus dem Kleingedruckten Ihres Haushalts werden mal eben so für die Landesministerien 76 zusätzliche Stellen für die Apparate geschaffen, und zwar nicht nach Bedarfsprüfung und Aufgabenkritik, sondern sie werden quotall über die Ministerien verteilt. Das ist jetzt Ihre „vorsorgende Sozialpolitik“, Frau Kraft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Investieren in die Apparate, Sparen bei Köpfen, Kindern und Kultur – das ist das genaue Gegenteil der vorsorgenden Sozialpolitik, die da lauten sollte: Sparen bei den Apparaten und Investieren in Kinder, Köpfe und Kultur, meine Damen und Herren.

(Fortgesetzt Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist zumindest die Prioritätensetzung, die wir Ihnen vorgeschlagen haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Alles nur eine Inszenierung! Und wo bleibt die Substanz?)

– Sehr verehrte Frau Beer, es ist ein großes Paar Schuhe, das Johannes Rimmel als der empörungspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ihnen hinterlassen hat. Aber ich konstatiere Ihnen: Langsam wachsen Sie mit Ihren Zwischenrufen da hinein.

(Marc Herter [SPD]: Die Rolle steht Ihnen besonders gut, Herr Lindner!)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen vorgeschlagen – und das, Kollege Römer, heißt Sparen, um neue Chancen zu schaffen –, im Landeshaushalt die zahlreichen Umverteilungsvorhaben und den zum Teil erheblichen Stellenaufwuchs – ich komme später noch einmal dazu – zurückzunehmen, um mit diesem Geld eine zusätzliche Zukunftspauschale in das Gemeindefinanzierungsgesetz aufzunehmen. 100 Millionen € für Köpfe, Kinder, Kultur und Konjunktur in Kommunen. Da, wo konkret in Kultur, in Kinderförderung investiert werden kann, wo gemeindliche Infrastruktur erhalten werden muss, wollen wir investieren, nicht in Apparate, nicht in Umverteilungsprogramme im Landeshaushalt. Ich bin sicher: Unser Programm, das konkret vor Ort die kommunale Selbstverwaltung stärkt, ist auch hinsichtlich seiner sozialen Rendite all Ihren Maßnahmen überlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Römer hat eben gerühmt, dass Sie sich zusammengesetzt und den Haushalt ausgepresst hätten. Auf der Zielgeraden haben Sie noch einmal 168,5 Millionen € erwartbare Minderausgaben etatisiert,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Erwartbar!)

indem Sie beispielsweise die Ersparnisse durch das niedrige Zinsniveau aufgenommen haben. Die Frage, die ja Ihre Ernsthaftigkeit bei der Konsolidierung des Haushalts beantworten soll, lautet nun: Was ist mit diesen 168,5 Millionen € passiert? Die wurden dazu genutzt, um ursprüngliche Sparvorhaben in Höhe von 60 Millionen € zu reduzieren. Dazu schreibt „wdr.de“ – Zitat –: „Rot-Grün spart weniger als ursprünglich beabsichtigt“. In meinen Worten: Am Ende der Beratungen ist Rot-Grün noch unsolider, als ursprünglich befürchtet!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Seit der ersten Lesung des Landeshaushalts haben wir auch neue Entwicklungen bei der Portigon AG, für die der Finanzminister seit 2010 die strategische Verantwortung übernommen hat.

Wir werden jetzt nicht über die WestLB in ihrer langen Zeitreihe debattieren müssen. Dazu haben wir einen Untersuchungsausschuss. Aber seit 2010 stehen Sie, Herr Finanzminister, in der politischen Verantwortung. Die FDP-Fraktion hat als einzige Fraktion dieses Hauses sowohl Ihrem Eckpunktepapier als auch dem Gesetz im vergangenen Jahr nicht zugestimmt, weil wir hinsichtlich der Tragfähigkeit des Geschäftsmodells Bedenken hatten, weil wir es nicht verstanden haben, Herr Finanzminister, dass Sie und das Land als Minderheitseigentümer der WestLB trotzdem für 90 % des Personals Verantwortung übernehmen wollten. Das waren die Gründe dafür, warum wir nicht zugestimmt haben. Das ist nicht lange her.

(Beifall von der FDP)

Jetzt können wir feststellen: Alle Ihre Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Für den Umgang mit dem Personal verfügen Sie über keinerlei Konzept, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP)

Haben Sie in der Frage der WestLB überhaupt noch die Kontrolle? – Ich nenne zwei Beispiele: Der Betriebsrat und ver.di beklagen, dass für ein Viertel der Beschäftigten keine sinnvolle und produktive Beschäftigungsmöglichkeit im Unternehmen besteht. 90 % wollten Sie haben. Jetzt stellen wir fest: Sie sind nicht in der Lage, alle sinnvoll im Geschäftsmodell der Portigon zu beschäftigen.

(Lachen von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Darüber lachen Sie, aber das ist die Realität.

Es gibt jetzt Personalanpassungen, die sogar über die ursprünglichen Pläne hinausgehen. Sie haben die Überlegung angestellt, 450 ehemalige Landesbankbeamte, die im Durchschnitt gut 86.000 € verdienen und noch zwölf bis 17 Jahre produktiv tätig sein können, hochbezahlt in den Ruhestand zu entlassen, während Sie im Landeshaushalt Neueinstellungen vornehmen. Vor dem Hintergrund der Finanzlage des Landes ist das bizarr und gegenüber den Beschäftigten unverantwortlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Lage bei Portigon erhellt noch mehr. Kollege Römer, Sie haben eben wieder das hohe Lied der – wie Sie es mit Ihrem Terminus bezeichnen – „guten Arbeit“ angestimmt. Auch in Ihrem Koalitionsvertrag und Ihren Wahlprogrammen sprechen Sie sich gegen prekäre Beschäftigung aus. Wer könnte etwas dagegen haben? – Aber hier geht es ja nicht um soziale Rhetorik, sondern es geht um soziale Er-

gebnisse. Auch bei Hannelore Kraft vergeht kein Sonntag, an dem sie nicht als soziales Gewissen der Republik auftritt. Immer wenn ein Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Beschäftigung abbauen muss, kann man sich sicher sein, dass der sozialpolitische Bannstrahl aus Düsseldorf auf dieses Unternehmen gerichtet wird. Das ist Ihre Kulisse.

Aber wie verhält es sich eigentlich, wenn das Land Nordrhein-Westfalen als Arbeitgeber selber in der Verantwortung steht? – Bei Portigon gibt es 400 Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 20 Jahren. Denen war damals über eine Betriebsvereinbarung zugesagt worden, dass sie wie im öffentlichen Dienst unkündbar sind. Aber jetzt, Herr Finanzminister, sagen Sie, dass Sie sich daran nicht mehr gebunden fühlen, sondern betriebsbedingte Kündigungen für diese 400 Beschäftigten prüfen wollen. Dagegen klagen der Betriebsrat und ver.di. Ich sage voraus, dass das nach Betensteuer und Landeshaushalt Ihre dritte Niederlage werden wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vor allen Dingen geht es um eine Frage der Glaubwürdigkeit: Wie können denn Sozialdemokraten hier auftreten und über „gute Arbeit“ sprechen, private Arbeitgeber kritisieren, wenn Sie selber als Arbeitgeber Beschäftigte wie die ostelbischen Junker ihre Stiefelknechte behandeln? Das ist doch Ihr Glaubwürdigkeitsproblem!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nein, diesen Menschen wollen und müssen wir Beschäftigungsperspektiven bieten. Die werden ohnehin vom Land bezahlt. Also müssen Möglichkeiten geschaffen werden – vielleicht auch nach dem Vorbild des früheren und von Ihnen abgeschafften Personaleinsatzmanagements –, diese Beschäftigten sinnvoll in der Landesverwaltung einzusetzen. Es gab Vorschläge unserer Fraktion beispielsweise für den Bereich der Finanzverwaltung. Das wäre ein humaner Umgang mit diesen Menschen, die die Misere und das schlimme Schicksal der WestLB persönlich nicht zu verantworten haben.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Herr Priggen, Sie schütteln wieder mit dem Kopf. Ich weiß genau, was gleich wieder kommt. Ich sage dem staunenden Publikum dort oben: Der Kollege Priggen schreibt nie eine Rede, in der er konzeptionell über den Landeshaushalt spricht, sondern der macht sich während der gesamten Debatte nur Notizen, um anschließend mit spöttischen Bemerkungen zu reagieren. Das kann ich schon voraussehen. Aber wissen Sie, Herr Priggen, gerade in der Frage des Arbeitsmarktes sollte ihre nordrhein-westfälische Partei mit ganz viel Demut argumentieren. Ich habe es genau verfolgt, dass Sie in Ihren Wahlprogrammen

immer für einen Mindestlohn von 8,50 € eintreten, aber bei Bärbel Höhn ein Praktikant für den Wahlkampf für 4 € beschäftigt werden sollte.

(Beifall von der FDP – Demonstrativer Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Offensichtlich ist Ausbeutung dann gut, wenn sie grüner Ideologie dient. Aber diese Form der Doppelmoral werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Montag wurden die Ergebnisse und Folgen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für den Haushalt 2013 dargelegt. In der Verlautbarung der Landesregierung vom Montag heißt es – ich zitiere –: „Die SPD-grüne-Landesregierung hält einen massiven Personalabbau auch deshalb nicht für vertretbar, da Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Ländern bereits eine schlanke Landesverwaltung hat. Mit 16,08 Stellen pro 1.000 Einwohner sind bei uns im Verhältnis weniger Menschen in der Landesverwaltung beschäftigt als im Durchschnitt der anderen Flächenländer.“ – Zitat Ende.

Was wollen Sie uns mit dieser Statistik eigentlich sagen? Was besagt diese Statistik eigentlich genau? – Um nur einmal ein Beispiel zu nennen: In Nordrhein-Westfalen kommen auf einen Minister 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger. In Rheinland-Pfalz kommen auf einen Minister 500.000 Bürgerinnen und Bürger. Das sind ganz normale Größeneffekte, die keine Aussagekraft für die Effizienz der Landesverwaltung haben.

Herr Finanzminister, wenn Sie diese Art des Benchmarking ernst nehmen würden, müsste Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland bei dieser Statistik an der Spitze aller Bundesländer stehen, weil die anderen Länder diese Größeneffekte nicht nutzen können.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Bayern!)

– Sie fragen: Was ist denn mit Bayern? Genau darauf komme ich jetzt zu sprechen. Wenn wir einen echten Vergleich machen, müssen wir die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte betrachten. Dann müssen wir im Übrigen auch die Länder mit ihren Gemeinden gemeinsam betrachten, Herr Finanzminister; denn in den Ländern gibt es ganz unterschiedliche Kommunalisierungsgrade. In Nordrhein-Westfalen ist der Kommunalisierungsgrad bekanntlich außerordentlich hoch – höher als in anderen Bundesländern.

Wenn wir die Ausgaben der Länder vergleichen, ergibt sich eine ganz andere Betrachtung. Die Pro-Kopf-Ausgaben nahezu aller Flächenbundesländer inklusive ihrer Gemeinden liegen unterhalb derer in Nordrhein-Westfalen. Herr Finanzminister, Sie haben „Bayern“ zugerufen. Bayern gibt pro Einwohner 453 € weniger aus als Nordrhein-Westfalen. Sachsen gibt pro Einwohner 671 € weniger aus als Nordrhein-Westfalen. Das sind 8 bzw. 12 % weniger

Ausgaben pro Kopf bei Ländern und Gemeinden als in Nordrhein-Westfalen.

(Heike Gebhard [SPD]: Weil sie niedrigere Soziallasten haben!)

Wenn Sie wissen wollen, warum Bayern und Sachsen im Gegensatz zu Ihnen bereits Altschulden tilgen können, dann liegt hier der Grund: Dort gibt es Ausgabendisziplin. Ausgabendisziplin brauchen wir in Nordrhein-Westfalen auch endlich wieder.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Allerdings gestehe ich Ihnen zu, dass Sie zumindest in einer Hinsicht die Kosten im Blick behalten haben, nämlich bei der Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Beamtinnen und Beamten. Da wird Ihnen jetzt aber zu Recht Wortbruch vorgeworfen, Frau Kraft.

(Heike Gebhard [SPD]: Falsch!)

Ich sage Ihnen: Wir haben historisch die höchsten Steuereinnahmen. Wir haben eine außerordentlich gute Wachstumsperiode hinter uns. Daran haben alle Menschen einen fairen Anteil verdient, egal ob sie in der privaten Wirtschaft beschäftigt sind oder im öffentlichen Bereich.

Sie verweigern den Menschen diesen fairen Anteil mit folgender Begründung – ich zitiere –: Die vorgeschlagene Abstufung folgt dem Leitgedanken, dass stärkere Schultern mehr tragen können als schwache.

Wieder die starken Schultern! Dieses Argument kennen wir von Ihnen. Wir kennen es aus der Debatte, die wir hier über die Dämpfung der kalten Progression geführt haben. Da hat Herr Mostofizadeh gesagt: Nein, das können wir nicht machen; das würde die starken Schultern begünstigen; das wollen wir nicht. – Bei der Frage von Steuererhöhungen im Bund sprechen Sie ebenfalls davon, dass die starken Schultern mehr tragen müssen. Diese Art der Argumentation ist also nicht neu.

Neu ist, dass wir jetzt endlich wissen, wen exakt Sie mit den starken Schultern meinen. Starke Schultern beginnen bei Ihnen ab A13. Starke Schultern hat man, wenn man in Nordrhein-Westfalen ab 3.234,59 € im Monat verdient.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: So sind sie!)

Ab etwas über 3.000 € gerät man bei Ihnen ins Visier der Umverteilung – weg vom privaten Portemonnaie, hin zum Staat.

Wenn Sie aber bereits Leute mit so einem durchschnittlichen Einkommen als die Objekte Ihrer Umverteilungspolitik begreifen, zeigt das nur, wie weit Sie sich von der Lebenswirklichkeit der Mittelschicht in Deutschland entfernt haben. Sie sparen nur an einem, nämlich an Leistungsgerechtigkeit. Das werden wir Ihnen in der Wahlauseinandersetzung dieses Jahres nicht durchgehen lassen.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Kraft, Herr Finanzminister, bei Ihrer Pressekonferenz haben Sie weiter ausgeführt – ich zitiere –: Stellenabbau wollen wir nicht.

Das war ehrlich, aber eine Untertreibung; denn seit 2010 haben Sie 2.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Auf 76 Stellen, die quotal auf die Ministerien verteilt werden, hatte ich hingewiesen. Sie setzen 442 kw-Vermerke in diesem Landeshaushalt mal eben so ab. Das zeigt: Von Personalabbau kann bei Ihnen keine Rede sein. Sie bauen Personal auf.

Weiter heißt es – das ist allerdings beachtenswert; das ist eine Delikatesse, wie ich finde – im Zusammenhang mit den Personalausgaben – Zitat –, Aufgabenkritik und Effizienzverbesserungen bei einzelnen Behörden seien nicht ausgeschlossen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

Ich muss sagen: Damit machen Sie dem Effizienzteam wirklich ehrgeizige Vorgaben. Denen werden bei dieser ambitionierten Ansage der Landesregierung jetzt die Schweißperlen auf der Stirn stehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Finanzminister, genau in diesem Punkt unterscheiden wir uns aber. Während Sie Aufgabenkritik und Effizienzverbesserung bei einzelnen Behörden nicht ausschließen, wollen wir als Freie Demokraten Effizienzsteigerung und Aufgabenkritik bei allen Landesbetrieben und allen Landesbehörden. Das macht den Unterschied aus. Für uns ist es nicht die Kür, sondern die Pflicht, die Effizienz öffentlicher Aufgabenerfüllung zu verbessern. Bei dieser Frage versagen Sie. Da haben Sie noch nicht einmal den Willen, etwas zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben deshalb beantragt, wieder 2 % im Kernhaushalt des Landes einzusparen, also etwa 600 Stellen in jedem Jahr. Als wir das in der Zeit unserer Regierungsverantwortung von 2005 bis 2010 gemacht haben, hat sich niemand darüber beklagt, in Nordrhein-Westfalen gebe es plötzlich zu wenig Bürokratie. Breite Proteste gegen die Verschlankung der Landesverwaltung gab es nicht.

(Norbert Römer [SPD]: Wo haben Sie gewohnt? – Marc Herter [SPD]: Sie sind immer in die Tiefgarage gefahren und haben das nicht mitgekriegt!)

So etwas gab es nicht. Das zeigt: Wir haben dort noch Reserven, die zu heben Sie sich weigern.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Es ist unglaublich, wie Sie sich die Welt zurechtbiegen!)

Ich dachte immer, es sei Common Sense, dass die Bürokratie verschlankt werden muss. Inzwischen habe ich den Eindruck, dass das bei Ihnen gar nicht mehr ohne Weiteres der Fall ist. Darauf bin ich gekommen, als ich die Einladung zu einer Veranstal-

tung aus dem Aufgabenbereich des Innenministers gesehen habe, die vor wenigen Tagen stattgefunden hat. Da gab es tatsächlich ein Herner Gespräch mit dem Titel „Mehr Bürokratie wagen – Beiträge zu einer affirmativen Bürokratiekritik“.

(Heiterkeit von der FDP)

Das haben noch nicht alle verstanden. Ich wiederhole: „Mehr Bürokratie wagen – Beiträge zu einer affirmativen Bürokratiekritik“, eine Veranstaltung aus dem Bereich des Innenministeriums.

Bei dieser Veranstaltung durfte Frau Düker von den Grünen, die einzige aktive Politikerin, bei Häppchen über das parlieren, was die Grünen am liebsten haben, nämlich Apparate und die Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger. Dafür gibt es in diesem Landeshaushalt Geld.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für solche Veranstaltungen geben Sie Geld aus.

Ich sage Ihnen: Sie leisten etwas für den weltweiten Klimaschutz und für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, wenn Sie uns zukünftig solche heiße Luft ersparen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Im Übrigen – vielleicht kann Herr Remmel das beantworten –: Herr Remmel, war diese Veranstaltung, die ich gerade genannt habe, eigentlich schon klimafreundlich? Das müssen Sie beantworten können, denn Ihr Haus entwickelt ja gerade einen Leitfaden für die klimafreundliche Veranstaltung der Landesregierung.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

In diesem Leitfaden wird – das ist keine Fiktion, sondern es ist die harte Realität des Landes Nordrhein-Westfalen –

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

zukünftig bei jeder Veranstaltung der Landesregierung abgefragt, mit welchen Verkehrsmitteln denn die Besucher anzureisen gedenken. Ich kann den Bürgerinnen und Bürgern nur empfehlen – wenn Sie sich zukünftig für eine solche Veranstaltung zurückmelden, weil sie sie besuchen wollen, und wenn Sie etwas für den Landeshaushalt tun wollen –, anzukreuzen: „Ich bin zu Fuß gekommen“, selbst wenn Sie aus Bielefeld angereist sind. Denn sonst werden CO₂-Zertifikate auf Pump für Sie, für Ihre Teilnahme gekauft.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

In Landeshaushalt sind jetzt bereits 115.000 € für den Kauf von Klimazertifikaten etatisiert.

(Minister Johannes Remmel: Das hat doch Ihre Regierung entschieden! – Lebhaftes Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Remmel!

(Minister Johannes Remmel: Das ist nicht von mir! Das ist eine Schweinerei! Das haben Sie entschieden! – Fortgesetzt lebhaftes Gegenrufe von der CDU und der FDP)

– Herr Minister Remmel, bitte zügeln Sie sich etwas auf der Regierungsbank. Aus Ihrer Aufregung, Herr Remmel, spricht das schlechte Gewissen nach Ihrer Japan-Reise.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist doch der Grund. 115.000 € Klima-Zertifikate, 115.000 Klima-Zertifikate für Dienstreisen der Landesregierung. Und diese 115.000 € werden zu Ihrer Gewissensberuhigung auf Pump finanziert. So stellen wir uns Generationengerechtigkeit nicht vor, meine Damen und Herren, dass zukünftige Generationen für Ihr schlechtes Gewissen zahlen müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Verzichten Sie lieber auf solche Veranstaltungen und auf diese Zahlungen! Dann haben Sie wirklich etwas für die Nachhaltigkeit im Land Nordrhein-Westfalen getan.

(Minister Johannes Remmel: Unglaublich! – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Ich will eine weitere überflüssige Ausgabe exemplarisch nennen. Frau Löhrmann, wir haben im Landeshaushalt 7 Millionen € für Vorhaben zur Vorbereitung der leistungslosen Schule in Nordrhein-Westfalen gefunden.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Zahlreiche Projekte, Stellen, Vorhaben, um Ihr Ziel der leistungslosen Schule umzusetzen.

Die Debatte hat in den vergangenen Wochen eine gewisse Prominenz erfahren, auch durch Äußerungen, die Sie getätigt haben. Sie haben ja gesagt: Sitzenbleiben sei Zeitverschwendung. Überraschenderweise, auch für uns überraschend, sagen 85 % der Schülerinnen und Schüler und der Studierenden, dass sie das überhaupt nicht als eine Zeitverschwendung empfinden. Es widerspricht deren Gerechtigkeitsempfinden, dass auch diejenigen weiterkommen, die sich überhaupt nicht anstrengen. Sie betrachten die Klassenwiederholung gelegentlich auch als eine zweite Chance.

Frau Löhrmann, das, was Sie hier vorhaben, leistungslose Schule ohne Ziffernote, ohne Prüfung, ohne Sitzenbleiben führt in Ihrem Weltbild vielleicht zu mehr Humanität, in der Praxis aber zu Frustration.

(Beifall von der FDP)

Deshalb sammeln Sie das Geld ein und investieren Sie es am besten in Bildungsqualität konkret!

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ein Blick in die Schulgesetze würde helfen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kraft, ein zentrales Element Ihrer Haushaltspolitik ist die Suche nach Einnahmeverbesserungen. So haben Sie bei Ihrer Pressekonferenz am Montag wieder geschrieben: Einnahmeverbesserungen. Was heißt das im Einzelnen? Sie spielen Lotterie beim Ankauf der Steuer-CDs und hoffen da auf das große Los. Sie wetten auf niedrige Zinsen. Und in der Bundespolitik pokern Sie und setzen alles auf die eine Karte: Steuererhöhungen.

Auch die einzige Maßnahme der aktiven Wirtschaftsförderung, an die ich aus dem vergangenen Jahr erinnere, passt in dieses Programm, nämlich die zusätzliche staatliche Spielbank in Köln. Das mögen Sie Finanzpolitik nennen. Aus unserer Sicht ist das aber eine Art des Glückspiels.

Herr Finanzminister, Sie sollten wissen: Wie beim Roulette gewinnt immer die Bank. Es ist nicht seriös, was Sie hier machen. Es ist Spekulation.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Bund gibt es jetzt breitflächige Vorschläge zu Steuererhöhungen – ich hatte es eingangs gesagt –: 40 Milliarden €. Peer Steinbrück sagt, bei der Vermögensteuer sollen die Betriebsvermögen ausgenommen werden. Gleichzeitig will er aber 10 Milliarden € mit dieser einen Maßnahme erlösen. Herr Finanzminister, das steht ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Woher haben Sie denn die Zahlen?)

– Von der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. 10 Milliarden € will er erlösen. Wie geht das?

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Wie viel wollen Sie denn erlösen, Frau Kraft? Wie lautet denn die Zahl, wenn Sie nur die Privatvermögen nehmen? Wenn Sie sich schon in die Debatte einschalten, dann erläutern Sie uns bitte einmal rechtlich, wie es denn geht, dass bei der Erbschaftsteuer die Trennung zwischen Privat- und Betriebsvermögen laut Bundesverfassungsgericht problematisch ist, wenn Sie das bei der Vermögensteuer aber machen, alles unproblematisch sein soll?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Erläutern Sie uns mal Ihre rechtliche Expertise! Dann bekommen Sie von uns einen Ehrendoktor. Gerade bei der Erbschaftsteuer will ich hier eine Feststellung unterstreichen: Einen aktuellen Handlungsbedarf bei der Erbschaftsteuer gibt es in meinen Augen nicht. – Zitat Garrelt Duin, drei Tage her!

(Beifall von der FDP)

Vor drei Tagen hat der Wirtschaftsminister dieses Landes diese bemerkenswerte und zutreffende Feststellung in einem Interview mit dem „handelsjournal“ gemacht.

Sehr verehrter Herr Duin, wir beglückwünschen Sie zu dieser Erkenntnis, müssen Sie aber fragen, in

welchem Verhältnis Ihre Erkenntnis zum SPD-Wahlprogramm und zur Politik dieser Landesregierung steht.

(Beifall von der FDP)

Wir wünschen uns von Ihnen Aufklärung, wie Sie Ihren Worten Taten folgen lassen wollen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Auch wir Freien Demokraten halten Einnahmeverbesserungen in Nordrhein-Westfalen für nötig und möglich. Wir haben eine Wachstumslücke, Herr Römer, von 0,3 Prozentpunkten auf den Länderdurchschnitt.

Aus dieser Wachstumslücke ergibt sich auch ein Wohlstandsgefälle. In Nordrhein-Westfalen stehen den Bürgerinnen und Bürger jährlich 20.132 € an Kaufkraft zur Verfügung. In Bayern liegt die jährliche Kaufkraft aber bei 21.758 €.

Das ist eine Wachstums- und Wohlstandslücke, die wir schließen wollen, indem wir nämlich Handel, Handwerk, Industrie und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen die bestmöglichen Rahmenbedingungen geben wollen. Wir wollen sie, Herr Römer, von überflüssiger Bürokratie entfesseln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dadurch können wir eine zusätzliche Wachstumsdynamik erreichen.

Wo aber sind die Initiativen des dafür zuständigen Wirtschaftsministers? Herr Duin, die anderen Minister des Kabinetts sind ja die Ausgabeminister. Als Wirtschaftsminister sind Sie der Einnahmeminister, der darauf achten muss, dass die Menschen in der Lage sind, zu erwirtschaften, was Ihre Kabinettskollegen verteilen wollen.

Wo sind denn Ihre Initiativen? Wo waren Sie, Herr Duin, als hier das Tarifreuegesetz verabschiedet worden ist, das für Kommunen und Mittelstand zusätzliche Belastungen bedeutet?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da werden Stellen gebunden in Unternehmen, aber auch in der öffentlichen Verwaltung.

Wo waren Sie, Herr Wirtschaftsminister, bei der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes? Dieses Gesetz ist ökologisch unwirksam und gefährdet Investitionen in Nordrhein-Westfalen.

Herr Wirtschaftsminister, wo sind Sie bei newPark? Im Emscher-Lippe-Raum kann ein ökologisches Industriegebiet entstehen mit möglicherweise 10.000 Beschäftigten. Alle sind dafür: Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Arbeitgeberverbände, die dortigen der SPD angehörenden Bürgermeister und Landräte. Die einzigen, die dagegen sind, sind Bündnis 90/Die Grünen.

Jetzt müssen Sie eine Landesbürgerschaft prüfen. Das dauert mutmaßlich so lange, bis die laufende EFRE-Förderperiode beendet ist. Diese Sorgfalt

hätten wir uns von der Landesregierung bei der Prüfung von Bürgschaften für Opel und Schlecker gewünscht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei diesem Projekt aber sollten Sie handeln, Herr Wirtschaftsminister. 10.000 Arbeitsplätze!

Wo waren Sie, Herr Wirtschaftsminister? Sie haben ja gegenüber der „Rheinischen Post“ gestanden, Ihre Aufgabe sei – Zitat – tatsächlich vor allem rhetorisch. Von Ihnen werde es keine großen Gesetze geben. – Ja, wenn Sie dann doch wenigstens die großen und falschen Gesetze Ihrer Kabinettskollegen verhindern würden, Herr Duin! Die siebzehntgrößte Volkswirtschaft braucht endlich wieder einen Wirtschaftsminister.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Römer, weil Sie dieses Thema angesprochen haben, will ich es auch tun: die Energiepolitik, die aktuell auf der Tagesordnung auch ganz oben steht. Sie ist für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes von zentraler Bedeutung.

Was aber liegt von der Landesregierung in dieser Frage vor? Herr Duin hat am 8. Juli des vergangenen Jahres zum ersten Mal einen Masterplan der Landesregierung zur Energiewende angekündigt. Bis dato liegt jedoch nichts vor. Das liegt möglicherweise daran, Herr Römer, dass Sozialdemokraten und Grüne in dieser Frage vielleicht doch nicht so harmonisch übereinstimmen, wie Sie das hier eben dargestellt haben.

Nur so kann ich mir auch erklären, dass Herr Duin gegenüber der „Rheinischen Post“ einen Stoßseufzer losgelassen hat – Zitat –: Wenn der SPD-Bundeskanzler alle Sinne beisammen hat, bekommen die Grünen das Energieministerium nicht.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Dann reagiert der grüne Landesvorsitzende auf Twitter – Zitat –: „Wundere mich etwas über Äußerungen von ... Duin. Er weiß doch aus NRW, dass Energiewende bei Minister Rammel am besten aufgehoben ist.“

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

Das zeigt: In der Energiepolitik hat der rote Wirtschaftsminister nach wie vor nichts und der grüne Umweltminister alles zu sagen. Und es ist Ihre Verantwortung, Herr Römer, dass Sie das zulassen!

(Zuruf von der SPD: Bullshit!)

Das zeigt sich exemplarisch auch bei der tagesaktuellen Diskussion über die Senkung der Stromsteuer, Herr Römer. Hannelore Kraft im „Handelsblatt“ – Zitat –: Es geht um Entlastungen bei den Strompreisen. Das kann über eine Senkung der Stromsteuer erreicht werden. – Die Grünen lehnen

das ab. Herr Priggen fordert stattdessen eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze.

(Zuruf von der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich rede jetzt vom Januar. Ich komme auch noch zur Gegenwart, keine Angst.

Herr Priggen, nur mal nebenbei: Was haben eigentlich die Menschen von Ihnen, von der grünen Partei, zu erwarten, die nicht Hartz IV beziehen und keine Solaranlage auf dem Dach haben?

(Beifall von der FDP)

Was haben diese Menschen von Ihnen zu erwarten? Sie zahlen zu Hause den höheren Strompreis, fahren zur Arbeit mit dem höheren Spritpreis, um dann, wenn sie am Arbeitsplatz angekommen sind, festzustellen, dass dieser durch grüne Politik gefährdet worden ist.

Das ist eine sehr verkürzte Sichtweise von Gemeinwohl, die Sie hier vertreten, Herr Priggen, die auf einen ganz schmalen Bereich der Gesellschaft und der Profiteure Ihrer Politik zugeschnitten ist.

(Beifall von der FDP)

Zurück zur Stromsteuer! Der neue niedersächsische Ministerpräsident Stefan Weil – Zitat –: „Deshalb betrachte ich die Senkung der Stromsteuer an dieser Stelle in der Tat als einen Königsweg.“

Nicht mit Jürgen Trittin! Der sagt: Das ginge nur in die Gewinne der Konzerne. – Gestern hieß es – Zitat –: Duin pocht auf Senkung der Stromsteuer.

Zwischen Rot und Grün geht es in dieser Frage zu wie zwischen Laschet und Laumann:

(Heiterkeit von der FDP)

Während der eine die Stromsteuersenkung hier im Landtagsplenum ablehnt – Herr Laumann nennt das populistisch –, fordert der neue Industriekapitän Laschet im „Spiegel“ genau das, nämlich die Senkung der Stromsteuer.

Frau Kraft, ich sage Ihnen eines: Wir werden die SPD – so, wie wir das hier im Landtag getan haben – auch in Berlin beim Vorhaben „Senkung der Stromsteuer“ unterstützen; denn es ist richtig, dass sich der Staat nicht auch noch an der steigenden EEG-Umlage bereichert.

(Beifall von der FDP)

Da können Sie auf uns zählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen.

Das Land Nordrhein-Westfalen verschenkt die außerordentlich gute konjunkturelle Lage und nutzt sie nicht zur Haushaltskonsolidierung. Das Land Nordrhein-Westfalen – Ihre Politik – entfesselt nicht die Wachstumskräfte von Mittelstand und Industrie,

sondern schafft neue bürokratische Hürden. Sie verzetteln sich in Pepita-Projekten. Und Sie brechen nicht nur Ihr Wort, sondern notorisch auch die Verfassung.

In Ihrer Pressekonferenz, Frau Kraft, haben Sie eine Überschrift gewählt – Zitat –: „Wir halten in NRW Kurs“. Wir betrachten das als eine Drohung. Deshalb werden wir Ihrer Haushaltspolitik nicht die Hand reichen. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Lindner. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Christian Lindner, Sie müssen sich keine Sorgen machen, wie ich meine Reden vorbereite. Ich beschäftige mich vorher schon etwas länger damit. Ich habe nur die Angewohnheit, Ihnen und den anderen, die vor mir reden, sehr konzentriert zuzuhören. Das halte ich auch für einen Akt der Höflichkeit. Aber ich sage Ihnen auch: Ich habe mir ganze zwei Notizen zu dem gemacht, was Sie gesagt haben. Die will ich Ihnen jetzt auch nicht vorenthalten.

(**Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis**)

Das Erste ist mit einem Fragezeichen „Iffland-Ring“. Der Iffland-Ring ist die Auszeichnung für den würdigsten und bedeutendsten Bühnenkünstler im deutschsprachigen Raum. Fragezeichen heißt: Ich bin mir nicht sicher, ob Sie ihn verdienen. – Aber das, was Sie hier permanent machen, hat wenig zu tun mit den Problemen des Landes, sondern ist eine reine Showveranstaltung. – Das ist die eine Notiz.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch die zweite Notiz, die ich gemacht habe, will ich Ihnen nennen. Sie haben eben gesagt: Die SPD ist die Partei, die alle Lasten auf die Zukunft verschiebt. – Das ist genau die billige Nummer, mit der Sie Politik machen. Sie tun so, als ob Sie noch nie in irgendeiner Regierung Verantwortung gehabt hätten, als ob Sie als FDP und auch Sie persönlich noch nie in irgendeiner Regierung Schulden aufgenommen hätten. Es sind immer die anderen gewesen. So bedienen Sie billige Klischees und drücken sich – das ist aber Ihr Markenzeichen – vor der eigenen Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Uns, den Fraktionen von Sozialdemokraten, den Fraktionen von Grünen, ist sehr wohl klar, wie bedrohlich die finanzielle Situation in den Kommunen,

im Land ist und auch, dass der Bund nicht rosig da steht.

Ich habe das beim letzten Mal schon gesagt: Ich werde am Ende dieser Legislatur 17 Jahre Koalitionsausschuss Sozialdemokraten/Grüne in Nordrhein-Westfalen mitgemacht haben, 17 Jahre Verantwortung mitgetragen haben. Wir haben 17 Jahre lang jedes Jahr neue Schulden aufgenommen. Das wissen wir.

Ich habe auch gesagt: Jeder von Ihnen, CDU oder FDP, der jemals hier oder im Bund Verantwortung hatte, könnte nichts anderes sagen, nichts anderes.

Wenn Sie sagen: „Der Bund bereitet vor, dass nach der Bundestagswahl keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden“, muss man darauf hinweisen: Das wäre das erste Mal nach 44 Jahren. Insofern besteht für Großkotzigkeit – um es wirklich böse zu sagen –, für Übermut null Anlass an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe den Eindruck: Wir haben zwei Fraktionen, die sehr hart arbeiten, die sich bemühen, in einer schwierigen Situation den Karren zu ziehen. Ich weiß, was Koalitionsarbeit heißt. Ich kenne das aus vielen Dialogen. Wir sind nicht eine Partei – dann könnten wir fusionieren –, wir sind zwei Parteien. Also ringen wir manchmal auch miteinander um Sachen. Das tragen wir aber vernünftig miteinander aus. Das gehört dazu. Aber es wird hart gearbeitet.

Mein Eindruck nach den beiden verantwortungslosen Debattenbeiträgen von Herrn Laumann und von Herrn Lindner ist:

(Christof Rasche [FDP]: Respektlos!)

Es gibt zwei Fraktionen, die machen uns hier das Kunststück vor, wie man mit zwei toten Pferden, zwei toten Gäulen den Karren zieht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, ja, die Kritik müssen Sie sich jetzt schon gefallen lassen.

Ich bin an der Stelle schon – um das ganz klar zu sagen – etwas angefressen über die Art, wie Sie mit den realen Problemen, die wir im Haushalt haben, umgehen, wie verantwortungslos Sie das darstellen.

CDU und FDP haben immer zwei Vorschläge herausgestellt; das sind die beiden toten Pferde.

Bei einem Vorschlag geht es um die 249 Millionen € Studiengebühren, die Sie wieder einführen wollen, haushaltswirksam noch dieses Jahr. Das geht fachlich nicht; denn Sie hätten dazu ein Gesetz einbringen müssen. Wir hätten dem nicht zugestimmt – um das zu sagen. Aber Sie müssten es einbringen, um draußen wirklich deutlich zu machen, dass Sie das wollen. Aber dieses Gesetz könnte gar nicht mehr wirksam werden, wenn Sie es demnächst noch ein-

brächten. Sie müssten das ja bis zum Sommer absolviert haben. Sie machen das also aus reinem Populismus. Sie machen es wissend, dass, nachdem Sie in Bayern – an der Stelle FDP und CSU – die noch dieses Jahr abschaffen, die Studiengebühren in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland abgeschafft sind. Das heißt, es gibt dann keine Studiengebühren mehr.

Ich könnte Ihnen jetzt eine Seite mit Zitaten vorlesen. Herr Laumann, es gibt diesen berühmten Lothar-Hegemann'schen Taumelkäfer. Der hat zwei lange Fühler, geht immer auf eine bestimmte Weise durch den Raum. Dann stößt er irgendwo an und ändert den Kurs. Genau das haben Sie persönlich auch bei den Studiengebühren gemacht. Ich könnte es Ihnen vorlesen:

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Für Studiengebühren – gegen Studiengebühren – wir führen sie nicht wieder ein – jetzt erzählen Sie es wieder. – Dann bringen Sie das Gesetz auch ein, damit alle im Land auch genau wissen, wohin Sie wollen. Sie machen das auch an anderen Stellen. Ich komme gleich noch darauf.

Dann haben beide vorgeschlagen – die CDU sogar mit einer Einnahmeerwartung für dieses Jahr –: Einnahmen aus Steuerabführungen der Schweiz mit 569 Millionen €. Dieses Jahr! Etwas Unseriöseres habe ich hier in der Haushaltspolitik noch nie gehört.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Um es ganz klar zu sagen: Ich bin, wir sind überhaupt nicht gegen ein Steuerabkommen mit der Schweiz –

(Christian Lindner [FDP]: Eben!)

aber dann mindestens zu den gleichen Konditionen wie bei den Amerikanern: volle Transparenz und nicht dieses Schweizer Bankenmodell der Bereicherung am deutschen Staat auch noch sanktionieren. Das ist der entscheidende Punkt!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, ich weiß, die FDP hat diese Einnahmen erst für 2014 eingetragen – weil Sie mit Steuersündern ja notorisch etwas nachsichtig sind. Insofern kommt das bei Ihnen ein Jahr später. Trotzdem kann es doch nicht sein, dass das die Finanzierungsvorschläge der CDU für den Haushalt dieses Jahres sind. Was soll man denn damit machen?

Herr Laumann, der nächste Taumelkäfer: Sie sind heroisch gegen das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr. Aber Sie fordern als CDU gleichzeitig ein beitragsfreies kostenloses Vorschuljahr. Drittes Kindergartenjahr, Vorschuljahr – das ist in der Sache das Gleiche, das sind die gleichen Kinder. Und das

kriegen Sie nicht für 150 Millionen €. Insofern: Was soll das?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich einen kleinen Exkurs machen. Das Bemerkenswerte an den beiden Reden von Herrn Laumann und Herrn Lindner war doch eigentlich das, was sie nicht gesagt haben. Man möge sich mal vorstellen, Ute Schäfer hätte gestern nach den Meldungen aus allen nordrhein-westfälischen Kommunen bilanzieren müssen: Wir haben leider nur 120.000 U3-Plätze. – Was meinen Sie, was wir hier für Reden erlebt hätten?

(Zuruf: Die waren schon geschrieben!)

– Die waren mit Sicherheit schon geschrieben.

Und jetzt sieht die Situation in dem Bereich folgendermaßen aus: 2011 lag die Ausbauleistung bei 12.237 Plätzen, 2012 bei 16.178, und durch die unglaublichen Anstrengungen kommen zum 1. August 2013 noch 27.804 U3-Plätze dazu – gemeldet von den einzelnen Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen auf einmal Schweigen – kein Dankeschön, keine Anerkennung, das würde auch schwerfallen –, weil 144.883 U3-Plätze erreicht sind. Das entspricht einer Versorgungsquote von einem Drittel.

Wir wissen, dass damit nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Man erlebt es selber, wenn man in einem Alter ist, in dem man absehbar Großvater werden könnte und sich darauf freut. Man erlebt seine Patenkinder, die junge Eltern geworden sind. Die Frauen und die Männer wollen wieder arbeiten. Der Bedarf ist also vorhanden.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir für unsere Kinder nach einem Kindergartenplatz gesucht und die Betteltour gemacht haben, wo wir sie unterbringen können. In dem Bereich besteht der Rechtsanspruch seit Langem.

Jetzt gibt es ihn auch für U3. Wenn wir wollen, dass junge Frauen – meistens sind sie betroffen –, aber auch junge Männer, die sich zeitweise der Kindererziehung widmen, wieder in den Beruf gehen, dann müssen wir diesen Prozess weiterführen. Dazu gibt es keine Alternative. Dann müssen Sie uns nicht kritisieren, dass wir in den Bereich Geld hineinstecken.

Ich sage ganz ehrlich, Ute, dass ich manchmal auch gedacht habe, als wir um mehr Geld gerungen haben, ob es noch so viel mehr sein muss. Jetzt sage ich: Respekt für die Arbeit, die ihr in der Taskforce geleistet habt! Respekt auch für die Fachpolitikerinnen, die das unterstützt haben! Das ist der richtige Weg. Und wir gehen ihn konsequent weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn die beiden Fraktionen, die sonst immer kritisieren, nun schweigen, dann spreche ich ein klares

Dankeschön an Dich und auch an die Kollegen und Kolleginnen im Haus aus, die nachgehakt haben, damit der Prozess weiter vorangeht.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann will ich auf den Vorschlag der CDU eingehen, alle Programme des Landes und die freiwilligen gesetzlichen Leistungen pauschal um 4 % zu kürzen, fünfmal hintereinander 20 % einzusparen, 580 Millionen € Einsparvolumen. Das ist eine Überlegung, der man punktuell näher treten könnte. Aber die Pauschalität, in der Sie das machen, während Sie uns gleichzeitig angreifen, dass unsere Kürzungen im Kulturbereich und anderswo in Höhe von 150 Millionen € völlig unangemessen seien, ist doch unehrlich.

(Beifall von den GRÜNEN und Heike Gebhard [SPD])

Dann müssen Sie Ross und Reiter nennen und sagen, wo genau gekürzt werden soll. So geht es nicht. Pauschal mehr als eine halbe Milliarde vorzusehen, ist jedenfalls aus meiner Sicht nicht seriös.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie so viele Änderungsanträge eingebracht haben. Es ist auch nicht alles falsch. Dabei ist eine Reihe von Punkten, die man sich sehr sorgfältig ansehen muss, die man prüfen kann. Aber es sind auch viele Dinge darunter, die vorne und hinten nicht zusammenpassen, wenn man korrekt nachrechnet.

Zum nächsten Vorschlag: Schulverwaltungsassistenten. Es ist vom Prinzip her nicht falsch, zu überlegen, Lehrer und Lehrerinnen, die 50.000 € im Jahr kosten, durch Schulverwaltungsassistenten zu ersetzen, die 30.000 € kosten. Genau das haben Sylvia Löhrmann, Sigrid Beer und ich uns in Finnland angeguckt. Dort werden diese Leute eingesetzt und arbeiten sehr gut im Kollegium mit.

Wenn man aber das möchte, was Herr Laumann aufgeschrieben hat, nämlich 300 Millionen € bis 2017 einsparen, dann muss man 15.000 Lehrer durch 15.000 Schulverwaltungsassistenten ersetzen, jedes Jahr 3.000. Herr Laumann, da sind wir vertragstreuer als Sie. Wir haben mit Ihnen zusammen ein Gesetz gemacht und Regelungen vereinbart, wie wir in den nächsten Jahren mit den Schulen umgehen: mit dem Personalschlüssel in den neuen Sekundarschulen, mit den Klassengrößen. Dazu brauchen wir einige Jahre lang demografische Gewinne. Dann können wir nicht in einem solchen Ausmaß umschulen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das spricht nicht gegen den Grundversuch, aber auf jeden Fall gegen die unseriöse Darstellung von 300 Millionen € Einsparungen.

Ich will noch einen Satz zu den Apothekern und den PTA sagen – eben ist wieder so getan worden, als ob dadurch die Welt unterginge –: Es kostet jede Apotheke im Jahr 290 €, um die Ausbildung zu finanzieren. Das ist ein Betrag, den eine Apotheke aufbringen kann.

Die Grundunterschiedsmelodie zwischen Ihnen und uns – auch bei den Studiengebühren, um das ganz klar zu sagen – ist: Wir sind dafür, dass jemand studiert, eine gute Ausbildung macht, auch gutes Geld verdient und dann ordentlich Steuern zahlt. So soll der Weg sein.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Der Apotheker zahlt dann einen höheren Steuersatz, aber wir belasten nicht diejenigen, die am Anfang stehen, mit Studiengebühren und anderen Dingen.

(Beifall von den GRÜNEN und Heike Gebhard [SPD])

Ich habe vorhin gesagt: Es gibt zwei Fraktionen, die an der Stelle das tote Pferd vor den Karren spannen wollen, und zwei Fraktionen, die sich sehr sorgfältig und sehr engagiert mit viel Arbeit bemühen, den Haushalt auch in einer schwierigen Situation hinzubekommen.

Weil mich Herr Dr. Paul ansieht: Es gibt eine weitere Fraktion, die zehn Monate hier ist, die eine gewisse Facette an Themen abdeckt, die an bestimmten Stellen Vorschläge macht, über die wir auch diskutieren; wir werden nachher auch einem Vorschlag zustimmen.

Ich will mich aber gerne auf die beiden konzentrieren, die im Bund Verantwortung tragen, die hier lange verantwortlich waren und immer so tun, als ob alles ganz anders sei, nur weil sie nicht mehr in der Verantwortung stehen. Deswegen liegen die beiden im Fokus.

Unsere Haushaltssituation – das ist uns selber klar – ist nicht schön, was die Schuldenaufnahme angeht; ich habe es eben schon geschildert. Aber seitdem wir in der Minderheitsregierung tätig waren – wir verabschieden heute den vierten Haushalt –, gibt es eine fallende Linie.

Die Neuverschuldung betrug 6,5 Milliarden € im Jahr 2010, 4,8 Milliarden € in 2011, 4,3 Milliarden € in 2012, und für dieses Jahr stehen 3,4 Milliarden € im Ansatz. Das Ergebnis hat sich jedes Mal noch deutlich verbessert, weil die Haushaltsführung sparsam war. Auch in diesem Jahr ist es das Ziel, deutlich besser zu werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung von Finanzminister Linssen, CDU, lag die Neuverschuldung 2010 bei 6,7 Milliarden €, 2011 bei 6,7 Milliarden €, 2012 bei 6,6 Milliarden € und 2013 bei 6,5 Milliarden € – nicht bei null.

Ich weiß, dass die Steuereinnahmen – zum Glück! – besser geworden sind. Aber das, was wir zusätzlich in den Haushalt geben, bei rund 2 Milliarden € Mehrausgaben, ist fast zu 99 % gesetzlich begründet und notwendig. Es sind durchlaufende Bundesmittel. Das erhöht den Etat, was an der Stelle auch in Ordnung ist. Es sind viele Millionen für die Versorgung, für die Beihilfen, für die Pensionen.

Bei den Kommunen haben wir allein in diesem Haushalt 413 Millionen € zusätzlich eingestellt. Damit – auch die Anmerkung sei gestattet – bezahlen wir unter anderem die Verfassungsklagen, die Sie verloren haben, weil Sie den Kommunen das Geld weggenommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Verfassungsgericht ist eine wichtige Einrichtung, es korrigiert uns Politiker immer wieder. Sie aber haben acht Verfassungsklagen in fünf Jahren verloren und sollten vorsichtig sein, mit dem Finger nur auf andere zu zeigen. Wir müssen die Entscheidung hinnehmen. Ich sage Ihnen: Wir sind besser geworden. Gegen den 2012er-Haushalt haben Sie schon nicht mehr geklagt. Ich glaube auch nicht, dass eine Klage gegen den 2013er erfolgreich wäre. Insofern muss man die Konsequenzen daraus ziehen.

Wir haben dieses Jahr also rund 413 Millionen € mehr, die wir an die Kommunen ausschütten können. Wir haben im Bereich der Hochschulen, weil wir den doppelten Abiturjahrgang haben, 175 Millionen € zusätzlich: 66 Millionen € für das BAföG und 109 Millionen € für andere gesetzliche Verpflichtungen. Das sind alles Sachen, die wir leisten müssen.

530 Millionen € haben wir extra für den doppelten Abiturjahrgang. Fairerweise eingestanden: Die Hälfte kommt vom Bund. Es sind aber auch 265 Millionen €, die wir als Land aufbringen. Auch das sind zusätzliche Mittel, die wir an der Stelle abdecken.

Außerdem haben wir 112 Millionen € für den Aufwuchs bei den U3-Plätzen. Das habe ich eben schon mal erzählt.

Wir haben 150 Millionen € Einsparungen. Ich kann mich noch gut an die Beifallsorkane seitens der CDU und anderer für jeden einzelnen dieser Einsparvorschläge erinnern. Die Kritik ist zum Teil sehr massiv und unangemessen. Ich will nur eine einzige erwähnen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann, CDU, Berlin, hat wegen 2 Millionen € Einsparungen bei den Denkmalpflegemitteln gesagt – ich zitiere –: „Letztlich schädigen die Kürzungen das Ansehen Deutschlands als Kulturnation.“ Geht es auch ein bisschen kleiner? 2 Millionen € Einsparungen schädigen das Ansehen Deutschlands als Kulturnation – wenn in der Art auf jede Einsparung reagiert wird, darf man sich nicht wundern, dass wir keine Chance haben.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Dann, Herr Kollege Laumann, will ich doch noch mal zu dem Taumelkäfer kommen. Bei Herrn Goebels – seriöse Quelle – ist von Ihnen zu lesen – Zitat –:

„Man kann den Haushalt nicht sanieren, wenn man das Problem nicht löst, dass 40 % des Haushalts für Personalkosten aufgewendet werden.“

Karl-Josef Laumann! Und in den letzten Tagen sagen Sie: Die CDU ist dafür, dass der Tarifabschluss eins zu eins übernommen wird. – Dann frage ich mich natürlich, wie die CDU den Personalabbau denn erreichen will. Dann kommt sie mit dem originellen Vorschlag: 1,5 % jährlich auf alle Stellen. Ich habe mir eben den Antrag angeguckt, der von Ihnen noch gekommen ist. Darin ist die Ausnahme nicht mehr enthalten. So raffiniert sind Sie ja. Öffentlich haben Sie gesagt: Mit Ausnahme folgender Bereiche: Schulen 160.000 Stellen, Polizei 50.000 Stellen ...

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Die sind ja ausgenommen. Ich nenne nur die Zahlen, damit man sich ein Bild macht, auf welchen Nucleus Sie die Einsparungen konzentrieren wollen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das muss man doch zusammen betrachten!)

Justiz 30.000, Finanzen 25.000! Dann verbeiben in allen Ministerien – und die Zahl ist klein – zusammen 4.462 Stellen. Es verbleiben in den fünf Bezirksregierungen knapp 7.000 Stellen. Dann gibt es noch Eichämter, Forstverwaltungen und anderes.

Das heißt, mit 1,5 % Einsparungen in diesen Bereichen – das sind rund 30.000 Stellen im ganzen Land – wollen Sie den Haushalt sanieren. Da reden wir über 450 Stellen pro Jahr – mehr nicht. Das ist nicht zu schaffen. Wir können den Haushalt nicht sanieren, indem wir Zehntausende von Leuten entlassen.

Außerdem haben Sie vergessen, dass wir über das Land 116.000 Personen in den Hochschulen bezahlen. Und wir wissen: Im Jahr des doppelten Abiturjahrgangs können wir in den Hochschulen nicht Tausende von Stellen einsparen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn das alles so ist, dann ist das, was Sie an der Stelle gemacht haben, in keinem Fall seriös.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt haben wir – und da machen Sie sich einen schlanken Fuß – einen Tarifabschluss mit 2,65 % für 2013 und 2,95 % für 2014. Das verursacht bei einer Eins-zu-eins-Übernahme, Herr Laumann, Kosten für die Angestellten in Höhe von 355 Millionen €,

für die Beamten in Höhe von 640 Millionen € und für die Pensionäre in Höhe von 320 Millionen €. Das heißt in toto: 1,32 Milliarden € müssten wir Ende 2014 aufgebracht haben, um den Tarifabschluss eins zu eins zu erwirtschaften.

Ich sage Ihnen: Wir können das nicht! Es ist kein böser Wille. Es ist schöner, wenn man jedem, der arbeitet, sagen kann: Du bekommst auch eine Erhöhung. – Aber wir können es nicht an der Stelle. Wir müssten die Neuverschuldung noch mal um 700 Millionen € erhöhen oder, Herr Laumann, 14.000 Stellen streichen. Das geht nicht! Auch Sie liefern keinen Beleg dafür, wie das gehen soll. Deswegen ist Ihre gesamte Argumentation aus meiner Sicht nicht korrekt.

Ich will gerne noch ein paar Worte zur FDP sagen, weil die FDP die Anträge, die die CDU hat, was die Studiengebühren angeht, was die Schweiz angeht, ebenfalls stellt. Es gibt einen Antrag, der meines Erachtens den ganzen ökonomischen Voodoo, den die FDP immer wieder über Begriffe veranstaltet, deutlich macht, und zwar ist das der Antrag mit dem Entfesselungsimpuls.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Ich habe es früher schon einmal gesagt: Es gibt Sekten, die haben einen eigenen kodierte Sprachgebrauch und erkennen sich gegenseitig an diesen Codes. Alle anderen verstehen das nicht, aber für die FDP ist Entfesselungsimpuls etwas, bei dem sie ganz glücklich gucken und strahlen, denn sie wissen, was gemeint ist. Aber einen derart lächerlichen Antrag zu stellen, 25 Millionen € Einnahmen in diesem Jahr zu fordern und zugleich die Landesregierung zu beauftragen, die entsprechenden Schritte zur Entlastung der Wirtschaft einzuleiten:

(Heiterkeit von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Liebe Leute, da ist Voodoo seriöser als Anträge von der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und das bleibt ja nicht bei den 25 Millionen €. Das ist ja aufwachsend: 70 Millionen, 85 Millionen, 100 Millionen! Ich frage mich: Warum haben Sie nicht viel früher entfesselt? Warum entfesseln Sie nicht im Bund?

(Christian Lindner [FDP]: Haben wir doch!)

– Nein! Jetzt kommen wir genau an die gleiche böse Stelle, die eben schon Herr Römer angesprochen hat. Sie Entfesselungskünstler sind im Bund gerade dabei, reihenweise industrielle Projekte hier im Land kaputtzumachen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Lindner [FDP]: Das sagen ausgerechnet Sie!)

– Ja, ausgerechnet ich! Gehen Sie mal ein paar Meter weiter zu den Stadtwerken Düsseldorf und fragen Sie den Vorstand, ob er vor wenigen Tagen ein Projekt im Volumen von 50 Millionen € hat kippen müssen, weil Sie die Rahmenbedingungen dafür gefährden. Und das tun Sie in bösartigster Weise mit Ihrer Energiepolitik in Berlin, dass solche Projekte jetzt reihenweise kaputtgehen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Und Sie machen das mit Absicht! Ich kenne viele dieser Projekte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie brauchen heutzutage, wenn Sie einen Windpark bauen, drei bis vier Jahre. Ein Windpark mit zehn Windrädern liegt heute bei 50 Millionen € Investitionsvolumen. Eine Bundesregierung, die ankündigt, dass sie rückwärts die Einspeisekonditionen verschlechtern will, die bricht Wort. Das ist wirklicher Wortbruch, weil Leute auf diese gesetzlichen Zusagen vertraut haben.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie sind eine Partei, die das rückwärts kaputtmachen will und nach vorne kein anderes Ziel hat, als genau diese Investitionen abzuwürgen, gleichzeitig aber in der Bundesregierung ist und sagt: Wir machen die Energiewende, wir tragen die Klimaschutzziele mit. – Das ist nicht entfesseln, das ist auch nicht einmal mehr fesseln, das ist ganz gezielt das Kaputtmachen von Bereichen, die sich hervorragend entwickelt haben. Das ist Ihre Strategie.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Sigrid Beer [GRÜNE]: Christian Houdini! – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Herr Kollege Lindner, aber was will ich von einer Partei erwarten, die in bösartigster Tradition von Verhältnissen, die weit im Osten geherrscht haben, ausgeht und Wahrheiten nicht mehr ausdrücken lassen will?

Es gab ein Desaster um den Armutsbericht der Bundesregierung. Da stand drin: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“ Da stand auch drin: „Die Einkommensspreizung hat zugenommen.“

(Christian Lindner [FDP]: Stimmt ja nicht!)

Veto: Rösler, FDP. Jetzt steht drin: „Die Ungleichheit der Einkommen nimmt derzeit ab.“

(Christian Lindner [FDP]: So ist es! Seit 2006 stimmt das! – Dietmar Bell [SPD]: Selektive Wahrnehmung! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist die FDP. So macht sie sich die Wahrheit zu recht, und so unterdrückt sie das, was tatsächlich passiert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Letzte Anmerkung zur FDP – das verspreche ich –: Herr Rösler, der Bundesvorsitzende der FDP – ich habe eben den stellvertretenden Bundesvorsitzenden gehört, herzlichen Glückwunsch zum neuen Arbeitsauftrag –,

(Christian Lindner [FDP] nickt.)

hat gesagt, man solle keinen Verbotsantrag für die NPD stellen, denn man könne Dummheit nicht verbieten. Ich lese jetzt die ersten Sätze aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vor, in denen sich Michael Bertrams, ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen, dazu äußert:

„Dummheit kann man nicht verbieten“, sagt der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler und begründet damit die ablehnende Haltung seiner Partei zu einem NPD-Verbotsantrag. Doch diese Begründung verkennt das Problem, diese Begründung ist abwegig.

Beim NPD-Verbotsantrag geht es nicht um das Verbot von ‚Dummheit‘, sondern darum, einer Partei das Handwerk zu legen, deren neonazistische Programmatik ganz wesentlich von Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit geprägt ist und die darauf zielt, die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes zu beseitigen. Eine solche Programmatik ist nicht ‚dumm‘, eine solche Programmatik ist menschenverachtend, demokratiefeindlich und verfassungswidrig.“

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Sie können über die Aussicht eines Verbotsantrags streiten – das ist in Ordnung –,

(Christian Lindner [FDP]: Das ist doch ein Grund!)

aber die Qualifizierung der NPD als „dumm“ missachtet in ganz grober Weise, was angerichtet worden ist. In NRW ist jemand durch die NSU umgebracht worden. Das kommt aus dem Sumpf. Das wollen Sie nicht wahrhaben. Deswegen hat sich Ihr Bundesvorsitzender da disqualifiziert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie hätten das eben als stellvertretender Bundesvorsitzender klarstellen und dazu ein klärendes Wort sagen können.

Ich kann den beiden Fraktionen, die die Bundesregierung stellen, Folgendes nicht ersparen: Wir können uns in den nächsten Jahren anstrengen. Was wir jetzt mit dem Haushalt gemacht haben, wird nicht das Ende sein, sondern wir werden in der weiteren Arbeit da noch mehr tun müssen – auch mit Blick auf die Einsparungen. Das wird nicht einfach sein; das ist uns klar.

Aber klar ist doch auch: Die strukturelle Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen im Verkehrsbereich ist mittlerweile auch durch die Industrie- und Handelskammern sowie die Wirtschaftsverbände anerkannt.

(Ralf Witzel [FDP]: Rot-Grün sorgte doch dafür, dass es keine baureifen Projekte zu finanzieren gibt!)

Auch sie sagen, dass NRW mit 500 Millionen € pro Jahr unterfinanziert sei. Wir werden darum kämpfen müssen, unsere hervorragende bestehende Infrastruktur zu erhalten und minimal – dafür ist kaum Geld da – auszubauen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Dazu gibt es auch bei der Industrie die Erkenntnis, dass der Bund an dieser Stelle dieses große Transitland entsprechend der Notwendigkeiten und dem Königsteiner Schlüssel nicht ausreichend unterstützt. Da hätten Sie Unterstützung leisten sollen, haben das aber nicht getan.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie verhindern doch jedes neue Verkehrsprojekt! Das ist doch absurd!)

Folgendes will ich ganz klar sagen: Es wird notwendig sein, im Bund den Soli Ost in eine Regelung zu überführen, die nicht mehr an Himmelsrichtungen, sondern tatsächlich an Notwendigkeiten gebunden ist.

Heute las ich in der Agenturmeldung von Herrn Lindner die Kritik daran, dass in NRW überproportional vor allem Schulden in den Kommunen bestünden. Das hat mit lang anhaltenden Strukturproblemen in Nordrhein-Westfalen zu tun. Bei uns sind vor allen Dingen im Ruhrgebiet und im Bergischen Dreieck etwa 1,5 bis 2 Millionen Arbeitsplätze in einem ganz langen Strukturwandel verlorengegangen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Damit haben wir zu kämpfen. Dafür brauchen wir Unterstützung und keine Minderbeteiligung an dem, was der Bund ansonsten für Länder in Süddeutschland macht.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will etwas sagen, das meine Fraktion vielleicht erstaunt, weil ich viele Jahre lang Energiepolitik gemacht habe. Für mich ist bei der Bundestagswahl nicht die energiepolitische Frage ganz entscheidend, sondern für mich ist diese Bundestagswahl – sie wird für uns wichtig sein – eine ganz entscheidende Auseinandersetzung um die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Das ist der entscheidende Punkt.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage ehrlich: In der Bundesregierung Schröder/Fischer ist Hartz IV beschlossen worden; auch

andere Reformen sind gemacht worden wie die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Das war richtig.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Andere Sachen sind nicht gemacht worden. Man kann solche Reformen machen. Man kann von Menschen Opfer verlangen, wenn man gleichzeitig klarmacht, dass sie sozial, gerecht und ausgewogen sind und dass die, die ein breiteres Kreuz haben, mehr tragen. Das haben wir in der Bundesregierung nicht gemacht. Wir haben den Spitzensteuersatz gesenkt, der unter Kohl noch viel höher war. Wir müssen an diesen Stellen korrigieren, weil wir sonst die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben nicht hinbekommen.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir Sie in der Bundesregierung ablösen und dass tatsächlich in Berlin ein anderer Wind weht, der uns bei dem Bemühen unterstützt, die Schuldengrenze 2020 einzuhalten und die Neuverschuldung wie in den letzten vier Haushalten jedes Jahr weiter zu verringern.

(Zuruf von der FDP: Ein Ostwind!)

Ich kann mich nur bei beiden Fraktionen für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren bei der Haushaltserstellung bedanken. Wir werden genauso weitermachen. Ich will auch ein Dankeschön in Richtung Regierung sagen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Häusern danken. Es ist eine schöne Aufgabe. Sie ist nicht immer einfach. Sie wird auch nicht immer Lob geben. Aber wir machen sie, während andere sich davor drücken. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Priggen. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten ihr Fraktionssprecher, Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und daheim!

(Christian Lindner [FDP]: Im Stream!)

Wir alle wissen: Die konkreten Investitionen von heute sind im Ergebnis der gesellschaftliche Reichtum von morgen. Hier sprechen wir insbesondere von notwendigen Ausgaben für die Zukunftsvorsorge, die sich mittelfristig selbst finanzieren, und hier würde es sicherlich auch Gemeinsamkeiten mit den beiden die Landesregierung tragenden Fraktionen geben.

Es ist klar, dass unsere Vorstellungen, auf die ich gleich noch näher eingehen werde, nicht kurzfristig in einem einzigen Haushaltsjahr zu verwirklichen sind. Aber Politik muss den Anspruch haben, in ei-

ner Legislaturperiode zu verändern und zu gestalten. Für diesen Ansatz müssen Schritt für Schritt Finanzierungswege erschlossen werden. Sonst kann Politik ihren Gestaltungsanspruch gleich aufgeben.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir halten auch nichts von den marktwirtschaftlichen Glücksphilosophen nach dem Motto: Der Markt ist gut, und der Staat ist schlecht. – Es ist ja klar, wie dort argumentiert wird. Man macht ein bisschen rhetorischen Oregano darüber und hofft dann, dass der Kuhfladen als Pizza durchgeht.

(Beifall von den PIRATEN)

Das stinkt und ist uns zu eindimensional.

Ich hatte es schon einmal gesagt. Die Moral und Ethik der Märkte beginnt bei uns selbst und in unserem sozialen Handeln. Die Länder müssen deshalb zur Erfüllung ihrer Aufgaben selbstverständlich mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet werden.

Im Grunde haben die Bundesländer keine nennenswerte Finanzautonomie, und sie sind auf den gemeinsamen Steuerverbund mit dem Bund angewiesen. Für durchgreifende Verbesserungen auf der Einnahmeseite liegen bekanntermaßen die Entscheidungskompetenzen ausschließlich in den Händen der CDU/CSU-FDP-geführten Bundesregierung. Auf diesen Sachverhalt muss hier einmal klipp und klar hingewiesen werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen schiebt große aufgelaufene Schuldenberge in Höhe von rund 135 Milliarden € vor sich her. Die finanziellen Handlungsspielräume sind demzufolge immer enger geworden, und zwar in Sonderheit durch eine reichlich kurzsichtige Steuersenkungspolitik auf Bundesebene. Die finanziellen Handlungsspielräume sind aber auch enger geworden durch den hier im Land zu verantwortenden Schuldenaufbau in den vergangenen Legislaturperioden.

Ich möchte hier und jetzt nicht einen Schuldigen für die Schulden suchen oder gar benennen. Aus unserer Sicht geht es darum, wie man es langfristig besser machen kann. Aus unserer Sicht geht es vor allem darum, wie man systematisch und nachhaltig die Zukunft für die Menschen in Nordrhein-Westfalen verbessern kann. Denn die kurzfristigen Rezepte sind alle gescheitert, und mit großen Worthülsen verliert die Politik ihren letzten Rest an Glaubwürdigkeit.

Ich möchte an dieser Stelle erneut einige einfache Fragen stellen, deren Beantwortung eher kompliziert ausfallen würde:

Wer will eigentlich vorsätzlich und ohne Not Schulden machen? Wohl kaum jemand, den man unvoreingenommen befragt.

Warum haben wir dann in Nordrhein-Westfalen diese hohen aufgelaufenen Schuldenberge in Höhe

von 135 Milliarden €? Aus Dummheit oder Sorglosigkeit im Umgang mit Geld?

Warum liegt der Bund bei einer Gesamtverschuldungsquote von etwa 80 % im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt? Aus Verschwendungssucht?

Wer hat diese Schulden verursacht, und ist deren Höhe im Verhältnis zur jährlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich eigentlich vertretbar?

Viele Politiker, die heute vehement und in der ersten Reihe den Abbau der Schulden fordern, haben in der Vergangenheit lange Zeit in Abstimmungen immer wieder für eine Kreditfinanzierung der Länder und Bundeshaushalte votiert, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Haben diese gewählten Politiker das leichtfertig und ohne triftigen Grund gemacht?

Wir als Piratenfraktion sind jedenfalls der Auffassung, die Pflicht zum Abbau von Schulden darf eine Entlastung der Bürger und neue politische Schwerpunktsetzungen zugunsten einer Gemeinwohlorientierung für alle nicht verhindern.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein ausgeglichener Staatshaushalt kann jedoch kein Selbstzweck sein und sagt zudem überhaupt nichts aus über die allgemeine Wohlstandsentwicklung. Die Entstehung von Staatsschulden ist immer auch eine Folge wirtschaftlicher Entwicklungen oder politischer Entscheidungen. Starke konjunkturelle Krisen führten in Deutschland immer zu deutlichen Defiziten der öffentlichen Gesamthaushalte.

Ich möchte es hier einmal besonders betonen: Nicht nur eine verfehlte Ausgabenpolitik führt zu strukturellen Haushaltsdefiziten. In gleicher Weise ist auch eine verfehlte Einnahmenpolitik die Ursache für ein strukturelles Defizit.

Die Finanzierungsgrundlagen, die Steuer- und Abgabepolitik rücken immer mehr in den Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen. Vor allem vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft stehen für die staatlichen Ausgleichs- und Regulationsfunktionen immer weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung.

Für die Veränderungsnotwendigkeiten in Wirtschaft und Politik, zum Beispiel im Rahmen einer Steuerung des Strukturwandels, einer regulativen Industrie- und Investitionspolitik, bleibt immer weniger Raum. Die Neujustierung der staatlichen Finanzen hat immer mehr zum Ergebnis, dass die Sozialsysteme auf ein Niveau zurechtgeschnitten werden, das gerade noch ausreicht, um die politische Stabilität zu erhalten. Der Steuerzahler wird ständig zur Kasse gebeten.

Die systematische Verarmung der öffentlichen Kassen ist auf allen Ebenen unübersehbar. Wenn sich aber die Politik als unfähig erweist, diese in der Ge-

sellschaft offensichtlichen Missstände zu beseitigen und nachhaltig zu lösen, wird sich der Unmut der Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik insgesamt richten.

In diesem Zusammenhang sind wir der Auffassung, dass die zunehmende staatliche Verschuldung die Handlungsspielräume von Bund, Land und Kommunen einschränkt und daher mittelfristig auf ein finanzwirtschaftlich vertretbares Maß reduziert werden muss. Aber es gibt Möglichkeiten, selbst in Zeiten verengter finanzieller Spielräume, und diese bemessen sich gerade nicht an der Höhe der Investitionen, sondern an deren Qualität.

Am Horizont ist ein Silberstreif – ich möchte sagen: ein Silberstreifen – erkennbar. Wir sehen hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen, dass unsere Vorschläge zumindest ernsthaft diskutiert werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir nehmen wahr – das sage ich in aller Bescheidenheit –, dass wir Piraten mit unseren Ideen gebraucht werden, und zwar um einen Beitrag zu leisten, unser Land zukunftsfähig zu machen.

(Beifall von den PIRATEN)

Kreativ und zukunftsorientiert – das sind die beiden Grundsätze, die unser Konzept zum aktuellen Haushalt am besten beschreiben, kreativ deshalb, weil wir einige neue Ideen in Anträge umgesetzt haben, und zukunftsorientiert, weil wir frischen Wind hineinbringen und uns nicht nur von der Vergangenheit leiten lassen wollen. Langfristigkeit ist der Königsweg zur Nachhaltigkeit. Es könnten, ja, es müssen jetzt die Weichen für eine Erneuerung, eine Weiterentwicklung von Demokratie, Infrastruktur und kostenfreiem Zugang zu Wissen in Nordrhein-Westfalen gestellt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Unsere Schwerpunkte liegen daher in diesem Jahr in den Bereichen Bildung, öffentlicher Personennahverkehr und Open Government. Wir setzen auf Modellprojekte.

Natürlich gibt es im Land noch viele weitere wichtige und auch große Themen. Aber wir arbeiten das Stück für Stück ab und setzen dabei verschiedene Schwerpunkte.

Zunächst etwas Allgemeines zu unseren Haushaltsanträgen: Die quantitativen Grenzen ökonomischer und ökologischer Besonnenheit sind längst überschritten. Wir alle sind mit der Endlichkeit unserer materiellen Ressourcen konfrontiert. Geld allein ist kein Äquivalent mehr für einen gesellschaftlichen Wert. Wir haben es mit einer qualitativen Geldentwertung, mit einer Verselbstständigung des Geldes zu tun. Das Geld hat keine wirkliche Rückbindung mehr zu den realen Bedürfnissen der Menschen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Investitionen von heute sind der Wohlstand von morgen. Gesamtgesellschaftlich ist zu beobachten, dass der Wachstumsbegriff und seine Grenzen kontrovers diskutiert werden. Bei Wissen und Bildung zum Beispiel ist Wachstum nicht begrenzt. Aber dieses Wachstum ist nicht ausschließlich in monetären Kategorien zu fassen. Es vermittelt sich nicht über den Markt. Das heißt, wir können hier von einem qualitativen Wachstum sprechen.

Die Qualität eines Antrags bemisst sich nach unserer Auffassung daher folgerichtig nicht nur an der Höhe der Ausgaben. Interessant ist hingegen die Wirkung, die eine Ausgabe erzielen kann, die Qualität jedes einzelnen investierten Euros.

Teilhabe ist das Stichwort für den ersten Bereich – Open Government. Hier machen wir einen Aufschlag mit dem Projekt „Kommune 2.0“. Damit wollen wir Lösungen aufzeigen, wie wir gemeinsam mit den Bürgern Demokratie erneuern und erneut zum Leben bringen können. Wir verbinden dabei mehrere bereits existierende Softwarelösungen, um die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu stärken. Das ist nicht nur Politik für die Bürger, das ist Politik mit den Bürgern.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein weiterer Schwerpunkt ist Bildung. Dazu gehört der kostenfreie Zugang zu Wissen. Bildung ist für uns keine Ware. Sie ist vielmehr ein Grundbedürfnis und darüber hinaus das wesentliche Element für qualitatives Wachstum. Ob während der Schule, der Ausbildung oder der Hochschule: Zu jedem Zeitpunkt muss Wissen frei zugänglich sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Gerade diese Anträge erscheinen im Vergleich zum Gesamthaushalt betrachtet sehr klein. Aber genau hierin liegt ein enormes gesellschaftliches Potenzial versteckt, das unser Land zu bieten hat. Unser Kapital in Nordrhein-Westfalen sind die Menschen, die hier leben. Ihnen müssen wir Zugang zu Bildung bieten.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Daher machen wir uns Gedanken zu einem ganz neuen Mobilitätskonzept der Zukunft. Gegenstand ist der öffentliche Personennahverkehr. Wir betrachten Mobilität als ein Grundrecht. Zugleich ist Mobilität Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deswegen ist der fahrscheinlose öffentliche Personennahverkehr ein weiterer Schwerpunkt. Wir brauchen zudem neue Wege, die nachhaltig und sparsam mit unseren Ressourcen umgehen. Wir sprechen nicht vom kostenlosen ÖPNV. Der Bürger soll sehr wohl mit einer pauschalen Umlage an den Kosten für Bus und Bahn beteiligt werden.

Es ist auch klar, dass so weitgehende Konzepte nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kön-

nen. Aber wir wollen, dass die Bürger noch in diesem Jahr spürbare und konkrete Maßnahmen erfahren. Die Menschen dürfen mit Recht Lösungen für die zukunftsfähige Gestaltung unseres Gemeinwesens erwarten. Jetzt ist es an der Zeit, anzupacken. Weitere Maßnahmen müssen folgen. Daher sind unsere Anträge als beispielhaft zu betrachten. Uns geht es nämlich auch um eine Veränderung des politischen Blickwinkels. Unsere Anträge führen nicht zu einer zusätzlichen Neuverschuldung. Politik muss ihre Handlungs- und Gestaltungsspielräume effektiv nutzen.

Wir haben Haushaltsänderungsanträge gestellt, die beispielhaft aufzeigen, wie Schritte in eine zukunftsweisende Politik eingeleitet werden können. Die Änderungsanträge beziehen sich auf die genannten drei Bereiche Open Government, Bildung und Infrastruktur.

Daneben schlagen wir vor, dass die privaten Eigentümer des Atomkraftwerks Hamm-Uentrop vollständig für die Finanzierung des Rückbaus aufkommen und damit das Land im aktuellen Haushalt um 4 Millionen € und zukünftig um 32,2 Millionen € entlasten.

(Beifall von den PIRATEN)

Heute stellen wir beispielhaft noch einmal einige unserer Anträge im Plenum zur Abstimmung.

Ich möchte mit dem Bereich Open Government beginnen. Wir wollen, dass das Land einen Wettbewerb für die „Kommune 2.0“ ausschreibt. Warum? – Wir denken, dass Open Government in der Demokratie der Kommune seinen Ursprung hat. Hier treffen Politiker direkt auf den Bürger. Die Probleme sind sehr konkret, und Anliegen sind leichter kommunizierbar.

Zudem liegt ein Großteil des nordrhein-westfälischen Datenschatzes bei den Kommunen selbst. Genau deshalb kann man die Potentiale des Open Government am besten auf kommunaler Ebene erschließen und den Bürgerinnen und Bürgern den Mehrwert verdeutlichen. Die „Kommune 2.0“ setzt dabei die ganze Bandbreite von Open Data – offenen Daten – und Open Government ein. Das ist eine Investition in die Zukunft der Demokratie.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer aber wie die Bundesregierung Daten im Netz unter einer neuen Deutschlandlizenz veröffentlicht, dabei bestehende Standards ignoriert und zusätzlich vergisst, die neue Deutschlandlizenz in weitere Sprachen zu übersetzen, der hat das Internet bis heute nicht verstanden,

(Beifall von den PIRATEN)

mehr noch, der hat Zukunft nicht verstanden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir möchten die Landesregierung bitten, diesen Fehler nicht auch zu begehen. Setzen Sie die international bereits anerkannten Creative-Commons-Lizenzen ein und versuchen Sie nicht, das Rad neu zu erfinden.

Ein weiteres Zukunftsthema sind digitale Bildungsmedien. Letzte Woche hatten wir eine sehr interessante Expertenanhörung zu unserem Antrag zu freien Lernmaterialien. Der Tenor war ganz klar: Digitale Medien sind aus der Bildung nicht mehr wegzudenken. – Mit der Bildungssuchmaschine des Landes „learn:line NRW“ hat das Land schon ein gutes Angebot eingerichtet. Hier sind tausende hochwertige digitale Lernmaterialien verzeichnet, die für alle Schulen des Landes kostenlos zur Verfügung stehen. Um die Suche in dieser Vielfalt zu erleichtern, wollen die Entwickler in diesem System das sogenannte Social Tagging und Open Review implementieren. Das heißt, die Nutzer dieser Medien, die Lehrerinnen und Lehrer, können Bemerkungen dazu machen, welche Unterrichtserfolge sie damit erzielt haben. Konkret ist die Suchmaschine damit auch eine Kommunikationsplattform, ein Vernetzungsinstrument für die 160.000 Personen große Lehrerschaft in diesem Lande.

Außerdem wäre es dann leicht möglich, zusätzliche Informationen zum Beispiel zur Urheberschaft – diese sind wichtig, wenn man die Medien nutzen will – und zu den Herausgebern der Lernmedien zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet ein Mehr an Transparenz im Einsatz von Bildungsmedien. Diese Idee gefällt uns sehr gut. So nutzt man die Möglichkeiten des Internets und die viel beschworene Schwarmintelligenz. Man gibt den Nutzern die Möglichkeit, am Angebot mitzuwirken. So werden Nutzbarkeit und Funktionalität insgesamt gemeinsam verbessert. Deshalb haben wir noch einen Änderungsantrag zum Einzelplan 05 gestellt. Wir wollen, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden, um das Projekt umzusetzen. Es geht dabei um 100.000 € im diesjährigen Haushalt und um eine Verpflichtungsermächtigung von 50.000 € für den Haushalt 2014.

Wir Piraten wollen Nordrhein-Westfalen noch schöner, noch attraktiver und noch lebenswerter machen, als es sowieso schon ist. Wir wollen auch dafür sorgen, dass es so bleibt. Dazu haben wir verschiedene Anträge im Bereich Infrastruktur entwickelt, die alle gemeinsam haben, dass sie umsetzbar sind, wenn wir uns nur darauf verständigen.

So haben wir unter anderem den öffentlichen Personennahverkehr identifiziert. Ein leistungsstarker öffentlicher Personennahverkehr ist für uns die Grundbedingung für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen. Mit unserem Antrag zur Auslobung eines Ideenwettbewerbes „Fahrscheinlose Kommune“ wollen wir ein Zeichen setzen – ein Zeichen, dass wir eine kreative Umsetzung der Zukunftsaufgabe

nachhaltige und faire Mobilität brauchen und dass dies auch möglich ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Mit fahrscheinlosem Personennahverkehr meinen wir nicht etwa eine Art elektronisches Ticket. Wir meinen damit, dass die Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs gänzlich ohne Fahrschein möglich sein soll und Bus und Bahn finanziert werden über eine Umlage, die von allen Bürgern getragen wird. Wir nennen es nicht „kostenlos“, weil wir den Bürgern gegenüber ehrlich sind. Bus und Bahn können nicht kostenlos sein, aber fahrscheinlos.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir wollen darüber hinaus Bedingungen für eine nachhaltige und faire Mobilität schaffen, über die Erarbeitung kreativer Ideen für einen öffentlichen Personennahverkehr für alle Menschen und über die planerische und gegebenenfalls technische Vorbereitung der Verkehrsinfrastruktur für einen leistungsfähigen Bus- und Bahnverkehr.

Wer heute sagt, dass das nicht geht, darf sich in 20 Jahren nicht beschweren, wenn wir immer noch alle im Stau stehen – dann vielleicht nicht mehr auf zwei oder drei Spuren, sondern auf vier oder fünf. Verlierer sind die Menschen, die Umwelt und die Wirtschaft. Wir Piraten positionieren uns hier eindeutig zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs. Der Wert des öffentlichen Personennahverkehrs ist seine gesellschaftliche Nachhaltigkeit, nicht seine Exklusivität.

(Beifall von den PIRATEN)

Neben den geschilderten Mehrausgaben wollen wir Piraten nicht, dass der Staat Subventionen für Atomanlagen zahlt. Bei diesem Antrag geht es konkret um die Entsorgung des Atomkraftwerks THTR-300 in Hamm-Uentrop. Im Moment laufen die Verhandlungen über die sogenannte dritte Ergänzungsvereinbarung, in der das Land zu konkreten Zahlungen verpflichtet wird. Der Verhandlungsrahmen wird vorgegeben von einem entsprechenden Rahmenvertrag. Die Piratenfraktion hat die Landesregierung gebeten, den Rahmenvertrag und alle Ergänzungsvereinbarungen zu veröffentlichen. Das ist bis heute nicht geschehen. Die rot-grüne Landesregierung hat im aktuellen Haushalt 4 Millionen € eingestellt und holt sich gleichzeitig die Ermächtigung vom Parlament, in den kommenden Jahren insgesamt weitere 32,2 Millionen € für das Atomkraftwerk zu zahlen. Ob es dabei bleibt, ist auch noch die Frage. Gerade bei Verträgen mit derartiger Reichweite sind wir Piraten nicht bereit, die Katze im Sack zu kaufen.

(Beifall von den PIRATEN)

Deshalb lehnen wir auch die Ausgaben für die Entsorgung des Atomkraftwerks ab.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch einen kleinen Hinweis auf den Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen. Auch darin ist festgeschrieben, dass – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – „insbesondere im Hinblick auf die ungeklärte Finanzierung des Rückbaus des THTR“ die Eigentümer in die finanzielle Verantwortung genommen werden sollen. Das steht im rot-grünen Koalitionsvertrag auf Seite 41.

So weit zu konkreten Einzelheiten der Landespolitik.

Das heißt aber nicht, dass wir die Augen vor großen Zusammenhängen verschließen. Wir können mit unserem wachstumsfixierten Wirtschaftsmodell die gesellschafts- und finanzpolitischen Probleme schon lange nicht mehr nachhaltig lösen. Die quantitativen Grenzen des Wachstums mögen ja noch nicht erreicht sein, dagegen ist die Grenze der ökonomischen und ökologischen Besonnenheit schon lange überschritten.

Was bedeutet es eigentlich, wenn wir davon sprechen, dass die Wirtschaft wächst? Was wächst da eigentlich konkret? Ursprünglich war der Begriff „Wirtschaften“ einmal eingebettet in ein soziales Umfeld. Das kann man von der heutigen Wirtschaft schon lange nicht mehr behaupten. Wirtschaft und Wachstum sind ohne das synthetische Medium Geld nicht denkbar. Alles wird vermittelt über die Märkte. Wirtschaften vollzieht sich über Kaufen und Verkaufen. Jenseits der Märkte befindet sich Niemandsland. Geld ist der alleinige Maßstab. Das in Geld ausgedrückte Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft, das Bruttoinlandsprodukt – auch BIP genannt –, sagt immer weniger darüber aus, ob und in welcher Weise sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessert haben. Geld hat in unserer Gesellschaft aber nur dann eine sinnvolle Funktion, wenn es jeden Einzelnen in die Lage versetzt, damit das zu erwerben, was man zum Leben braucht. Wenn Geld dazu missbraucht wird, sich selbst zu vermehren, stiftet es Unheil und führt auch zu gesellschaftlicher Unzufriedenheit.

Wir haben es deshalb auch mit einer zunehmenden Skepsis in der Gesellschaft zu tun, ständig neue Wachstumsrekorde erzielen zu wollen. Es gibt ein sehr weit verbreitetes Unbehagen in der Bevölkerung, dass die Versprechen, die mit wirtschaftlichem Wachstum verbunden waren, nämlich dass es einen sozialen Ausgleich gibt, dass wir unsere Umweltprobleme damit lösen werden, nicht mehr geglaubt werden, weil sie sich de facto als Illusion erwiesen haben.

Wir brauchen ein tragfähiges Zukunftskonzept für ein solidarisches Gemeinwesen und für den inneren Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen. Dafür stehen wir Piraten.

(Beifall von den PIRATEN)

Solidarität ist jedoch nur herstellbar durch eine gerechte Lastenverteilung und eine Verbesserung der

Einnahmenseite, damit die öffentliche Daseinsvorsorge, die öffentlichen Ressourcen und die Versorgungsstandards gepflegt, verbessert und auch finanziert werden können. Für uns ist die marktkonforme Demokratie und die viel beschworene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eben nicht Leitbild des politischen Handelns.

Immer wieder wird die Formel gepredigt, dass Wachstum und Konsolidierung der Staatsfinanzen Hand in Hand gingen und auf diese Weise das Vertrauen zurückgewonnen werden müsse. Da drängt sich schnell die Frage auf, um wessen Vertrauen es eigentlich geht. Geht es um das Vertrauen der Märkte, oder geht es um das Vertrauen der Menschen? Geht es um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen? Geht es um eine gerechte Verteilung des in unserer Gesellschaft produzierten Wohlstandes?

Herr Römer, ich möchte Sie jetzt einmal ansprechen. Sie haben vorhin den Satz gesagt: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Norbert Römer [SPD]: Gute Arbeit!)

– Gute Arbeit, ja. Vor 15 Jahren hätte ich das noch unterschrieben. Wir müssen in einen Diskurs kommen und umdenken. Nach unserer Auffassung ist sozial, was Teilhabe schafft.

(Beifall von den PIRATEN – Widerspruch von der SPD)

Das ist eine längerfristige Diskussion; das ist völlig klar. Wir müssen darüber aber in einen Diskurs kommen. Wenn man sich die weltweiten Steigerungen der Produktivitätsraten ansieht, kann man schnell auf die Idee kommen, dass wir uns eigentlich in der Übergangsphase von einer Arbeitsgesellschaft in eine Tätigkeitsgesellschaft befinden. Und dann geht es um den Wert der Tätigkeit und nicht mehr um den Wert der Arbeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Wollen wir mit ungebremsstem Wachstum die regionalen Gerechtigkeitsdefizite ausgleichen, oder müssen wir uns nicht andere Wege erschließen? Wir brauchen darüber hinaus eine wesentlich stärkere Verbindung von technischen Innovationen mit sozialen Innovationen. Technik trifft auf Kultur, und Kultur trifft auf Technik – eine wirklich innovative Mischung.

Eine höhere Besteuerung derjenigen, die sich finanziell keine großen Sorgen machen müssen, ist nicht nur vertretbar, sondern nach unserer Auffassung aus Gerechtigkeitsgründen geboten. Für uns als Piratenfraktion geht es deshalb auch darum, die Ungleichheit in unserem Land aktiv zu bekämpfen. Das hätte vor allem steuerrechtliche Konsequenzen. Denn über das Steuersystem wurde die Ungleichheit am größten verschärft. Veränderungen müssen bei der Wiedereinführung der Vermögensteuer ansetzen, einer höheren Erbschaftsteuer,

und natürlich muss endlich eine wirkliche Finanztransaktionssteuer eingeführt werden – und nicht dieses EU-Merkel-Ding, dieser steuerpolitische Rohrkrepierer.

(Beifall von den PIRATEN)

Konjunkturrell wären diese Veränderungen der Besteuerung in keinem Falle schädlich. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland ist ganz generell gesprochen nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Sie läuft den Krisenentwicklungen hoffnungslos hinterher. Wir sind sicherlich dafür, dass man finanzpolitisch vernünftig agiert. Es geht also nicht darum, dass der Staat möglichst viel Geld zum Fenster hinauswirft. Im Gegenteil: Wir wären wesentlich härter, was Steuersenkungen anbelangt, als es die Wirtschaftspolitik der letzten zehn bis 15 Jahre war. Wir sind auch gegen unspezifische Ausgabenprogramme.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Die Piratenfraktion ist aber vor allem dafür, dass die Wirtschaftspolitik endlich eines erkennt: Das Wirtschaftssystem ist aus sich heraus instabil. Es bedarf eines gemeinwohlorientierten politischen Gegenparts, um es insgesamt stabil zu halten. Wenn dieser Gegenpart nicht in hinreichender Stärke vorhanden ist, bleibt es bei genau den krisenhaften Entwicklungen, wie wir sie heute in ganz Europa und auch hier in Nordrhein-Westfalen vorfinden.

Ich möchte nicht schließen, ohne einen Appell an die regierungstragenden Fraktionen von Rot-Grün zu richten, die wenigen von uns gestellten Anträge – insbesondere zu Open Government, zum ÖPNV und zur Bildung – mitzutragen. Geben Sie sich doch einfach mal einen Ruck! Gegebenenfalls wären wir dann unsererseits vielleicht auch bereit, den Haushalt mitzutragen.

(Lachen von der SPD)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Paul. – Für die Landesregierung erteile ich nun der Ministerpräsidentin Frau Kraft das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in der Debatte über den Haushalt 2013. Bevor ich zu dem komme, was ich mir ursprünglich vorgenommen hatte, eine kurze Replik auf das, was vorhin in der Debatte gesagt worden ist.

Lieber Herr Kollege Lindner, ich finde, Sie müssten sich gut überlegen, ob Sie sich auf ein solch moralisch hohes Ross setzen. Der Kollege der Grünen hat gerade schon in Bezug auf die Klage gegen den

Landeshaushalt gesagt: Die Regierung von CDU und FDP, die fünf Jahre lang hier regiert hat, hat zehn Klagen vor dem Verfassungsgericht verloren. Acht davon haben Sie selbst entgegengenommen, zwei haben wir an Ihrer statt entgegengenommen. Wir zahlen heute noch Hunderte von Millionen Euro für das, was das den Landeshaushalt an zusätzlichen Belastungen kostet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lieber Herr Kollege Lindner, man darf auch daran erinnern, dass es ein FDP-Minister dieser Landesregierung war, der sogar eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht verloren hat. Das war ziemlich einmalig für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Warum spreche ich von einem moralisch hohen Ross? Zum einen sind Sie wie immer ungenau. Das habe ich Ihnen in den letzten Sitzungen schon mehrfach vorgeworfen.

(Christian Lindner [FDP]: Sagen Sie konkret, wo!)

– Ich sage Ihnen, welche Stelle ich meine. Sie haben gerade ein Zitat des Finanzministers aus dem Bonner „General-Anzeiger“ gebracht, ohne es wortwörtlich vorzulesen, wenn ich mich richtig erinnere. Sie haben dabei außer Acht gelassen, dass der Kollege interveniert hat und dieses Zitat richtiggestellt worden ist. Das ist keine saubere Vorgehensweise in diesem Parlament, werter Herr Kollege.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ich habe Ihnen doch geduldig zugehört. Vielleicht hören Sie mir auch zu.

(Christian Lindner [FDP]: Wie lautet denn das Zitat im Original?)

– Er hat es doch klargestellt; das können Sie gerne nachlesen.

(Christian Lindner [FDP]: Wie lautet es denn?)

Wirklich perfide ist, dass Sie dieser Landesregierung wiederum vorwerfen, Klimazertifikate auszugeben. Diese Entscheidung hat die Rüttgers-Regierung in Nordrhein-Westfalen getroffen, die Sie mitverantworten müssen – ob Ihnen das passt oder nicht, lieber Herr Kollege.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf: Da war er auch noch da!)

– Da waren Sie auch noch hier im Landtag. Erst danach sind Sie ja Richtung Berlin entflohen.

Wirklich Sorgen macht mir aber die Wortwahl, die Sie an den Tag legen. Sie sprechen davon, wir hätten Stellen in die Apparate verteilt. Der Begriff „Apparate“ – was ist das für ein Bild vom öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen

(Minister Ralf Jäger: Wo Menschen arbeiten!)

und der Menschen, die dort arbeiten? Was ist das für ein Bild, was Sie hier an den Tag legen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu sage ich Ihnen. Zu jeder einzelnen dieser Stellen stehe ich. Denn wir sind Schritt für Schritt auf dem Weg, endlich damit Schluss zu machen, dass Menschen von einer Befristung in die nächste gehen. Wir wollen, dass sie ordentliche Stellen haben. Dazu steht diese Landesregierung. Das ist in diesem Paket enthalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU]
und Christian Lindner [FDP])

Dass Sie das Ganze immer noch unter der Überschrift „Privat vor Staat“ sehen, wissen wir. Dieser Irrweg hat das Land schon verdammt viel Geld gekostet. Ich erinnere nur an das, was Sie an strukturellen Veränderungen vorgenommen haben.

Herr Kollege Laumann, wir sollen die Strukturen verändern. Wir nehmen uns kein Beispiel an Ihnen, der Sie kommunalisiert haben, was das Zeug hielt, wozu wir hinterher den Kommunen die Zeche bezahlen mussten, weil Sie es nicht getan haben! Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch von der CDU)

Lieber Herr Kollege Lindner, was mich wirklich irritiert – offensichtlich liegt das an Ihrem letzten Wahlparteitag –: Bei der Energiewende und der Stromsteuer sind Sie einfach nicht auf der Höhe der Zeit. Es ist eine gemeinsame Position von Rot und Grün,

(Christian Lindner [FDP]: Ach!)

die wir morgen in der Konferenz der Ministerpräsidenten diskutieren wollen. Offensichtlich sind Sie inzwischen von Berlin abgekoppelt und wissen nicht mehr, was in den Verhandlungsrunden auf den Tisch gelegt worden ist. Das ist die Wahrheit, die heute ans Licht kommt: Sie haben zu Berlin offensichtlich keinen Draht mehr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dass Sie uns in den Ländervergleich stellen und auch noch das Beispiel Sachsen nehmen, kreide ich Ihnen nicht an. Aber ich möchte, dass dann auch hier die ganze Wahrheit, für diejenigen, die uns zuhören, verfügbar ist: Sachsen hat 2013 ein Haushaltsvolumen von knapp über 16 Milliarden €. Davon sind über 6 Milliarden € aus dem Finanzausgleich, aus Bundesergänzungszuweisungen und aus Sonderzahlungen des Bundes. Das gehört auch zur Wahrheit. Das sollten Sie uns nicht als leuchtendes Beispiel vorhalten; denn das wäre für Nordrhein-Westfalen strukturell nicht gut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir halten hier in Nordrhein-Westfalen Kurs.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ja das Schlimme!)

Wir haben die fallende Linie fortgesetzt. Ich weiß, das bringt Sie zur Verzweiflung. Wir haben 2012 mal wieder besser abgeschlossen als geplant. Eine sparsame Haushaltsführung und eine Konsolidierung sind wichtig, und wir nehmen die Schuldenbremse sehr ernst.

Herr Laumann, Sie hatten ja in der ersten Lesung ein Problem mit dem Vergleich der Plan- und Ist-Zahlen. Bei den jetzigen 3,4 Milliarden € ist sowohl weniger im Plan 2012 als auch im Ist 2012. Auch das nur an dieser Stelle.

Wir sparen weiter: Die Neuverschuldung wird auch 2014 weiter nach unten gehen: 2,4 Milliarden € zusätzlich einer nicht strukturwirksamen Belastung von 900 Millionen € für den WestLB-Umbau. Unsere mittelfristige Finanzplanung zeigt: Wir sind auf einem guten Weg. Wir werden diesen Weg verantwortungsvoll weitergehen. Das ist das Merkmal dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt für uns: Wir bleiben bei dem Dreiklang. Wir sparen, aber mit Augenmaß. Im Haushalt 2013 haben wir rund 1 Milliarde € eingespart. Davon sind rund 150 Millionen € strukturell, also dauerhaft.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Wo denn?)

– Das können Sie gerne nachlesen. Ich stelle Ihnen den Text gerne noch einmal zur Verfügung, falls er bei Ihnen nicht angekommen ist. – Also: 150 Millionen € strukturell und dauerhaft durch Kürzungen, Umstrukturierungen bei den Förderprogrammen.

Wir haben es uns nicht leicht gemacht – das ist eben schon in der Debatte angesprochen worden –, aber wir bleiben bei unserem Ziel, bis 2017 aufwachsend strukturell 1 Milliarde € einzusparen.

In der „Welt am Sonntag“ las ich am 13. Januar 2013 – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich –:

Unter vier Augen gestehen auch führende Christdemokraten, man könne nicht viel mehr als 1 Milliarde € allein in NRW sparen, sofern man nicht gerade ein Schlachtfest unter Polizisten, Richtern, Erziehern und Lehrern und damit an der öffentlichen Sicherheit, der Bildung und dem Rechtsstaat anrichten wolle.

Herzlichen willkommen im Club! Dann sind wir ja auf einer Größenordnung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir bleiben auch dabei, dass wir investieren. Wir investieren seit 2010 in Bildung, in Kitas, in Vorbeugung und insbesondere in die Kommunen. Das ist die Grundlage dafür, dass wir in Zukunft höhere

Einnahmen erwarten können und geringere Ausgaben haben werden.

Ja, wir investieren weiter in die Kommunen. Schon die Finanzausgleichsmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 umfasste ein Rekordniveau. Nie zuvor hat das Land mehr Geld an die kommunale Familie überwiesen. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2013, um das es heute geht, erhöht sich diese Summe noch einmal um 235 Millionen €. Rund 8,7 Milliarden € wird die Finanzausgleichsmasse in diesem Jahr betragen. Der Rekord des vergangenen Jahres wird noch einmal gebrochen. Das ist zum Wohle der Kommunen, aber vor allem zum Wohle der Menschen, die dort leben und die Sie in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten sparen wir die Kultur nicht kaputt. Schwerpunkte im Kulturhaushalt spiegeln den Stellenwert wider, den die Kultur für uns, für die Landesregierung, und die Fraktionen besitzt.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: 10 % weniger! – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Ich sage Ihnen jetzt die Summe. Warten Sie doch! Wenn Sie mir zuhören, klärt sich das vielleicht auf.

Der Kulturhaushalt umfasst rund 182 Millionen €. Bereinigt um Sondereffekte sind das 5 Millionen € mehr als bei der Regierungsübernahme 2010.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

So weit dazu, wer Wort hält, lieber Kollege.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch hier sind die Konsolidierungsmaßnahmen hart. Sie betreffen zum großen Teil Projektförderungen, in denen es Spielräume gab, oder Projekte, die nicht mehr so stark nachgefragt worden sind. gekürzt wird weder dort, wo Institutionen im Bestand gefährdet werden, noch beim Personal der Einrichtungen. Eine Gefahr, dass bestehende Strukturen zerstört werden, besteht nicht. So bedauerlich die Kürzungen sind – sie verursachen keine strukturellen Beeinträchtigungen und sind daher verkraftbar und zu verantworten.

Die großen Kulturförderprogramme für unsere Kinder und Jugend, werter Herr Kollege Lindner – Kulturrucksack und JeKi –, werden fortgeführt. Wir alle wissen, wie wichtig kulturelle Bildung gerade für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen ist. Da geht es in der Tat um Teilhabe. Gerade in diesem Alter entwickeln junge Menschen eigene kulturelle Interessen. Wir müssen ihnen alle Chancen geben, die Kreativität zu erproben und sich mit Kunst und Kultur vertraut zu machen.

Die Angebote müssen kostenfrei bzw. kostengünstig, leicht zu erreichen, attraktiv und altersgemäß sein. Der Kulturrucksack, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, abgelehnt haben, lädt 10- bis 14-Jährige ein, am kulturellen Leben teilzunehmen und dabei eigene Ideen und Vorstellungen zu entwickeln. 130 Kommunen packen diesen Rucksack bisher, und das ist eine hervorragende Arbeit im Sinne der Kinder in unserem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich nenne an dieser Stelle auch ausdrücklich den Sport. Sport ist ein Bereich, in den wir weiter investieren werden. Einen zentralen Stellenwert hat für uns der „Pakt für den Sport“. Wir wollen deshalb auch hier eine längerfristige, stabile finanzielle Basis schaffen. Wir wissen alle: Wegen der Unsicherheiten und Risiken bei den Wetterträgen, die auch nach dem Inkrafttreten des neuen Glücksspielstaatsvertrags noch nicht gebannt sind, konnten wir leider noch nicht zu einer abschließenden Lösung kommen.

Ich sage es hier sehr deutlich: Uns ist es wichtig, dass der Sport möglichst schnell finanzielle Planungssicherheit erhält. Es ist unser Ziel, das noch im Sommer hinzubekommen. Eine faire Verständigung, eine Verstetigung der Mittel bis zum Ende der Legislaturperiode ist zugesagt. Auch dabei werden wir Wort halten. Denn es geht um die Vereine, die Trainierfinanzierung, darum, dass auch das den Menschen in diesem Land zugutekommt. Auch dabei geht es um Teilhabe, werte Kolleginnen und Kollegen der Piraten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir setzen auch weiter auf Einnahmeverbesserungen. Wir haben die Grunderwerbsteuer erhöht. Wir tun das, was wir als Land leisten können. Wir streiten auch in Zukunft für die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Ja, starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache. Finanziell starke Mitglieder unseres Gemeinwesens müssen mehr Verantwortung übernehmen. Deshalb brauchen wir in diesem Bereich Korrekturen.

Aber ich sage Ihnen auch: Zur Gerechtigkeit in diesem Feld gehört für uns genauso, dass wir Schwarzgelder auch in Zukunft aufdecken werden. Wir wollen, dass die, die Steuern zahlen müssen, das in diesem Land auch tun. Daran werden wir weiter arbeiten.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist nicht nur ein Gewinn für den Fiskus. Für uns ist das Gerechtigkeit.

Sprechen wir doch einmal ein bisschen über das, was sich im Moment mit Blick auf die Bundestagswahl abzeichnet: Wir stehen sehr offen dazu, dass der Staat insbesondere auf der kommunalen Ebene

ne, auf der Länderebene, für Bildung und Infrastruktur mehr Einnahmen braucht. Das sind die großen Themen unserer Zeit, zu denen Sie überhaupt keine Lösungen anbieten. Stattdessen überhäufen sich CDU, CSU und FDP mit Wahlversprechen.

(Widerspruch von der CDU)

– Doch! Sie überbieten sich im Wettbewerb der Wahlversprechen: Mütterrente – aber erst nach der Bundestagswahl. Soli abschaffen! Das ist übrigens die Wahllüge 2.0, die sich gerade bei der FDP anbahnt. Das haben Sie 2009 schon einmal versprochen. Die einzigen, die von Ihren Steuersenkungen profitiert haben, waren die Hoteliers. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Lebhafter Widerspruch von Dr. Joachim
Stamp [FDP])

Ein dritter Punkt – dazu trägt auch die CSU bei –: Die Eigenheimzulage soll wiederhergestellt werden. – Das sind alles wunderbare Versprechen. Man kann im Einzelnen durchdiskutieren, was weniger oder mehr sinnvoll ist. Dazu will ich mich gar nicht äußern. Aber Sie können sich doch nicht auf der anderen Seite hinstellen und sagen: Der Schuldenabbau ist wichtiger! – Die aktuelle Bundesregierung hat zwischen 2010 und 2013 100 Milliarden € neue Schulden gemacht. Das ist die Wahrheit in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr. Sie wollen 40 Milliarden € mehr ausgeben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich bei den Anträgen der Opposition. Ich habe sie mir alle angeschaut, Herr Laumann. Einiges ist schon erwähnt worden.

Ich halte diese Anträge entweder für unsozial, für unklar, unbezahlbar oder für unrealistisch.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ach so!)

Ich meine die Anträge von Ihnen beiden und sage Ihnen auch, warum: Ich nehme einmal ein paar Anträge heraus:

Die CDU will ab 2013 pro Jahr 200 Polizeiverwaltungsassistenten einstellen, und zwar fünf Jahre lang, bis 2017, also insgesamt 1.000. Dafür veranschlagen Sie in diesem Jahr 500.000 €. In der Endstufe 2017 sollen es 5 Millionen € sein. Pro Stelle und Jahr ergibt das exakt 5.000 €. Das heißt 420 € pro Monat. Der Hartz-IV-Satz liegt bei 382 €. Im Klartext: Sie wollen qualifizierte Polizeibeamtinnen und -beamte durch Beschäftigte entlasten, die auf 450-€-Basis mit einem Stundenlohn – berechnet auf 158 Arbeitsstunden – von 2,65 € arbeiten. Ist das Ihre Lohnuntergrenze, Herr Laumann? Ist das das, was Sie wollen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Und dann zu Ihren tollen Gegenfinanzierungen: Zu den Studiengebühren ist schon einiges gesagt worden. Sie sind die letzten schwarz-gelben Mohikaner an dieser Front. Interessant fand ich, als sich die Bayern entschlossen haben, die Studiengebühren abzuschaffen. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus einer dpa-Meldung vom 14. März. Dort wird Herr Söder zitiert. Das Zitat beginnt:

„Die Abschaffung der Studiengebühren oder die Reduzierung der Kindergartengebühren sind nicht einfach Mehrausgaben. Das sind weiche Standortfaktoren, die uns helfen, die besten Köpfe nach Bayern zu holen. Das bringt uns eine gesellschaftliche Rendite. Wenn wir die Qualität der Kinderbetreuung jetzt verbessern, sparen wir uns in der Zukunft soziale Reparaturkosten.“

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN:
Hey!)

Willkommen im Club!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD
und den GRÜNEN – Minister Ralf Jäger: Gu-
ter Mann!)

Die Zeit läuft mir ein bisschen weg. Ich würde aber trotzdem gerne noch den einen oder anderen Punkt nennen. Unter „unsozial“ fällt noch das, was im Schulbereich geplant ist, und auch das Sozialticket, das Sie als „Konsum“ werten. Ich sage Ihnen: Das ist kein Luxuskonsum, sondern wir geben Menschen, die es sich ansonsten nicht leisten können, die Möglichkeit, ein Grundbedürfnis – nämlich das auf Mobilität – zu erfüllen. Das ist konkrete Sicherung von Teilhabe in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zur Rubrik „unklar“, Herr Kollege Laumann. Medizinische Fakultät der Universität Bielefeld: Sie sagen selbst, dass Sie nicht so genau wissen, was das kostet. Ich kann Ihnen sagen, was der laufende Betrieb einer medizinischen Einrichtung an der Ruhr-Universität Bochum kostet. Es geht nur um den laufenden Betrieb; in Labore und vieles andere, was dazu gehört, haben wir dann noch nicht investiert: Allein schon der Betrieb beläuft sich auf 37 Millionen € jährlich.

Sagen Sie klar, was Sie wollen, was es kostet und wie Sie es finanzieren wollen! Wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt.

Unklar ist für mich allerdings auch: Sie wollen als CDU das „Projekt Prävention Jugendkriminalität“ für überflüssig erklären und etatisieren ein Minus von 7,5 Millionen €. Entschuldigung, dazu müssen Sie mir einiges erklären: Das Projekt fußt nämlich auf den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik. Ich erinnere mich gut: Die Ergebnisse dieser Kommission hat damals Ihre Kollegin Gabriele Kordowski am 25. März 2010 dem Landtag als einstimmigen Beschluss vorgelegt.

Einen Teil der Empfehlungen haben wir bereits mit dem „Projekt Prävention Jugendkriminalität“ aufgegriffen und für die Umsetzung die entsprechenden Mittel bereitgestellt, insbesondere für das Präventionsprogramm „Kurve kriegen“. Im Rahmen dieses Programms betreuen seit 2011 Teams aus Polizei und neu eingestellten pädagogischen Fachkräften gefährdete Kinder und Jugendliche. Derzeit sind das über 200 Kinder und Jugendliche sowie deren Familien. Wollen Sie wirklich, dass wir dieses Programm stoppen? Dann sagen Sie das den Menschen in diesem Land, Herr Laumann!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie ich sehe, diskutieren Sie gerade. Vielleicht lag da auch eine Verwechslung vor. Möglicherweise meinten Sie die Errichtung der Landespräventionsstelle. Das ist aber ebenfalls eine Empfehlung der Enquetekommission – die wir übrigens derzeit prüfen. Und Sie wollen schon Mittel streichen! Das ist eine interessante Variante.

Ich komme zur Rubrik „unbezahlbar“. Sie brauchten ja Gegenfinanzierungsvorschläge. Ich hatte Ihnen vorher schon drei gesagt – sie sind auch von Ihnen gemacht worden –, nämlich Kitagebühren, Studiengebühren und die Pauschale, auf die ich gleich zu sprechen komme. Dann brauchten Sie auch noch etwas Konkretes. Daher wollen Sie mal eben das Wasserentnahmeentgelt abschaffen – verbunden mit einem Einnahmeausfall von 100 Millionen € im Jahr. Meine Damen und Herren, das kann der Landeshaushalt schlicht und einfach nicht verkraften.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zu dem, was etwas klarer auf dem Tisch liegt, dafür aber schlicht unrealistisch ist, nämlich zu Ihrem Vorschlag, im Jahr 2013 durch Kürzung aller Förderprogramme 116 Millionen € und bis zum Jahr 2017 sogar 580 Millionen € einzusparen.

Lieber Herr Laumann, seien Sie in diesem Haus doch ehrlich! Die Einsparpotenziale, die Sie da vorgaukeln, existieren nicht. Offenbar beherrschen Sie die Grundrechenarten nicht. Sie schlagen vor, die Förderprogramme in fünf Schritten um je 4 %, also insgesamt 20 %, nach der Rasenmähermethode zu kürzen. Die Summe aller Landesförderprogramme im Haushaltsentwurf 2013 beträgt aber nur knapp 1,3 Milliarden €. 4 % davon sind genauso wenig 116 Millionen €, nämlich nur etwas weniger als die Hälfte, wie 20 % im Endausbau 580 Millionen € sind.

Um die von Ihnen behauptete Summe auch nur annähernd zu erreichen, müssten Sie an den Ganztag, die Kulturförderung und den U3-Ausbau herangehen. Wenn Sie das wollen, dann stellen Sie sich hierhin und stehen Sie dazu! Machen Sie dann dafür den Rücken breit!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist genauso unrealistisch wie die Annahme der FDP, es ließe sich kurzerhand eine globale Mehreinnahme von 25 Millionen € ansetzen. Diese soll durch einen – ich zitiere – „Entfesselungsimpuls für die Wirtschaft“ erwirtschaftet werden.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ja, natürlich!)

Dass Sie manchmal vor dem Spiegel den Eindruck haben, eine solche Wirkung entfalten zu können, mag ja sein.

(Heiterkeit von der SPD)

Ich halte das für Voodoo-Ökonomie. So geht konkrete Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was mich bei der Durchsicht schier sprachlos gemacht hat, war Folgendes: Rechnet man die mit allen Anträgen von CDU und FDP verbundenen Mehrkosten zusammen – wenn man dazu überhaupt präzise genug in der Lage ist, weil manches im Vagen bleibt –, kommt man auf eine Summe von 560 bis 900 Millionen €. Das Ganze ist also ein teurer Strauß von Vorschlägen,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ein guter Strauß!)

den niemand geschenkt haben will: Unkraut, Plastikblumen, Zierblüten, Giftpflanzen. Ihre Vorschläge sind unrealistisch, unsozial, unklar bzw. unbezahlbar. Mit einem Wort: Sie sind unbrauchbar.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie verhalten sich so wie vorhergesagt: Während Sie unbrauchbare eigene Vorschläge machen, bekämpfen Sie alle unsere Vorschläge –

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie haben ja keine!)

egal an welcher Stelle, egal wo wir beispielsweise Strukturen überprüfen wollen. Wenn wir sagen, wir wollen die Denkmalpflege demokratisieren, sind Sie erst einmal dagegen und bauen sich auf. Schauen wir doch einmal auf die Details!

Vor dem Landtag stehen die vom Auslaufen der Förderung der PTA-Lehranstalt Betroffenen. Ja, wir werden diese Förderung mit dem Ausbildungsjahr 2013 einstellen, wobei die laufenden Kurse noch ausfinanziert werden. Sie wollen das Gleiche auch, wie ich aus den Debatten höre, glauben aber, dass man das noch drei Jahre hinauszögern sollte –

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Quatsch!)

mit der Begründung, es müsse eine einvernehmliche schrittweise Lösung gefunden werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nach alternativen Lösungen haben alle Beteiligten seit Monaten in zahlreichen Gesprächen gesucht – aber leider erfolglos.

Aufgrund des großen Interesses der Apotheken an gut ausgebildeten Fachkräften – der Kollege Römer

hat auf die Umlagesysteme in anderen Bereichen hingewiesen – ist es aus unserer Sicht gerechtfertigt, wenn die Apotheken demnächst ihren Beitrag übernehmen. Würden sie den kompletten Betrag der bisherigen Landesförderung übernehmen, wäre das eine jährliche Zusatzbelastung von rund 290 € pro Apotheke.

(Oskar Burkert [CDU]: Bildung für alle!)

Angesichts der Finanzsituation des Landeshaushalts finde ich das verkraftbar, meine Damen und Herren. Das ist verkraftbar.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, alle diese Dinge, die wir uns vorgenommen haben, die wir umgesetzt haben und die wir auch weiter vollbringen müssen, um unser Ziel, null Neuverschuldung in 2020, zu erreichen, sind nicht einfach. Wir machen es uns auch nicht einfach, weder in der Regierung noch mit den Fraktionen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie machen es sich sehr einfach!)

Wir waren damit konfrontiert, das Tarifergebnis umzusetzen. Ja, das ist uns nicht leichtgefallen. Die Daten und Fakten sind hier eben angesprochen worden. Eine komplette Umsetzung des Tarifergebnisses, das ja für die Angestellten des Landes umgesetzt wird, auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie der Pensionäre hätte bis 2014 Mehrausgaben von mehr als 1,3 Milliarden € bedeutet – über 1,3 Milliarden € bei einem Gesamthaushalt von 60 Milliarden €! Wir glauben, dass das nicht geht. Da machen wir in der Tat den Rücken breit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, wir waren da auch immer klar, und wir bleiben klar. Wir haben an keiner Stelle gesagt, dass der Personalbereich, der 43 % unseres Haushalts ausmacht, bei den Konsolidierungen nicht einbezogen wird. Wir haben nie davon gesprochen, dass er ausgenommen werden soll. Sie können gerne nachlesen, was in unserem Koalitionsvertrag zu diesem Thema steht. Dort steht unter dem Kapitel „Finanzen“, Seite 125:

„Betrachtet man diese Entwicklung“

– also die Verschlechterung der finanziellen Situation der Haushalte –

„im Zusammenhang mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse, sind sowohl grundlegende als auch strukturelle Veränderungen in allen Bereichen und Ressorts auf der Ausgabenseite sowie massive Einnahmeverbesserungen im Hinblick auf die Bund-Länder-Beziehungen unausweichlich.“

So weit der Koalitionsvertrag. Zitate ähnlicher Art finden Sie auch in den sogenannten Wahlprüfsteinen.

Ich sage Ihnen etwas zu den Zitaten, die im Moment durch die Gegend kursieren. Herr Laumann, eines vorweg: Wenn Sie schon sagen, was Sie in den fünf Jahren nicht gemacht haben – vielleicht erinnern Sie sich nur nicht mehr –, so haben Sie auch im Jahre 2009 und 2010 die Einmalzahlungen nicht realisiert und den Sockelbetrag halbiert. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Aber eines vergessen Ihnen die Beschäftigten sowieso nicht, nämlich dass Sie die Mitbestimmung realisiert haben. Das werden die Beschäftigten nachhaltig nicht vergessen. Machen Sie sich keine Sorgen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir jetzt zu den Zitaten, die von Ihnen in Presseerklärungen benutzt werden. Sie sind einem Briefwechsel zwischen der Landesregierung und dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes entnommen. Der erste Brief von Herrn Guntermann kam am 25.10.2011. Er ist vom Finanzminister beantwortet worden. Daraus ist ein Zitat allorten zu lesen. Ich lese jetzt ein Stück weiter – weil es immer aus dem Zusammenhang gerissen wird – ein Zitat, das deutlicher nicht sein kann. Der Finanzminister antwortet – ich zitiere –:

Zu einem vertrauensvollen Umgang zwischen Landesregierung, Beamtenschaft und dbb gehört aber auch, dass man den Beschäftigten im öffentlichen Dienst klar sagt, was geht und was nicht.

Weiter unten: Die Landesregierung sieht im Rahmen einer nachhaltigen Politik Konsolidierungsmaßnahmen als unausweichlich an. Das erfordert eine zurückhaltende Ausgabenpolitik in allen Bereichen. Auch die Personalausgaben als größter Ausgabenblock können bei den Konsolidierungsmaßnahmen deshalb nicht außen vor bleiben. – So weit das direkte Antwortschreiben des Finanzministers.

Ich habe dann auch noch einmal geantwortet und mich auf dieses Schreiben inhaltlich bezogen und deutlich gemacht, dass wir – der Brief stand unter der Überschrift „Weihnachtsgeld“; darum ging es in diesem Briefwechsel – diese Einschnitte nicht vollziehen wollen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das glaubt Ihnen keiner!)

Wenn uns eines unterscheidet bei dem, was da unterstellt wird, dann Folgendes: Uns unterscheidet, dass bei den schmerzlichen Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen müssen, keiner morgen weniger Geld im Portemonnaie hat als heute. Das unterscheidet uns von dem, was manchmal in der Vergangenheit passiert ist.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nur dass Sie aktiv getäuscht haben, das unterscheidet uns!)

– Ich habe Ihnen gerade dargelegt, dass ich das nicht getan habe. Zeigen Sie mir doch ein Zitat, wo-

nach ich das getan habe. Zeigen Sie es mir doch! Und dass wir in diesem Bereich sozial gestaffelt umsetzen mussten und dass einige nur 1 % pro Jahr und einige nichts bekommen, ist etwas, was uns wehtut, weil wir wissen, dass wir eine leistungsstarke Verwaltung in diesem Land haben.

Wir reden eben nicht von Apparaten und Apparatschiks, sondern wir wissen, dass es nicht nur darum geht, Beschäftigung zu sichern, sondern auch die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Und dieses Versprechen halten wir ein. Das steht für uns als oberste Maxime im Raum. Und dazu machen wir auch den Rücken breit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir finden das alles im Wahlkampf wieder!)

– Ja, wir stehen zu dem. Wir haben es im Wahlkampf nicht anders gesagt. Ich habe mit vielen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen auf Podien gesessen. Zeigen Sie mir irgendeine Stelle, wo ich gesagt haben sollte, der Personalbereich werde nie in Konsolidierungsmaßnahmen einbezogen. Das haben wir nicht getan. Behaupten Sie hier nichts Falsches.

Wir werden uns dieser Debatte stellen. Wir sind offen auch im Vorfeld damit umgegangen. Wir stehen zu dem, was wir tun müssen, um eine verfassungskonforme Einhaltung der Null-Schuldengrenze 2020 zu erzielen. Dazu stehen wir. Und dazu werden wir in die Diskussion gehen, auch mit den Kolleginnen und Kollegen.

Aber wir stehen auch zu dem, was wir auf der anderen Seite an Investitionen getätigt haben, in Bildung, in Kommunen und in Vorbeugung. An dieser Stelle sage ich noch einmal: Ich freue mich darüber, dass wir es allen Unkenrufen zum Trotz gemeinsam mit den Kommunen, die man nicht vergessen darf, geschafft haben, die Zahl der Kita-Plätze zu erreichen. Dass Ihnen das nicht so ganz in den Kram passt, merkt man daran, wie Sie damit umgehen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Herr Tenhumberg – wo ist er? –, Sie geben allen Ernstes eine Presseerklärung heraus, in der Sie sagen: Die Jubelbilanz der rot-grünen Landesregierung geht zulasten der Qualität, wobei Sie wissen, dass die Qualitätsstandards gleich geblieben sind.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Sie wissen das. Und dann geht es weiter, nur mit Notverordnungen und Provisorien werde die Hürde statistisch genommen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Ich glaube, man muss Sie einmal daran erinnern, was der Duktus einer Notverordnung war. Auch da sind Sie geschichtsvergessen. Ich finde es schändlich, dass Sie einen solchen Begriff in einem solchen Zusammenhang nutzen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber natürlich haben Sie das nicht erwartet. Das konnte man auch nachlesen: 09.01., Bericht aus der Jahres-Pressekonferenz – Zitat –:

„Beim Ausbau der Kita-Plätze signalisiert Laumann die Bereitschaft der CDU zu pragmatischen Lösungen. Zuvor müsse Familienministerin Ute Schäfer (SPD) aber eingestehen, dass bis zum Beginn des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz im August nicht alle nötigen Plätze zur Verfügung stehen.“

Zitat Laumann, 09.01.:

„Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.“

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Laumann, Sie haben unrecht gehabt. Entschuldigen Sie sich bitte bei der Kollegin Schäfer! Das hätte Größe, wenn Sie das tun würden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Frau Schäfer heißt mit zweitem Namen Mogelpackung!)

Wie immer noch eine Drehzahl höher der Kollege Lindner, nachzulesen in „derwesten.de“ am 09.01., Bericht vom Neujahrsempfang der FDP: Bei U3 sei Nordrhein-Westfalen zudem Schlusslicht. Wörtlich:

„Die Familien, die sich dabei auf Rot-Grün verlassen, sind dann die Verlassenen.“

Nein, Herr Kollege Lindner, sind sie nicht, weil wir das nachholen, was Sie in fünf Jahren Regierung auf diesem Themenfeld haben liegen lassen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Gipfel der Unverfrorenheit ist das, was ich heute lesen konnte, dass nämlich Bundesministerin Schröder die Zahlen aus Nordrhein-Westfalen anzweifelt.

Ich sage Ihnen: Die Ministerin soll vernünftig ihre Hausaufgaben machen – für die Kinder in diesem Land, damit der Ausbau schneller vorankommt – und nicht das Betreuungsgeld unterstützen. Das wäre die richtige Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend, Herr Laumann, noch ein Wort zur Inklusion: Bei diesem Thema gilt für uns nach wie vor: Der Elternwille zählt. Wir haben gesagt, dass wir Schritt für Schritt vorgehen, dies aber vernünftig.

In den zwei Jahren unserer Regierung haben wir mehr erreicht als Sie – auch als zuständiger Minister – in fünf Jahren vorher. Die Inklusionsquote ist seitdem um zehn Prozentpunkte gestiegen, von 14,6 % auf 24,6 %. Dafür haben wir die Zahl der

Lehrerinnen- und Lehrerstellen mehr als verdoppelt, von 532 auf 1.215 in 2012.

Sie meinen, das ginge alles ohne Ressourcen. Dazu sage ich Ihnen nur eines: Wir haben für die Ausweitung des gemeinsamen Lernens bis 2017 noch einmal 2.000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt. Das ist verantwortungsvoller Umgang mit diesem Thema. Hierfür danke ich auch meiner Kollegin Sylvia Löhrmann. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Für die CDU-Fraktion, meine Kolleginnen und Kollegen, erteile ich nun Herrn Kollegen Laschet das Wort. Bitte.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Ministerpräsidentin hat ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Gute Rede!)

– Sie lobt sich selbst und sagt, sie habe eine gute Rede gehalten. Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie sonst keiner lobt, ist es gut, dass die Regierungsbank sich wenigstens selbst lobt.

(Zuruf von der SPD: Keine Sorge, Sie lobt keiner!)

Frau Löhrmann lobt also Frau Kraft.

(Zuruf von der SPD: Sie stellt die Wirklichkeit fest!)

Die Ministerpräsidentin hat unter anderem über die Bundespolitik gesprochen. Zu dem wichtigen Energiegipfel, der morgen stattfindet und der für das Industrieland Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist, hat sie einen einzigen Halbsatz verloren.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Sie haben doch darüber gesprochen. Sie haben zu Christian Lindner gesagt, Rot-Grün habe für morgen Ideen, Christian Lindner würde diese aber nicht kennen. – Der ganze Landtag kennt diese Ideen nicht, weil Sie sie hier nicht vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eines aber spüren wir, trotz allem, was Sie hier entgegnet haben: Sie haben uns etwas vorgerechnet, mit Förderprogrammen von 2, 3 oder 4 Millionen €; Sie haben Briefwechsel hin und her zitiert. Es gibt jedoch ein paar ganz einfache Botschaften: Sie haben den Beamten gesagt: Es wird keine Einschnitte geben. Wir übertragen das, was wir verhandeln.

(Zurufe von der SPD: Das ist nicht wahr! Das stimmt doch gar nicht!)

Die Menschen draußen haben das genau verstanden. Sie sind wortbrüchig. Da können Sie Briefe zitieren, wie Sie wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Idee ist doch nicht falsch. Ich prophezeie Ihnen:

(Zuruf von der SPD: Wie ist denn Ihre Meinung dazu?)

Sie werden noch im Laufe dieses Jahres, spätestens beim Haushalt 2014, genau dieses Argument des Kollegen Laumann aufgreifen. Wir brauchen Strukturveränderungen in der öffentlichen Verwaltung. Wenn Sie mit Ihrem Tempo – 2.000 neue Stellen seit 2010 – weitermachen, werden Sie demnächst von den „Reichen“ nicht erst ab A13 sprechen, sondern Sie werden noch viel weiter unten ansetzen müssen. Es ist doch völlig absurd, bei A11 mit den Einschnitten anzusetzen und von „Reichen“ zu sprechen, bei denen man Einsparungen vornehmen kann, und dann bei A13 voll zuzuschlagen!

(Zurufe von der SPD)

Sie treffen den Mittelstand der Gesellschaft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wissen das. Die Frau Kollegin Löhrmann, die neben Ihnen sitzt, weiß das auch.

Wir stehen mit 15 anderen Bundesländern in einem Wettbewerb um die Lehrer. In den nächsten Jahren wollen wir die besten Lehrer für uns gewinnen. Glauben Sie eigentlich, dass jemand, der sein Lehramtsstudium beendet hat und überlegt, wo er berufstätig werden soll, sich einen Job in Nordrhein-Westfalen suchen wird, wenn er genau weiß, dass er in den nächsten zwei Jahren nicht mehr verdienen wird?

Das ist unverantwortlich für das Bildungssystem und für die Kinder in diesem Land. Wir brauchen gute Lehrer, und die müssen wir anständig bezahlen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich darf noch einmal auf Ihre Bemerkung von vorhin zurückkommen. Wir kennen die Position, die Sie morgen vortragen werden, noch nicht. Sie sagen, die Stromsteuer solle gesenkt werden. Es ist natürlich immer einfach, zu fordern, dass der Bund die Kosten übernehmen soll. Ich hege eine gewisse Sympathie dafür, dass der Staat nicht nur verdienen kann, dass man bei der Industrie Geld wegnimmt und Rückgriffe bei den Regenerativen macht.

Die Kernfrage jedoch – und Sie koordinieren die A-Länder – beantworten Sie nicht: Wie kann dieser maßlose Ausbau der regenerativen Energien gestoppt werden?

(Zuruf von der SPD: Maßlos?)

Sie bezahlen Strom, der gar nicht abgenommen wird, Sie unterstützen ein völlig unmarktwirtschaftliches System. Wie kann das verändert werden? Darauf müssen Sie morgen eine Antwort geben. Das berührt die Industrie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Sie verweigern sich. Sie sagen, der Bund soll das alles machen. Aber diese Aufgabe können nur Bund und Länder gemeinsam bewältigen. Das ist die größte Herausforderung für den Föderalismus, die wir je gehabt haben. Wie stemmen wir diese Energiewende? Wenn eine A-Koordinatorin sich zurücklehnt und keine Vorschläge macht

(Zurufe von der SPD: Was sagt denn Herr Altmaier? Weiß das Herr Altmaier?)

und die Grünen selbst sogar behaupten, es gibt nicht einmal ein Problem bei den steigenden Stromkosten, dann geht das an der Realität der Menschen und der Industrie in Nordrhein-Westfalen vorbei.

(Beifall von der CDU)

Dass ich damit recht habe, können Sie der morgen, aber der heute schon getickerten Ausgabe der „Zeit“ entnehmen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist ganz spannend.

(Zuruf von der SPD: Darf man das denn vorher veröffentlichen? – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD)

– Sie haben die abbestellt.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Keine Aufregung. Hören Sie sich das doch einfach an.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie sind schon unruhig, weil Sie genau wissen, was ich jetzt zitiere. Da sagt Ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel – ich zitiere das einmal wörtlich –: Die Grünen werden nie verstehen, wie eine Verkäuferin bei Aldi denkt. Mit einem B3-Gehalt versteht man auch nicht, warum es einer Krankenschwester nicht egal ist, wie viel der Strom kostet. Grüne werden nie verstehen, wenn es billige Flüge nach Mallorca gibt. Grüne Ideen vom bedingungslosen Grundeinkommen seien für arbeitende Menschen ein Affront.

(Zurufe von der SPD)

Das ist exakt das Problem. Sie verstehen die kleinen Leute nicht, weil die Grünen in Nordrhein-Westfalen die Politik diktieren. Das ist das Problem, das auch morgen bei diesem Gipfel zur Sprache kommen sollte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, wir brauchen gar nicht Duin, wir haben auch Gabriel. Sie profitieren bei diesem Haushalt von einer Politik der Bundesregierung, die den höchsten Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung erreicht hat. Das ist die Lage, die Ihnen die hohen Steuereinnahmen in die Kasse gesprudelt hat.

Aber es wird auch der Zeitpunkt kommen, wo Sie regieren müssen, wo Sie Schwerpunkte setzen müssen und wo Sie sagen müssen, was Ihre Politik ist.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ab September!)

Die PTA-Demonstranten vor der Tür haben das doch offenkundig gemacht. Sie haben keine Idee. Sie schaffen die Studiengebühren ab und zitieren jetzt zur Begründung Herrn Söder. Ich bin nun nicht immer ein Freund von Herrn Söder, wie Sie wissen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber eines ist der Unterschied in Bayern. Bayern hat die Studiengebühren, wie ich finde, fälschlicherweise abgeschafft.

(Zurufe von Christian Lindner [FDP] und Jochen Ott [SPD])

Aber die Bayern haben gesagt: Wir erstatten den Universitäten in vollem Umfang das, was wegfällt. Die Qualität in Bayern wird erhalten. – Bei uns in Nordrhein-Westfalen werden Tutorien gestrichen und die Qualität verschlechtert. Das ist der Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Die Bayern haben auch gesagt: Wir stecken mehr Geld in die frühkindliche Bildung. Das hat die FDP durchgesetzt. Bayern hat dazu gesagt: Wenn wir schon die Studiengebühren abschaffen, dann werden wir 480 Millionen € zusätzlich in die Tilgung von Schulden einbringen. – Das ist der Unterschied: einen Schwerpunkt für Bildung setzen, die Universitäten nicht alleine lassen und trotzdem Haushaltskonsolidierung machen.

Vielleicht reden Sie einmal, Herr Walter-Borjans, mit Herrn Söder darüber, wie man so etwas macht. Nachdem die Ministerpräsidentin ihn zitiert, darf der Ihnen sogar Vorbild sein. Dann verlieren Sie auch nicht im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr vor dem Landesverfassungsgericht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der Haushaltspolitik brauchen wir mehr Söder und weniger Walter-Borjans. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind jetzt Zeuge eines eindrucksvollen Spektakels geworden. Die CDU wollte offensichtlich den Beautycontest um den wahren Oppositionsführer noch in eine weitere Runde drehen. Herr Lindner hat gesprochen. Herr Laumann hat gesprochen. Herr Laschet hat gesprochen. Sind wir jetzt klüger?

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß jedenfalls nicht genau, was Sie uns mit diesem Auftritt am Ende noch sagen wollten. Herr Laumann hat jedenfalls über weite Strecken betreten zu Boden geschaut. Ehrlich gesagt, ich kann es verstehen.

Herr Kollege Laschet, Ihr Fraktionsgeschäftsführer Lienenkämper konnte sich eben während der Rede von Frau Ministerpräsidentin Kraft gar nicht lautstark genug von Herrn Söder distanzieren. Ich habe mir den Zwischenruf von ihm hier genau mitgeschrieben. Er hat gesagt: Den Söder wollen wir uns nicht zurechnen lassen, den auf keinen Fall!

(Lachen von der SPD)

Er nickt. Insofern kann man das hier noch einmal festhalten.

Das kann ich zwar in vielerlei Hinsicht verstehen, aber wo der Söder recht hat, hat er recht. Ich finde, das müssen Sie sich hier vorhalten lassen.

Es geht in der Tat um die Frage: Was ist die langfristige Folge unseres Tuns? Wenn Sie hier kritisieren, dass die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen abgeschafft sind, was Sie mit einer wirklichen Wortvolte in Bayern loben, dann versteht das nun wirklich gar kein Mensch mehr.

Was Sie hier noch sagen wollen, machen Sie noch nicht einmal richtig. Ich verweise auf Ihren Antrag, den Sie heute hier in das Parlament zum Haushalt einbringen. Wenn Sie die Studiengebühren wieder einführen wollten – wir sind dagegen, das ist hier völlig unstrittig –, dann müssten Sie ein Gesetz ändern. Was machen Sie aber heute? Sie stellen einen Haushaltsantrag.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Weil wir heute eine Haushaltsdebatte haben!)

– Herr Lienenkämper, vielen Dank für den Zwischenruf. Sie sagen: Weil wir heute eine Haushaltsdebatte haben! – So klug war ich auch. Man muss es trotzdem richtig machen. Was tun Sie mit Ihrem heutigen Haushaltsantrag? Sie tun nicht mehr und nicht weniger, als den Hochschulen 249 Millionen € Kompensationsmittel zu streichen. Das ist Ihr heutiger Antrag zu den Hochschulen und den Studiengebühren – nicht etwa die Wiedereinführung, son-

dern die Streichung von 249 Millionen € Kompensationsmitteln für die Hochschulen.

(Beifall von der SPD)

Das müssen Sie einmal erklären. Das, was Sie hier veranstalten, ist unlauter und nicht in Ordnung.

Die Ministerpräsidentin hat Ihre Anträge im Übrigen schon mit dem Skalpell seziert. Als es um die Polizeiverwaltungsassistenten ging, habe ich in Ihrer vorderen Bank hektische Betriebsamkeit ausgemacht in der Annahme, Sie würden jetzt eifrig Dinge suchen, um widerlegen zu können, was Ihnen die Ministerpräsidentin vorgehalten hat. – Herr Laschet, dazu habe ich keinen Satz gehört.

(Armin Laschet [CDU]: Ist zu banal!)

– Sie hatten doch die Chance. Sie sind doch ans Rednerpult getreten, um erstens den besseren Oppositionsführer zu mimen und zweitens der Ministerpräsidentin zu antworten. Wenn die Ministerpräsidentin Ihnen den schwerwiegenden Vorwurf macht, dass Sie mit den Polizeiverwaltungsassistenten nicht nur haushalterisch Lug und Trug betreiben,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist gar nicht wahr!)

sondern prekären Arbeitsverhältnissen das Wort reden, hätten Sie das klarstellen müssen, wenn Sie es gekonnt hätten. Sie haben es nicht gemacht, also bleibt wahr, was die Ministerpräsidentin gesagt hat, und das ist ein sozialpolitischer Skandal.

(Beifall von der SPD)

Schon der ehemalige Ministerpräsident Rüttgers ist kläglich mit dem Versuch gescheitert, die CDU als soziale Alternative des Landes zu profilieren und rot anzustreichen. Das nimmt Ihnen niemand ab. Mit diesen Paar-Euro-Kräften, die Sie im Polizeidienst etablieren wollen, ist es einmal mehr eindrucksvoll bestätigt worden, dass Sie für prekäre Arbeitsverhältnisse eintreten und sich eben nicht mit Themen wie Mindestlohn und Co. auseinandersetzen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie spinnen!)

– Das wollte ich hören. Herzlichen Dank!

(Achim Tüttenberg [SPD]: Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn das alles ist, was Herr Laumann beizutragen hat, dann ist mir nicht bange. Wer sich so selbst entlarvt, der zeigt, dass er keine Rezepte für das Land anzubieten hat, sondern nur in die Runde blöken kann.

(Beifall von der SPD)

Wir bleiben bei Ihren Einsparvorschlägen zu den Förderprogrammen – das hat der Kollege Römer vorhin schon dargelegt –: Sie schlagen im Wege einer globalen Minderausgabe vor, sage und schreibe 116 Millionen € in Förderprogrammen zu

streichen. Die rot-grüne Landesregierung, die regierungstragenden Fraktionen sparen titelscharf, Maßnahme für Maßnahme, etwa 150 Millionen €.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist auch eine globale Minderausgabe!)

Jetzt frage ich mich: Wo kommen denn die 34 Millionen € hin, die Sie weniger sparen wollen als wir? Das ist doch wieder eine Milchmädchenrechnung, die Sie aufmachen. Nicht einmal rechnen können Sie, und glauben noch, Sie könnten das als Großtat verkaufen. Es ist und bleibt eine Unverschämtheit, was Sie in diesem Rund versuchen deutlich zu machen.

(Beifall von der SPD)

Ich will mich ein letztes Mal der FDP widmen, weil der Lieblingsantrag von Frau Ministerpräsidentin ...

(Zuruf von der SPD)

– Ich habe heute nur noch diese Rede. Für heute das letzte Mal, einverstanden. Ich werde es so präzisieren.

Sie haben 25 Millionen € Mehreinnahmen für Ihren Entfesselungsimpuls eingestellt. Das ist mein absoluter Lieblingsantrag; das muss ich zugeben. Sie haben nicht nur kein eigenes Konzept,

(Christian Lindner [FDP]: Natürlich! Klar!)

sondern die viel spannendere Aussage ist – ich darf aus Ihrem eigenen Antrag zitieren –, wie Sie den Entfesselungsimpuls lostreten, wie Sie die 25 Millionen € generieren wollen. Sie schreiben in Ihrem Antrag: Die Landesregierung wird beauftragt, entsprechende Schritte einzuleiten.

(Heiterkeit von der SPD)

Das heißt, der Entfesselungsimpuls der FDP ist ein Appell an die rot-grüne Landesregierung. – Herzlichen Dank. Das können wir maßgeblich unterstützen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf mit dem Thema „Personal“ schließen: Wenn wir von jemandem keine Belehrungen brauchen – ich habe es eben schon bei den Polizeiverwaltungsassistenten gesagt –, wie man ehrlich, lauter, gerecht und sinnvoll mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes umgeht, dann von Ihnen. Sie haben gesagt – in dem Fall richte ich mich zunächst an die FDP, die CDU hat das aber inhaltlich übernehmen wollen –, Sie möchten jährlich 2 % der Ausgaben für Personal einsparen. Ausgenommen werden sollen Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Das bedeutet im Ergebnis, dass Sie wahrscheinlich alle Bezirksregierungen abschaffen wollen, am liebsten noch die Ministerien dazu. Ich bleibe dabei: So, wie Sie regiert haben, kann ich verstehen, dass Sie die Ministerien abschaffen wollen. So, wie wir regieren, brauchen wir sie dringend.

Eines ist dabei allerdings noch viel entscheidender. Ihr zentraler Satz lautete: Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten. – Das ist Ihr wahres Gesicht. Sie wollen Arbeitsverdichtung, Sie wollen die Konsolidierung des Landeshaushalts auf dem Rücken aller Beschäftigten, indem Sie ihnen schwierigere Arbeitsbedingungen zumuten. In einer schwierigen Abwägung ist doch der Weg, den die Regierung jetzt vorgeschlagen hat und den die regierungstragenden Fraktionen mitgehen wollen, allemal richtiger.

Insofern ist es pure Heuchelei, was CDU und FDP zum Thema „Personal“ an die Adresse der Landesregierung richten. All Ihre Vorschläge brechen wie ein Kartenhaus zusammen. Sie haben einmal mehr bewiesen, dass Sie es nicht können. Ihre Konzepte sind schädlich für unser Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Lindner zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident, vielen Dank. – Ich habe nur sehr wenig Redezeit, deshalb will ich mich auf fünf Punkte konzentrieren.

Erstens. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben sehr lange gesprochen, haben Gegenkritik geäußert, in Ihrer langen Entgegnung aber nicht mit einem Satz erläutert, wie Sie die Schuldenbremse des Grundgesetzes bis 2020 einhalten wollen. Dazu haben Sie beredt geschwiegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens. Sie haben mir eben vorgeworfen, ich hätte den Finanzminister falsch zitiert. Ich will Ihnen und auch den Kolleginnen und Kollegen die angebliche Klarstellung der Sprecherin von Herrn Walter-Borjans aus dem „Bonner General-Anzeiger“ vom 18. Januar vortragen – Zitat –:

Unwiderrspochen ließ seine Sprecherin hingegen, dass er den Berg aus alten Landesschulden im Volumen von 130 Milliarden € als nicht dramatisch bezeichnet hatte. – Frau Ministerpräsidentin, die Landesregierung ist hier im Landtag zu Gast. Seien Sie vorsichtig bei ehrabschneidenden Unterstellungen gegenüber Abgeordneten. Das verbitte ich mir.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens. Ich finde es außerordentlich gut, was Sie uns über die angebliche Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Grünen mit Blick auf die Stromsteuer haben wissen lassen. Dass das möglicherweise mit der Bundesregierung zusammengebracht werden kann, finde ich vorzüglich. Nur, Frau Ministerpräsidentin: Herr Priggen hat noch vor Kur-

zem gesagt, wenn die SPD mit der FDP gemeinsam für die Abschaffung der Stromsteuer sei, dann befände sich die SPD in schlechter Gesellschaft. Ich finde es gut, dass Sie sich gegen diese Position der Grünen haben durchsetzen können.

(Beifall von der FDP)

Meine Redezeit geht schon zu Ende. Daher ein letzter Satz mit Erlaubnis des Präsidenten – ich komme zum Schluss der kurzen Intervention –

(Minister Johannes Remmel: Das waren aber nur drei Punkte!)

zum Thema „NPD-Verbot“. Dass Sie Philipp Rösler wegen einer Formulierung hier so kritisieren,

(Minister Ralf Jäger: Zu Recht!)

erstaunt mich wirklich vor dem Hintergrund, dass Ihr Kanzlerkandidat Peer Steinbrück heißt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was ist denn Peer Steinbrück für ein Diplomat? In der Sache muss die Auseinandersetzung geführt werden. Das Problem ist doch nicht, dass wir diese Partei nicht verbieten lassen wollten. Wir haben aber Befürchtungen, was die Rechtssicherheit des Verfahrens angeht. Wenn Sie jetzt einen Verbotsantrag stellen und der vor dem Verfassungsgericht scheitert, oder er wird auf dem Wege des verfassungsgerichtlichen Verfahrens zwar bestätigt, dann aber von europäischen Gerichten verworfen,

(Beifall von der CDU)

was ist dann für ein Schaden für die Demokratie entstanden? Dann bekommt die NPD sogar noch das Siegel „verfassungskonform“. Das hätten Sie dann zu verantworten. Wir wollen diese Verantwortung nicht übernehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Jetzt spricht Herr Kollege Priggen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte auf das, was Herr Laschet eben gesagt hat, reagieren.

Herr Laschet, Sie haben den maßlosen Ausbau der Erneuerbaren angesprochen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man sich – wenn man in der Bundesregierung seit Jahren die Verantwortung für das EEG hat und wenn man ein derart dilettantisches Arbeiten, wie es Röttgen und Altmaier mit Rösler gemacht haben, wenn man wirklich dafür verantwortlich ist, dass Sachen ein Stück weit aus dem Ruder laufen – dann hierhin stellen und darüber beschweren kann. Wenn es irgendwo eine klare Verantwortung gibt, dann in Berlin.

Sie können doch nun wirklich nachvollziehen, was passiert, wenn ich ankündige, die Fotovoltaikförderung in drei, vier, fünf Monaten um 30 oder 40 % zu kürzen. Was passiert dann? Normalerweise fahren die Firmen dann Überstunden bis zum Gehtnichtmehr. Wenn ich mir dann in der Bundesregierung nicht einig bin und im Bundesrat keine Mehrheit bekomme, weil eigene, CDU-regierte Länder das nicht mitmachen, weil sie es als unausgegoren, als falsch ansehen, dann erzeuge ich eine solche Welle, dass wir, seitdem diese drei genannten Herren dafür verantwortlich sind, wirklich Runde um Runde Rekordausbauzahlen haben. Dann haben wir nicht das, was vernünftig ist, nämlich eine Degression, die man immer wieder anpassen kann.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)

Wir Grüne schlagen schon seit Langem – ich bin ja zusammen mit Hermann Scheer im Vorstand der EUROSOLAR gewesen – die Diskussion um einen sogenannten „atmenden Deckel“ vor: Jeden Monat 1,5 % Absenkung, damit man nicht genau diese hohe Dynamik bekommt, dass zum Jahresende alles ans Netz muss.

Die Bundesregierung hat dilettantisch agiert. Entschuldigen Sie bitte, aber Ihre Bundeskanzlerin hat schon in der Großen Koalition mit richtigen Klimaschutzziele seitens der Bundesregierung angefangen, hat dann mit der FDP ihre Ziele fortgesetzt und den Ausbau der Erneuerbaren zu einem der Leitziele erklärt. Insofern sind wir noch weit unter dem, was Ihre Bundesregierung als Ziel hat. Das passt doch alles nicht, was Sie da erzählen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich muss als Grüner gar nicht ambitioniert jedes Mal 10 % auf das Ziel der Bundesregierung drauflegen. Ich müsste nur sagen: Setzt es um – mit allen Effekten, mit dem Aufbau neuer wirtschaftlich starker industrieller Bereiche bei uns. Wir haben über 400.000 Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren; das ist sehr stark mittelständisch. Wir haben eine der leistungsfähigsten Industrien im Bereich Windkraft, im Bereich Energieeffizienz. Wir exportieren die Technik. Wir machen diesen Bereich durch so ein dilettantisches Vorgehen kaputt.

(Beifall von Norbert Römer [SPD] – Widerspruch von Armin Laschet [CDU])

– Doch, Herr Laschet, genau das machen wir. Wir machen es kaputt. In dem Moment, in dem Ihre Regierung nicht vernünftig, mit Maß den Prozess steuert, sondern über rein radikale Ankündigungen Kürzungen von 40 % in den Raum stellt, bricht etwas zusammen. Sie sind es doch gewesen, der Herrn Lindner hinterhergelaufen ist, als Sie in Ihrer neuen Rolle angefangen haben, sich für Energiepolitik zu interessieren.

(Lachen von Norbert Römer [SPD])

Da hat er nach draußen geblasen, es müsse ein Moratorium für Offshore geben. Dann sind Sie zusammen an die Presse gegangen. Dann mussten Sie lernen: Ein Moratorium für Offshore – Offshore ist die teuerste Art, Windstrom zu machen – heißt, dass die Firmen, die im Vertrauen auf Bundesgesetze Investitionen gemacht haben, diese komplett abschreiben können.

Ein Moratorium heißt zum Beispiel für unsere Trianel in Aachen: 800 Millionen Investitionen vor Borkum beschlossen, 350 Millionen in die Hand genommen – vorbei, abgebrochen.

Das ist bei RWE das Gleiche. Ich bin nun kein Freund von RWE. Aber wenn ich Firmen sage: „Geht raus auf das Meer, probiert das aus, weil das ein Beitrag zum Klimaschutz sein kann“, dann muss ich die Bedingungen doch auch fairerweise einhalten, dann kann ich doch nicht nachträglich die Konditionen ändern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will das ganz klar sagen: Es gibt viele Diskussionen darüber, ob es sinnvoll ist, weiter offensiv draußen auf dem Meer auszubauen. Man kann sehr wohl darüber diskutieren, wenn die Kilowattstunde da vorne 15, 16 Cent kostet, an der Küste 5 bis 6 Cent und bei uns im Binnenland an guten Standorten mittlerweile 8 bis 9 Cent bei 4.000 Stunden im Jahr. Das hätten wir vor Jahren nicht geschafft. Die Anlagen sind besser geworden, weil sie höher geworden sind, weil wir in der Bundesrepublik eine Technik herstellen, die im Binnenland die gleiche Volllaststundenzahl fährt wie draußen auf dem Meer. Dann kann ich nach vorne diskutieren und sagen: Diejenigen, die investiert haben, die geplant haben, die baureife Projekte haben, bekommen das verlässlicherweise zu den alten Konditionen. Und das, was neu kommt, machen wir lieber im Binnenland, damit der Netzausbau dort etwas weniger Belastungen erzeugt: in Bayern, in Baden-Württemberg und auch bei uns. Nach vorne kann ich das diskutieren, aber doch nicht mit Wortbruch.

Dann sind Sie einer derjenigen, die durch das Fördern maßlosen Ausbaus nicht mithelfen, einen Industriebereich, der mit über 400.000 Beschäftigten sehr, sehr leistungsstark ist, angesichts der Herausforderungen, die da sind, vernünftig zu steuern. Sie fahren ihn leichtfertig und unsinnigerweise vor die Wand, ohne zu wissen, was Sie als Alternative wollen. Das ist doch das Hauptproblem. Es gibt so viel zu tun im Energiebereich: die Kapazitätsmärkte, die hergestellt werden müssen, die ganzen Parameter, der ständige Ausbau der Erneuerbaren in Kombination mit Zuverlässigkeit, mit Versorgungssicherheit, sodass das eine zum anderen passt.

Das, worauf wir uns in zwei Koalitionsverhandlungen verständigt haben, was unser Markenzeichen ist, sind der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen, so wie er

hier in Düsseldorf passiert, wie er in Köln passiert, wie er in Krefeld kommen soll, wie er über die STEAG und über die Stadtwerke im Ruhrgebiet kommen soll. Das ist das, was gemacht werden muss. Das alles untergraben Sie, ohne dass Sie wissen, wo Sie hinwollen. Das ist energiepolitische Geisterfahrt statt verantwortungsvollem Regieren in Berlin.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Lassen Sie mich als Letztes sagen: Bei allen Differenzen, die wir mit den Sozialdemokraten immer wieder haben mögen – Sigmar Gabriel ist nicht mein engster Freund –, haben wir einen wesentlich vernünftigeren Ansatz hier, das zu machen, was für das Land notwendig ist. Wir brauchen uns nicht auf solche Spiegelfechtereien zu konzentrieren.

Das, was in Berlin zu verhandeln ist, wird zu geeigneter Zeit in Berlin vernünftig verhandelt werden. Aber das, was Sie machen, nämlich in Berlin Verantwortung tragen und hier energiepolitisch mit dem Kopf vor die Wand fahren, ist gegenüber denen, die da arbeiten, nicht zu verantworten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal!

(Günter Garbrecht [SPD]: Kollege, reden Sie lauter! – Weitere Zurufe)

– Ich rede lauter und fange noch einmal an.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer oben auf der Tribüne und zu Hause am Stream! Ich hoffe, das ist laut genug.

(Beifall von Karl Schultheis [SPD])

Wir müssen gar nicht so laut sein. Heute war es hier ja schon sehr laut. Folgendes habe ich zum Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, die auch oben auf den Tribünen sitzen, ganz klar festgestellt: Ich habe meine Zweifel, dass alle verstanden haben, was in diesem Hohen Hause bei einer dritten Lesung zum Haushalt teilweise abläuft.

(Zurufe von Eva Voigt-Küppers [SPD] und Christian Lindner [FDP])

Normalerweise würden wir jetzt, wenn wir auf einer Veranstaltung der Piraten wären, ein Meinungsbild dazu einholen. Leider deckt sich das nicht mit der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Ich greife das auf, was Herr Kollege Priggen eben als einen Vorwurf der Showveranstaltung formuliert; ich glaube, das war auf die CDU gemünzt. Er hat dazu das Beispiel des Taumelkäfers gewählt. Dem wollte, glaube ich, Herr Kollege Lindner einen Ring, eine Auszeichnung für künstlerische Darbietung, verpassen. Ich meine, da nimmt sich hier im Saal niemand etwas,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen! – Marc Herter [SPD]: Der Ring ist schon weg! – Weitere Zurufe)

ohne ganz klar zu machen, worum es hier eigentlich geht.

Es geht hier um das Wohl dieses Landes, und es geht um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Fortgesetzt Zurufe)

– Ich höre so viele Zwischenrufe. Das finde ich großartig. Sie kommen hier aber gar nicht an. Die Akustik ist so miserabel, dass ich sie einfach nicht höre.

Was wir hier machen, ist für die meisten Menschen, die uns zuhören, nicht verständlich. Es kommt gar nicht an. Wir alle hier glauben, wir sind die Experten, und machen irgendetwas für die Bürger.

Unser Fraktionsvorsitzender hat das eben schon in seiner Rede erwähnt: Wir wollen keine Politik für die Bürger machen – natürlich auch –, aber vor allen Dingen wollen wir Politik mit den Bürgern machen. Wenn wir die Bürger bei der Entwicklung dessen, was wir glauben das im Rahmen der Repräsentativität für die Bürger gut ist, mit ins Boot holen wollen, müssen wir sie fragen – nicht nur alle vier oder fünf Jahre an den Wahlurnen, sondern permanent.

Auch dies tun wir. Wir sind dazu übergegangen, die Bürger aufzufordern, zu bitten und zu fragen, uns mitzuteilen, welche Defizite sie im Land Nordrhein-Westfalen sehen, welche Wünsche, Anregungen und Vorstellungen sie haben, wie Politik zu sein hat, und zwar nach der Wahl, nicht vor der Wahl.

Wir befinden uns jetzt in einer Zeit des Wahlkampfes auf Bundesebene. Im September sind Wahlen. Das merkt man in diesem Hause natürlich deutlich. Entsprechend dem jeweiligen Lager werden jetzt Vorwürfe laut, wer was gut macht und wer was schlecht macht. Natürlich: Immer diejenigen, die an der Regierung sind, machen aus Sicht der Opposition alles schlecht.

Wir sind der Auffassung: Alles ist gestaltbar. Wir sind dazu da, Politik zu gestalten, und das nach Möglichkeit sogar fraktionsübergreifend, wenn wir im Blick haben, dass wir etwas für dieses Land und vor allen Dingen für die Bürger dieses Landes bewirken wollen.

Wir zeigen Zukunft und neue Wege auf. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn alle Kräfte in diesem

Hause – wir haben es in den Ausschüssen teilweise erlebt – gemeinsam versuchen würden, Wege zu finden, die uns allen ermöglichen, am Ende zu sagen: Wir finden einen Konsens, damit in diesem Hause nach Möglichkeit übergreifende Anträge gestellt werden können.

(Beifall von den PIRATEN)

Konsens ist die Frage. Konsens ist das Ziel – meines Erachtens nicht im Sinne von politischem Lagerdenken 1.0 mit permanenten Rollen von Regierung und Opposition, sondern beides ...

(Nadja Lüders [SPD]: Das ist im Parlamentarismus schon mal so!)

– Bitte? Was?

(Nadja Lüders [SPD]: Das ist im Parlamentarismus schon mal so!)

– Das ist im Parlament schon mal so. Genau, Frau Kollegin!

(Nadja Lüders [SPD]: Parlamentarismus!)

– Das ist im Parlament schon mal so. Ich habe auch nichts gegen die Kontroverse. Im Gegenteil: Ich bin sogar ein Freund derselben, wenn sie am Ende zu einem Kompromiss bzw. zu einem Konsens zu führen geeignet ist, der nicht von ideologischen Grabenkämpfen überlagert wird bzw. der nicht darin ausgetragen wird. Kontroversen sollten – das haben wir schon mehrfach erlebt – mit dem Ziel ausgefochten werden, dass am Ende ein Konsens auf dem Tisch liegt.

Nun kommen wir zum wechselseitig vorgeworfenen Wortbruch. Als ich heute Morgen in den Landtag fuhr, wurde mir von Polizeibeamten ein Zettel in die Hand gedrückt. Darauf steht „Wortbruch“. Es geht um den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, der auf die Beamten dieses Landes übertragen werden soll oder auch nicht. Nun ist dieser Zettel von der Gewerkschaft der Polizei, die nicht gerade im Verdacht steht, in Bezug auf die regierungstragende Koalition nicht regierungsfreundlich zu sein.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn da drauf steht ...

(Minister Ralf Jäger: Das ist nicht wahr, was da draufsteht!)

– Das ist nicht wahr, was da drauf steht?

(Minister Ralf Jäger: Das habe ich Ihnen vorhin doch erklärt! Das kann ich auch noch mal tun!)

– Ja, ja. Das können wir noch ein paar Mal erklären. Wenn nicht wahr ist, was da drauf steht, müsste man der Gewerkschaft der Polizei und den vielen Beamten natürlich auch noch – was soll ich sagen? – Unwissenheit oder Lüge unterstellen. So weit möchte ich weiß Gott nicht gehen.

Verehrter Herr Minister Jäger, wenn Sie sagen, dass die Polizisten, die diesen Zettel gemacht haben,

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

lügen, dass das nicht stimmt, was hier draufsteht, möchte ich nicht sehen, was Sie in der nächsten ...

(Minister Ralf Jäger: Das habe ich doch überhaupt nicht gesagt!)

– Bitte?

(Minister Ralf Jäger: Das habe ich doch überhaupt nicht gesagt!)

– Sie haben gesagt: Es ist nicht wahr, was da draufsteht.

(Minister Ralf Jäger: Das ist keine Lüge!)

– Na ja, was nicht wahr ist, ist eine Lüge! Meine Herrschaften, also bitte!

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Christian Lindner [FDP]: Interessant! – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU] – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Sei es drum!

Wenn hier im Hause oder auch außerhalb des Hauses von der Landesregierung oder auch von den die Regierung tragenden Fraktionen Versprechungen gemacht werden wie im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dann ist das sehr wahrscheinlich die Wahrheit – Zitat –:

„Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst ... Hierfür brauchen wir motivierte und qualifizierte Beschäftigte, denen wir in den letzten Jahren einen großen und zum Teil spürbaren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abverlangt haben. Diesen geleisteten Beitrag der Beschäftigten erkennen wir ausdrücklich an.“

Das ist wahrscheinlich die Wahrheit, da es aus dem Koalitionsvertrag stammt.

Wenn dann dort steht: „Ausschluss von 60 % der Polizistinnen und Polizisten von den Tariferhöhungen, zusätzlich 710 Millionen € Sonderopfer des öffentlichen Dienstes, hohle Worte statt Wertschätzung, Landesregierung am 18.03.“, dann können Sie natürlich sagen: Das ist nicht wahr. – Nur dann muss das, was hier angekündigt worden ist im Land Nordrhein-Westfalen, nämlich die Umsetzung des Tarifs auf die Ebene der Beamten, auch tatsächlich umgesetzt werden.

Jetzt sind wir bei den Haushaltsberatungen in der dritten Lesung, wissen im Prinzip, dass dieser Tarifabschluss in irgendeiner Form kommt – es war ja schon im letzten Jahr klar, dass er kommen würde – , und reden dann davon, dass er umgesetzt werden muss. Wir haben im Haushalt eine globale Minderausgabe von fast 1 Milliarde €, eine dreiviertel Milliarde. Herr Minister Walter-Borjans, korrigieren Sie

mich: Ist es fast eine Milliarde? – Ja. Das sind im Großen und Ganzen die Kürzungen, die sich im laufenden Haushalt in irgendeiner Form realisiert sehen wollen.

Die Zahlen liegen ja auf dem Tisch. Sie zeigen, was es kostet, die Tariferhöhungen umzusetzen, auch auf der Ebene der Landesbeschäftigten, der Beamten dieses Landes. Ob das nun Polizisten, Richter, Staatsanwälte etc. pp. sind – alle sind davon betroffen.

Ich denke, da ist noch Luft. Ich glaube auch, es wird darauf hinauslaufen, dass die Landesregierung das entsprechend umsetzen wird, dass diese vielen Menschen, die uns allen, den Bürgern in diesem Lande, wirklich zu dienen bereit sind und dieses auch tun, nicht im Regen stehen gelassen werden sollten.

Von daher bin ich bereit, zu sagen: All das, was wir hier an sozialer Teilhabe immer gern nicht nur verkünden, sondern auch propagieren und nach vorne bringen, das gehört nicht nur in die Zukunft gedacht, sondern das gehört hier an Ort und Stelle auch einmal ausgesprochen. Wir müssen die Menschen, die in unserem Lande arbeiten und wirklich daran orientiert sind, das Gemeinwohl zu stärken und alles dafür zu tun, dass es uns in diesem Lande gutgeht, mitnehmen. Dazu gehört selbstverständlich auch eine gute Bezahlung. Und dazu gehören auch die Beamten unseres Landes. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung hat noch mal Frau Ministerpräsidentin Kraft das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Schulz! Ich würde mit Ihnen ganz gerne mal diskutieren, was ein Versprechen ist.

Ich lese das noch mal vor:

„Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst ... Hierfür brauchen wir motivierte und qualifizierte Beschäftigte, denen wir in den letzten Jahren einen großen und zum Teil spürbaren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abverlangt haben. Diesen geleisteten Beitrag der Beschäftigten erkennen wir ausdrücklich an.“

Wo ist da ein Versprechen? Vielleicht sagen Sie es mir einmal. Ich verstehe es nicht.

Wenn Sie dann hier den Eindruck erwecken, im Haushalt wäre Luft in einer Größenordnung von 710 Millionen €, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sehen Sie die Realitäten! Wenn ich diese Summe erwirtschaften muss – es sei denn, Sie sagen mir, wie es anders geht – über den Personalbereich,

dann bedeutet das 14.300 Stellen weniger innerhalb eines Jahres.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das geht schon technisch nicht. Aber das kann ich auch in Bezug auf die Leistungen der Menschen, die dann die Arbeit der anderen mit übernehmen sollen, nicht verantworten. Das kann ich nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Zu Herrn Lindner. Wenn Sie hier jetzt auch noch gutheißen, was Herr Rösler zur NPD gesagt hat, dann will ich mit meiner Meinung nicht hinterm Berg halten. Man kann unterschiedlicher Auffassung sein, was die Erfolgsaussichten eines NPD-Verbotsverfahrens angeht.

(Christian Lindner [FDP]: Genau das habe ich hier ausgeführt! – Jochen Ott [SPD]: Eben! – Karl-Josef Laumann [CDU]: Herr Lindner hat recht! Sie brauchen das nicht zu verstehen! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Man kann unterschiedlicher Auffassung sein, was die Erfolgsaussichten angeht.

(Armin Laschet [CDU]: Zu Recht!)

Aber sich vor die Presse zu stellen und die NPD und ihre Mitglieder in die Schublade „Dummheit“ zu packen

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt wollen wir mal jede Aussage von Herrn Steinbrück auf die Goldwaage legen!)

vor dem Hintergrund, dass die NPD eine Gefahr für die Demokratie ist, dass sie eine Basis bildet

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– nach allem, was wir im Moment wissen –

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

auch für gewalttätigen Extremismus, das ist eine Verniedlichung des Rechtsextremismus in Deutschland!

(Jochen Ott [SPD]: Das passt zu dem 23. März, Herr Lindner! Unmöglich!)

Deshalb darf man das nicht tun!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen möchte ich noch eines hinzufügen:

(Christian Lindner [FDP]: Unmöglich! – Weitere Zurufe – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann nicht wahr sein!)

– Bitte nicht von meiner Zeit.

Die Entscheidung des Bundesrats in dieser Frage haben wir uns auch nicht leicht gemacht. Die In-

nenminister der Länder haben umfangreiche Daten gesammelt und bewertet. Wir haben sie in diesem Kreis noch mal miteinander bewertet.

Eines ist für mich nach wie vor auch wichtig: Ich möchte nicht, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler solche Strukturen in diesem Land mitfinanzieren müssen. Das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Wenn das scheitert, haben Sie das zu verantworten!)

Zu Herrn Laschet. Wie die Schuldenbremse einzuhalten ist, dafür gibt es eine mittelfristige Finanzplanung, der Sie entnehmen können, dass wir diesen Pfad der fallenden Neuverschuldung weitergehen. Das Ziel ist 2020. Das ist nach wie vor in unserem Visier. Das wollen und das werden wir auch erreichen.

Eines noch, Herr Kollege Lindner: Sie haben eben aus dem „General-Anzeiger Bonn“ zitiert. Das geht gar nicht. Er hat einen Teil, sozusagen das Wichtigste, über seine Sprecherin zurückgeholt. Sie können denen nicht dauernd sagen, was sie nicht hätten schreiben dürfen. Er hat überhaupt nicht davon gesprochen. Der Kollege des „General-Anzeiger Bonn“ hat ihn in dieser Veranstaltung völlig missverstanden. Das sagen übrigens auch andere Teilnehmer.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Was ich hier angeprangert habe, ist, dass Sie das wissen und dass Sie hier nur das eine Interview, das korrigiert worden ist, vorstellen. Das ist schofelig, auch im Umgang in diesem Hause! Das geht so nicht! Das prangere ich an!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Den Rest machen wir mit dem „Bonner General-Anzeiger“ alleine.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube, es war Herr Laschet: Thema „Bayern“.

(Zurufe von der CDU)

– Dass es Sie stört, wenn ich hier Herrn Söder zitiere, kann ich mir gut vorstellen. Aber Vorsicht, wenn Sie loben, wie Bayern es jetzt mit den Studiengebühren macht. Seien Sie ganz vorsichtig!

(Armin Laschet [CDU]: Wieso? – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Was Sie vielleicht nicht wissen und nicht mitbekommen haben: Damit sie das finanzieren können, haben sie die Rückstellungen für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten, den Versorgungsfonds in Bayern aufgelöst! Wollen Sie das für Nordrhein-Westfalen auch? Ich frage Sie!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Wir brauchen Strukturveränderungen, sagt Herr Laschet. Ich sage Ihnen: Die Strukturveränderungen, die wir bei Ihnen fünf Jahre lang kennengelernt haben, machen wir nicht.

(Unruhe)

– Vielleicht können wir mal Ruhe bekommen, das wäre schön! – Die Strukturänderungen, die Sie vorgenommen haben, haben wir nicht gemacht: die Verlagerung der Lasten auf die Kommunen ohne finanziellen Ausgleich, das Vorgehen mit dem Rasenmäher. Genau das machen wir nicht.

Wenn Sie so tolle Ideen für Strukturveränderungen haben, dann präsentieren Sie die in einem solchen Haushaltsverfahren. Pauschale Kürzungen in Höhe von 1,5 % sind unrealistisch, wie ich Ihnen nachgewiesen habe. Sie haben hier keine solide Politik für Nordrhein-Westfalen präsentiert!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU] und Lutz Lienenkämper [CDU])

Noch mal zum Kollegen Laschet: Ja, morgen findet die Ministerpräsidentenkonferenz statt. Die Kanzlerin kommt anschließend hinzu. Deshalb kann ich morgen leider nicht hier sein. Übermorgen ist eine Bundesratssitzung; dann werde ich der Plenarsitzung hier leider auch nicht beiwohnen können.

Das Thema „Energiewende“ ist in der Tat wichtig. Ich sage Ihnen: Es wird schwierig sein, miteinander nach vorne zu kommen. Das, was Herr Altmaier vorgeschlagen hat, ist eine Katastrophe für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Eine Katastrophe!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt drei Stellschrauben: die Stellschraube bei den Erneuerbaren, die Stellschraube bei der Industrie und die steuerliche Stellschraube. Über die letzte Stellschraube redet eine Bundesregierung nicht gerne.

Ich habe von vornherein gesagt: Ich bin der Auffassung, dass wir an die Stromsteuer herangehen müssen. Inzwischen besteht auch Einigkeit darüber, dass man den Stromsteuerteil der Erneuerbaren, der sowieso systemwidrig ist, herausnehmen könnte. Dann hätte man schon mehr als 1 Milliarde € zusammen, um eine Senkung hinzubekommen, wie Herr Altmaier sie wollte.

Stattdessen will er die Industrie in diesem Land belasten. Er will an Bestandsregelungen herangehen. Wenn Unternehmen in diesem Land etwas von der Politik brauchen – das müssen Sie bei Unternehmensbesuchen doch gelernt haben! –, dann ist das die Sicherheit unserer Entscheidungen und nicht das Herangehen an etwas, was man irgendwann schon mal gesetzt hat, und es wieder über Bord

werfen! Das ist das Fatale für den Standort Deutschland!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir haben unser Vorschlagspaket auf den Tisch gelegt. Sowohl bei den Erneuerbaren als auch bei der Industrie müssen wir an bestimmte Teilbereiche heran. Dass ein Golfplatz finanziert wird, will kein Mensch. Aber bisher ist Herr Altmaier nicht in der Lage, konkrete, vernünftige Vorschläge vorzulegen. Branchenlösungen sind nicht das richtige Instrument.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Vernünftig muss man vorgehen: indem man diese Auswüchse bekämpft, indem man deutlich macht, dass es Unternehmensgründungen nicht nur mit dem Ziel geben darf, in eine solche Ausnahmeregelung hineinzukommen. An dieser Stelle ist der Umweltminister bisher ein Totalausfall.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir bleiben dennoch im Gespräch.

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Ministerpräsidentin, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Nein, ich bin jetzt fertig. – Ich halte es für richtig und wichtig, dass wir uns dem Thema „Energie“ widmen. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir das Thema „Preise“ in den Blick nehmen. Ich halte es für noch wichtiger, dass wir das Thema „Energieversorgungssicherheit“ nicht so weit in den Hintergrund geraten lassen. Wir werden mit unseren verabredeten rot-grünen Vorschlägen in die Diskussion gehen.

Ich bin etwas überrascht, dass offensichtlich weder die CDU von ihrem Umweltminister noch die FDP von ihrem Wirtschaftsminister über das informiert worden ist, was die Bundesregierung diskutiert. Es gab in dieser Woche mehrere Sitzungen und mehrere Informationen. An diesem Punkt war ich überrascht. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin Kraft. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ich habe Sie nicht verstehen können, Herr Lindner. Das macht aber nichts. Wir machen einfach weiter.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bitte Sie, ein bisschen zur Ruhe zu kommen. Wir haben die eine oder andere Abstimmung vor uns. Damit das alles ordnungsgemäß läuft, brauchen wir sicher ein wenig Konzentration.

Wir stimmen über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2247** ab. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrags. Wer möchte für diesen Antrag stimmen? – Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Piraten, die SPD und die Grünen. Wer enthält sich? Das sind die FDP-Fraktion und ein Abgeordneter der Piratenfraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU zum GFG **Drucksache 16/2349** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Die CDU-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Piraten, die SPD und die Grünen. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 **Drucksache 16/1402** ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2301**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den sich aus der **Drucksache 16/2301** ergebenden Änderungen anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Das sind die SPD und die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Piraten. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen über den **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 16/2261 – Neudruck** – ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Damit verfahren wir so. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Die CDU und die FDP. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Piraten, SPD und Grüne. – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen – fünftens – ab über das Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes NRW **Drucksache 16/1286**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2294**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Das sind die Piraten, SPD und Grüne. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das Wasserentnahmeentgeltgesetz in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen – sechstens – zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der Piraten zu den Einzelplänen gemäß vorliegenden Auflistung. Ich rufe jetzt die einzelnen Änderungsanträge mit der Drucksachennummer auf. Wir stimmen dann darüber ab.

Wir fangen an mit dem **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/2350**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Die CDU-Fraktion und die FDP. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Piraten, SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2351**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Die CDU. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Piraten, SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Zum Einzelplan 03 haben wir den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2340**. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Piraten. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

In der Piratenfraktion gibt es eine Enthaltung. Die nehmen wir dann auch zu Protokoll. Das ändert nichts am Ergebnis, dass der Änderungsantrag **abgelehnt** ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/2352**. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Die CDU-Fraktion. Wer ist gegen den Änderungsantrag? – SPD, Grüne und FDP. Wer enthält sich? – Die Piraten. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/2353**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Die CDU-Fraktion. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Piraten, SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/2354**. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – CDU-Fraktion. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Piraten, SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/2355**. Wer ist für diesen Antrag? – Die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? – Die FDP. Wer ist gegen diesen Antrag? – Piraten, SPD und Grüne. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.